

Handbuch des Antisemitismus

**Judenfeindschaft
in Geschichte und Gegenwart**

Handbuch des Antisemitismus

Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart

Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung
der Technischen Universität Berlin
herausgegeben von Wolfgang Benz
in Zusammenarbeit mit Werner Bergmann,
Johannes Heil, Juliane Wetzel und Ulrich Wyrwa

Redaktion: Brigitte Mihok

Band 1
Länder und Regionen

Band 2
Personen

Band 3
Begriffe, Theorien, Ideologien

Band 4
Ereignisse, Dekrete, Kontroversen

Band 5
Organisationen, Institutionen, Bewegungen

Band 6
Publikationen

Band 7
Film, Theater, Literatur und Kunst

Handbuch des Antisemitismus

Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart

Herausgegeben von Wolfgang Benz

Band 5

Organisationen, Institutionen, Bewegungen

De Gruyter Saur

ISBN 978-3-598-24078-2
e-ISBN 978-3-11-027878-1

Library of Congress Cataloging-in-Publication

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© Copyright 2012 Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, Berlin/Boston.

Satz: bsix information exchange GmbH, Braunschweig

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach

∞ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Vorwort

Organisationen, Institutionen und Bewegungen, Parteien und Vereine, staatliche Behörden, Nichtregierungsorganisationen, zwischenstaatliche Gremien, Kirchen und kirchliche Vereinigungen, wissenschaftliche und andere Gesellschaften, Institute, aber auch informelle Zirkel werden im 5. Band des Handbuchs des Antisemitismus vorgestellt. In den rund 320 Organisationen in aller Welt in Geschichte und Gegenwart spielt Judenfeindschaft im Programm oder in der Praxis eine Rolle.

Aber nicht nur Träger und Propagandisten, Förderer und Nutznießer des Antisemitismus, sondern auch Vereinigungen, die sich die Bekämpfung von Judenfeindschaft zum Ziel gesetzt haben, sind in diesem Band zu finden, wie der österreichische Abwehrverein und sein Vorbild, der 1890 in Berlin gegründete Verein zur Abwehr des Antisemitismus, der sich nach erwiesener Erfolglosigkeit 1933 auflöste. In diesen Zusammenhang gehören auch der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten oder die Alliance Israélite Universelle (seit 1860) in Frankreich und auf internationaler Ebene die von New York aus agierende Anti-Defamation League, die 1913 in Chicago als Reaktion auf einen Lynchmord des Ku-Klux-Klan gegründet wurde. Jüngeren Datums sind die Agenturen der Europäischen Union wie das European Monitoring Center on Racism and Xenophobia (EUMC) bzw. die ihr nachfolgende Fundamental Rights Agency (FRA) in Wien sowie das Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) der OSZE in Warschau und die Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research, in der seit 2000 Vertreter von 28 Ländern nach der „Stockholmer Erklärung“ auch gegen Antisemitismus durch Aufklärung kämpfen.

Organisierte Judenfeindschaft gab und gibt es in allen möglichen Zusammenhängen und in den verschiedensten Spielarten. Historisch war die NSDAP mit ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden die folgenreichste Organisation, die Antisemitismus propagierte und praktizierte, sie ist in diesem Handbuch ausführlich analysiert, ebenso wie Vorläufer und Epigonen, etwa die Münchner Thule-Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg oder das aktuelle Thule-Seminar, das sich, 1980 gegründet, als internationale Ideenschmiede zur geistigen Erneuerung Europas versteht. Die Action Française, die British Union of Fascists, rechtsextremistische Organisationen in der Schweiz, die dänische NSDAP, die Deutschvölkische Freiheitspartei, die rumänische Legion Erzengel Michael sind ebenso thematisiert wie neonazistische und andere rechtsextreme Parteien nach 1945, u.a. die NPD, die DVU oder die „Republikaner“ in Deutschland.

Judenfeindliche Gruppierungen mit gesellschaftlicher Akzeptanz waren in der Vergangenheit der Alldeutsche Verband, der Antisemitenbund (Österreich) und die Antisemiten-Liga (Deutschland), die Böckelbewegung, viele Burschenschaften, die Deutsche Tischgesellschaft der Berliner Romantiker, der Dühring-Bund, die Gobineau-Vereinigung. In der Gegenwart wirkungsmächtig oder jedenfalls beachtet, sind die Partei Jobbik in Ungarn, immer noch der Ku-Klux-Klan in den USA, die Muslimbruderschaft in den arabischen Ländern, Organisationen wie HAMAS und Hizbollah, aber auch Laikos Orthodoxos Synargemos. Die 2000 in Griechenland gegründete Partei hatte wie die 1940

bis 1941 aktive Litauische Aktivistenfront oder die in den 1883er Jahren in Frankreich gegründete Ligue antisémitique de France das Ziel, Juden zu diskriminieren.

Die Schweizer Christenwehr der 1920er Jahre war eine radikal antisemitische Sekte, der ein Jahrzehnt später mit den Schweizer Abwehrkomitees Organisationen der Jüdischen Gemeinden selbstbewusste jüdische Kräfte im Kampf gegen den Antisemitismus gegenüberstanden. Radio Maryja in Polen liefert derzeit regelmäßige Beispiele für manifesten katholischen Antijudaismus außerhalb der Amtskirche, wie er aber auch bei Opus Dei und der Priesterbruderschaft Pius X. zu finden ist.

Neben den ideologisch eindeutig festgelegten Organisationen fanden sich judenfeindliche Bezüge auch im Oesterreichischen Alpenverein, bei völkischen Anhängern der Freikörperkultur, in der deutschen Jugendbewegung oder in Turn- und Sportvereinen. Akademische Einrichtungen wie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Lehrstuhl für Sozialanthropologie in Jena oder als wissenschaftliche Institutionen getarnte Organisationen wie die Forschungsgemeinschaft Ahnenerbe der SS, das Lettische Antisemitische Institut, das Eisenacher Institut, das Institut zur Erforschung der Judenfrage mussten Berücksichtigung in diesem Handbuch finden, weil sie Instrumente der theoretischen Fundierung oder der praktischen Anwendung des Antisemitismus waren. Mit diesen Beispielen ist das organisatorische Spektrum der Judenfeindschaft skizziert, das im 5. Band des Handbuchs behandelt wird.

Zu danken ist den 137 Autoren, deren Sachkunde und Hingabe dieses Kompendium seine Entstehung verdankt. Die Münchner Mitarbeiter des Verlags De Gruyter Saur haben auch diesen Band mit Engagement und Umsicht betreut, Angelika Königseder hat die Mühsal der Schlusskorrektur nicht nur auf sich genommen, sondern mit Bravour vollzogen. Der besonders herzliche Dank der Herausgeber gilt Brigitte Mihok, die das Unternehmen Handbuch des Antisemitismus als verantwortliche Redakteurin auf sicherer Spur hält.

Berlin im Januar 2012

Wolfgang Benz

Inhalt

Abwehr-Verein → Verein zur Abwehr des Antisemitismus		Alpenverein Donauland → Alpine Vereine	
Abwehrverein (Österreich)	1	Alpine Vereine.	16
Acción Revolucionaria Mexicanista → Camisas Doradas		Altermedia.	20
Action Française	2	American Jewish Committee.	21
Adelaide Institute (Australien)	4	Amici Israel.	22
Agentur der EU für Grundrechte → European Monitoring Center on Racism and Xenophobia		Anti-Defamation League (USA)	25
Ahnenerbe → Lehr- und Forschungsge- meinschaft Deutsches Ahnenerbe		Antijüdische Aktion → Institut zum Studium der Judenfrage	
Aktionsfront Nationaler Sozialisten → Neonazismus		Antijüdische Vereinigung Frankreichs → Rassemblement antijuif de France	
Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit → Deutsche Arbeitsfront		Antijüdische Weltliga	27
Al-Ikhwān al-Muslimūn	6	Antikomintern	28
Al-Qaida	8	Antisemiten-Liga.	30
Algemejner Yidisher Arbeter Bund in Lite, Poyln und Rusland → Bund		Antisemitenbund (Österreich)	33
Alldeutscher Ausschuss für die Judenfrage → Alldeutscher Verband		Antisemitische Aktion → Institut zum Studium der Judenfrage	
Alldeutscher Verband	9	Antisemitische Bewegung.	34
Alleanza Nazionale → Movimento Sociale Italiano		Antisemitische Liga (Schweden) → Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945	
Alles für das Vaterland → Legiunea Arhanghelul Mihail		Antisemitische Volkspartei → Deutsche Reformpartei	
Allgemeine Vereinigung zur Bekämpfung des Judenthums	13	Antisemitiska förbundet → Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945	
Allgemeiner Deutscher Verband → Alldeutscher Verband		Arabische Liga	39
Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland → Bund		Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Jugend → Jungdeutschland-Bund	
Alliance antiraciste → Ligue Internationale contre l'Antisémitisme		Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung.	41
Alliance Israélite Universelle (Frankreich)	14	Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung (Enttabuisierung) der Zeitgeschichte → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz	
Allrussländischer Dubrowinscher Bund des Russischen Volkes → Sojus Russkogo Naroda		Arbeitskreis für Lebenskunde → Bund für Deutsche Gotterkenntnis (Ludendorff)	
Allslawisches Komitee → Jewrejski Antifaschistski Komitet		Artamanen.	44
		Association des Amis de Robert Brasillach → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz	
		Associazione Nazionale Italiana	46

Assumptionisten → Augustinische Orden	Bund der Köngener → Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung
Aufbruch-Kreis → Sudetendeutsche Heimatfront	Bund der Landwirte. 81
Augustiner-Barfüßer → Augustinische Orden	Bund des Deutschen Osten → Deutscher Ostmarkenverein
Augustiner-Chorherren → Augustinische Orden	Bund des russischen Volkes → Sojus Russkogo Naroda
Augustinische Orden. 48	Bund deutschvölkischer Juristen → Germanenorden
Auswärtiges Amt-Judenreferat 49	Bund Freier Jugend (Österreich). 83
Autonome Nationalisten → Neo-Nazi Kameradschaften	Bund für Deutsche Gotterkenntnis (Ludendorff). 85
Avalon Gemeinschaft → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz	Bund für Gotterkenntnis (L) → Bund für Deutsche Gotterkenntnis (Ludendorff)
Azione Giovani (Italien). 51	Bund für Wanderpflege → Fahrende Gesellen
Baath-Partei. 52	Bund Jungdeutschland → Jungdeutschland-Bund
Bałachowcy → Bułak-Bałachowicz- Einheit	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen 86
Bayerische Volkspartei → Politischer Katholizismus	Bund National-Sozialistischer Eidgenossen → Frontenbewegung
Bayerischer Bauernbund. 54	Bund NS-Juristen → Bund Nationalso- zialistischer Deutscher Juristen
Bayreuther Kreis 56	Bund treuer Eidgenossen → Frontenbewegung
Bekennende Kirche. 57	Bund Wikinger → Organisation Consul
Berliner Bewegung 60	BZÖ → Freiheitliche Partei Österreichs
Bettelorden 62	C.V. → Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
Black Power Movement (USA) 65	Camelots du Roi (Frankreich). 89
Blanke Werkersparty → Greyshirts	Camisas Doradas (Mexiko). 90
B'nai B'rith 67	Caritas-Notwerk 91
Böckelbewegung. 70	CEDADE (Spanien) → Círculo Español de Amigos de Europa
Brigade Erhardt → Organisation Consul	Central-Verein → Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
British National Party 73	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. 92
British Union of Fascists. 75	Centrul Național de Românzare (Rumänien). 95
Bündische Jugend → Deutsche Jugendbewegung	Cercle Fédéraliste de Genève → Fédération Nationaliste Suisse
Bündnis Zukunft Österreich → Freiheitliche Partei Österreichs	Cercle Proudhon → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz
Bułak-Bałachowicz-Einheit 77	
Bund 79	
Bund Artam → Artamanen	
Bund der Freireligiösen Gemeinden Deutschlands → Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung	
Bund der Freunde des Neuen Deutschland → German-American Bund	
Bund der Frontsoldaten → Stahlhelm	

Cercle Thulé → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz		Deutsche Forschungsgemeinschaft im Nationalsozialismus	147
Christian Front (USA)	97	Deutsche Gemeinschaft (Österreich) . .	150
Christian Identity Movement (USA)	99	Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene → Gesellschaft für Rassenhygiene	
Christlich-soziale Arbeiterpartei → Christlich-soziale Partei		Deutsche Jugendbewegung	152
Christlich-soziale Partei (Deutschland)	101	Deutsche Konservative Partei → Sozialistische Reichspartei	
Christliche Arbeiterbewegung (Österreich)	105	Deutsche Lebensgemeinschaft → Fahrende Gesellen	
Christlichsoziale Partei Österreichs . . .	106	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Tschechien)	155
Christlichsozialer Verein (Österreich) . .	108	Deutsche Reformpartei	157
Chryssi Avgi (Griechenland)	109	Deutsche Reichspartei	160
Círculo Español de Amigos de Europa (Spanien)	110	Deutsche Studentenschaft (Österreich)	162
Club Católico (Uruguay)	112	Deutsche Studentenschaft Ostmark → Deutschnationale Studentenverbin- dungen Österreichs	
Collegium Humanum	114	Deutsche Tischgesellschaft	163
Combat 18	116	Deutsche Turnerschaft bis 1933	165
Comité Pro-Raza (Mexiko)	117	Deutsche Turnerschaft im Nationalsozialismus → Turn- und Sportvereine im Nationalsozialismus	
Commissariat général aux Questions juives (Frankreich)	118	Deutsche Unitarier Jugend → Wiking- Jugend	
Committee for Open Debate on the Holocaust (USA)	121	Deutsche Vaterlandspartei	168
Conseil représentatif des institutions juives → Conseil représentatif des Israélites de France		Deutsche Volkskirche → Dinter-Bund	
Conseil représentatif des Israélites de France	122	Deutsche Volkunion	171
CRIF → Conseil représentatif des Israélites de France		Deutsche Zentrumspartei → Politischer Katholizismus	
Danmarks Nationalsocialistiske Arbejderparti	124	Deutscher Alpenverein → Alpine Vereine	
Dansk Anti-Jødisk Liga (Dänemark) . .	126	Deutscher Antisemitenbund	173
Danske Front (Dänemark)	128	Deutscher Bund für Volksaufartung und Erbkunde → Gesellschaft für Rassenhygiene	
Deutsch-Arabische Gemeinschaft	129	Deutscher Fußball-Verband → Turn- und Sportvereine im Nationalsozialismus	
Deutschbund	131	Deutscher Herold	173
Deutsche Aktionsgruppe → Neonazismus		Deutscher Kulturbund	175
Deutsche Antisemitische Vereinigung . .	133	Deutscher Mädchen-Wanderbund → Fahrende Gesellen	
Deutsche Arbeiterpartei → Nationalsozia- listische Deutsche Arbeiterpartei		Deutscher Mädelwanderbund → Fahrende Gesellen	
Deutsche Arbeiterpartei (Österreich- Ungarn)	134	Deutscher Orden	177
Deutsche Arbeitsfront	136	Deutscher Ostmarkenverein	179
Deutsche Burschenschaften	138		
Deutsche Burschenschaften in Österreich	140		
Deutsche Christen	145		

Deutscher Reichsbund für Leibesübungen → Turn- und Sportvereine im Nationalsozialismus		Einsatzgruppen → Sicherheitsdienst des Reichsführers SS	
Deutscher Roland	181	Einwohnerwehren	228
Deutscher Verband für psychische Hygiene → Gesellschaft für Rassenhygiene		Eisenacher Institut	230
Deutscher Volksverein	182	Eiserne Garde → Legiunea Arhanghelul Mihail	
Deutschgläubige Gemeinschaft → Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung		Eiserner Wolf → Geležinis vilkas	
Deutschjugend → Bund für Deutsche Gotteskenntnis (Ludendorff)		Endecja (Polen)	232
Deutschkonservative Partei	183	ENIO → Alliance Israélite Universelle	
Deutschnationale Bewegung in Österreich-Ungarn	187	Erdélyi Párt (Rumänien)	234
Deutschnationale Studentenverbindun- gen (Österreich)	189	EUMC → European Monitoring Center on Racism and Xenophobia	
Deutschnationale Volkspartei	191	Europa-Burschenschaft Armina → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz	
Deutschnationaler Handlungsgehilfen- Verband	197	Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit → European Monitoring Center on Racism and Xenophobia	
Deutschösterreichische Volkspartei	199	European Monitoring Center on Racism and Xenophobia	236
Deutschradikale Partei → Freialldeutsche Partei		Evangelische Kirche in Deutschland	238
Deutschsoziale Partei	201	Fahrende Gesellen	240
Deutschsoziale Reformpartei	203	Falange Española	243
Deutschvölkische Freiheitspartei	204	Fasci di combattimento (Italien)	245
Deutschvölkische Partei	206	FATAH	247
Deutschvölkischer Schriftsteller- verband	209	Fédération Nationaliste Suisse	248
Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund	210	Forces Nouvelles → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz	
Deutschvolk → Ludendorff-Bewegung		Forschungsabteilung Judenfrage (München)	250
Dinter-Bund	213	Forza Nuova (Italien)	252
Dominikanerorden	215	FPÖ → Freiheitliche Partei Österreichs	
Dühring-Bund	221	Franziskanerorden	254
Durban-Konferenz	223	Freialldeutsche Partei (Österreich)	257
DVU → Deutsche Volksunion		Freideutsche Bewegung → Deutsche Jugendbewegung	
Ébredő Magyarok Egyesülete (Ungarn)	225	Freie christliche Volkskirche → Deutsche Christen	
École normale israélite orientale → Alliance Israélite Universelle		Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei → Neo-Nazi Kameradschaften	
Eidgenössische Fremdenpolizei (Schweiz)	225	Freiheitliche Partei Österreichs	258
Eidgenössische Sammlung → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz		Freikorps	261
		Freimaurerei	262
		Friends of the New Germany → German-American Bund	
		Front National (Frankreich)	264

Front Nazionalnogo Spesenija → Pamjat und Nationalpatrioten	Großdeutsche Volkspartei (Österreich)	294
Frontenbewegung (Schweiz)	Großrumänien Partei → Partidul România Mare	
Frontismus → Frontenbewegung	Groupe Nationaliste de Berne → Fédération Nationaliste Suisse	
Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs	Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne (Frankreich)	296
Fundamental Rights Agency/FRA → European Monitoring Center on Racism and Xenophobia	Grünhemden-Miliz → Misr al-Fatat	
Fusgeyer-Bewegung (Rumänien)	Gruppe Corneliu Zelea Codreanu → Legiunea Arhanghelul Mihail	
Garda de fier → Legiunea Arhanghelul Mihail	Guido von List Gesellschaft	298
Geheime Staatspolizei	Hagalbund → Fahrende Gesellen	
Geistchristliche Religionsgemeinschaft → Dinter-Bund	Haller-Armee	299
Geležinis vilkas (Litauen)	HAMAS	301
Genève Non Conform → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz	Hammer-Gemeinden	303
German-American Bund (USA)	Harakat al-Muqawama al-islamiya → HAMAS	
Germanenorden	Harakat at-Tahrir al-Watani al-Filastini → FATAH	
Germanische Glaubensgemeinschaft → Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung	Harandbewegung (Österreich)	305
Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit	Hardturmfront → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz	
Gesellschaft für germanische Ur- und Vorgeschichtsforschung	Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP	306
Gesellschaft für Rassenhygiene	Hauptschulungsamt der NSDAP	308
Gesellschaft Junges Ägypten → Misr al-Fatat	Haus Ludendorff → Ludendorff-Bewegung	
Gestapo → Geheime Staatspolizei	Heimatreue Deutsche Jugend → Wiking-Jugend	
Glaubensbewegung der Deutsch-Gottgläubigen → Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff)	Heimwehren (Österreich)	309
Glaubensbewegung Deutscher Christen → Deutsche Christen	Hermann-Wirth-Gesellschaft → Gesellschaft für germanische Ur- und Vorgeschichtsforschung	
Gobineau-Vereinigung	Hessischer Bauernbund → Mitteldeutscher Bauernverein	
Goldene Morgenröte → Chryssi Avgi	Hieronymitenorden	311
Goldhemden → Camisas Doradas	Hilfssausschuß für katholische Nichtarier	314
Gotthardbund (Schweiz)	Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin	315
Grand Occident de France → Ligue antisémitique de France	Hizb al-Tahrir al-islami	316
Graue Wölfe	Hizb Allah	318
Grauhemden → Greyshirts	Hizbollah → Hizb Allah	
GRECE (Frankreich) → Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne	Hlinka-Garde → Hlinkova garda	
Greyshirts (Südafrika)	Hlinkova garda (Slowakei)	320

Hungarista Mozgalom → Magyar Nemzeti Arcvonal		Kameradschaft Süd → Neo-Nazi Kameradschaften	
Illuminaten	322	Kampfbund für deutsche Kultur	350
Imperial Fascist League (Großbritannien)	323	Kapuzinerorden → Franziskanerorden	
Institut zum Studium der Judenfrage (Berlin)	325	Katholische Kirche	352
Institut zur Erforschung der Judenfrage (Frankfurt am Main)	326	Katholisches Aufgebot (Schweiz)	355
Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben → Eisenacher Institut		Kirchenbewegung Deutsche Christen → Deutsche Christen	
Institute for Historical Review (USA)	328	Kirchengeschichtliche Arbeitsgemeinschaft → Deutsche Christen	
JAK → Jewrejski Antifaschistski Komitet		Kommunistitscheskaja Partija Rossijskoj Federazii → Pamjat und Nationalpatrioten	
Jesuitenorden	331	Korporatistische Luxemburger Volksbewegung → Mouvement Antisémitique Luxembourgeois	
Jeunes Identitaires Genevois → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz		Kosher Nostra	357
Jeunesses Identitaires Genève → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz		Kraft durch Freude → Deutsche Arbeitsfront	
Jewish Agency	333	Kreuzwehr (Schweiz)	361
Jewish Colonisation Association	334	Kreuzzügler	362
Jewish Territorial Organization	336	Ku-Klux-Klan (USA)	364
Jewrejski Antifaschistski Komitet	337	Kyffhäuser-Verband → Deutsche Burschenschaften	
Jobbik (Ungarn)	339	Laikos Orthodoxos Synargemos (Griechenland)	367
John Birch Society (USA)	341	LANC → Liga Apărării Naționale Creștine	
Jüdisch-Territoriale Organisation → Jewish Territorial Organization		Landesverband der Einwohnerwehren Bayerns → Einwohnerwehren	
Jüdische Landarbeit GmbH → Reichsbund jüdischer Frontsoldaten		LA.O.S → Laikos Orthodoxos Synargemos	
Jüdisches Antifaschistisches Komitee → Jewrejski Antifaschistski Komitet		Legion Erzengel Michael → Legiunea Arhanghelul Mihail	
Jungägyptische Bewegung → Misr al-Fatat		Legiunea Arhanghelul Mihail (Rumänien)	368
Jungdeutscher Bund → Wartburgbund		Lehr- und Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe	371
Jungdeutscher Orden	343	Lehrstuhl für Sozialanthropologie (Jena)	373
Jungdeutschland-Bund	344	Lettisches Antisemitisches Institut	375
Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft	346	Liberaldemokratische Partei Russlands → Pamjat und Nationalpatrioten	
Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik	348	LICA → Ligue Internationale contre l'Antisémitisme	
Kameradschaft Oberhavel → Neo-Nazi Kameradschaften		LICRA → Ligue Internationale contre l'Antisémitisme	

Lietuvių aktyvistų frontas (Litauen) . . .	376	Manhem Gesellschaft → Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945	
Lietuvos šaulių sąjunga (Litauen)	378	Mendikatenorden → Bettelorden	
Liga Apărării Naționale Creștine (Rumänien)	379	MIÉP → Magyar Igazság és Élet Pártja	
Liga de Damas Católicas del Uruguay . .	381	Milice Française	399
Liga Nacional Anti-China y Anti-Judía (Mexiko)	382	Minoriten → Franziskanerorden	
Liga Polskich Rodzin → Radio Maryja		Misr al-Fatat	402
Liga zur Christlich-Nationalen Verteidigung → Liga Apărării Naționale Creștine		Mitteldeutscher Bauernverein	403
Ligue antisémite de France	383	Mocidade Portuguesa	405
Ligue des Patriotes (Frankreich)	385	Mothers' Movement (USA)	407
Ligue internationale contre les pogromes → Ligue Internationale contre l'Antisémitisme		Mouvement Antisémitique Luxembourgeois	408
Ligue internationale contre racisme et l'antisémitisme → Ligue Internationale contre l'Antisémitisme		Mouvement contre le racisme, l'antisémitisme et pour la paix → Ligue Internationale contre l'Antisémitisme	
Ligue Internationale contre l'Antisémitisme (Frankreich)	388	Mouvement national contre le racisme → Ligue Internationale contre l'Antisémitisme	
Ligue vaudoise (Schweiz)	390	Movimento Sociale Italiano	410
Litauische AktivistInnenfront → Lietuvių aktyvistų frontas		Movimiento Nacionalista Revolucionario (Bolivien)	412
Litauischer Schützenbund → Lietuvos šaulių sąjunga		Movimiento Nacionalista Tacuara (Argentinien)	414
Los-von-Rom-Bewegung	392	Muslimbruderschaft → Al-Ikhwan al-Muslimun	
Ludendorff-Bewegung	393	NAPOLA → Nationalpolitische Erziehungsanstalten	
Lutherdeutsche → Deutsche Christen		Nation of Islam (USA)	415
Lutte du peuple (Schweiz) → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz		National Front (Großbritannien)	417
Luxemburger Nationale Volkspartei → Mouvement Antisémitique Luxembourgeois		National Socialistisk Arbejder Parti → Dansk Anti-Jødisk Liga	
Luxemburger Nationalpartei → Mouvement Antisémitique Luxembourgeois		National Unity Party of Canada → Ordre patriotique des Goglus	
Luxemburgische Antisemitische Bewegung → Mouvement Antisémitique Luxembourgeois		National-Patriotische Front Pamjat → Pamjat und Nationalpatrioten	
Magyar Gárda (Ungarn)	395	Nationalbolschewistische Partei → Pamjat und Nationalpatrioten	
Magyar Igazság és Élet Pártja (Ungarn)	397	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	419
Magyar Nemzeti Arcvonal (Ungarn) . .	398	Nationale Aktion Schweiz → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz	
Magyar Nemzetsocialista Akciócsoport → Magyar Nemzeti Arcvonal		Nationale Alternative → Neonazismus	
		Nationale Antisemitenpartei (Ungarn) → Országos Antiszemita Párt	

Nationale Basis Schweiz → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz		Nazional-Patrioty → Pamjat und Nationalpatrioten	
Nationale Front → Frontenbewegung		Nemzeti Akarat Pártja → Nyilaskeresztes Párt	
Nationale Liste → Neo-Nazi Kameradschaften		Neo-Nazi Kameradschaften	443
Nationales Bündnis gegen Chinesen und Juden → Liga Nacional Anti-China y Anti-Judía		Neonazismus	445
Nationalistische Bewegung Tacuara → Movimiento Nacionalista Tacuara		Neonazismus in der DDR → Neonazismus	
Nationalkirchliche Bewegung Deutsche Christen → Deutsche Christen		Neudeutscher Bund → Organisation Consul	
Nationalpatrioten → Pamjat und Nationalpatrioten		Neudeutscher Kulturbund → Deutscher Kulturbund	
Nationalpolitische Erziehungsanstalten	423	Neue Front → Frontenbewegung	
Nationalpolitische Lehranstalt → Nationalpolitische Erziehungsanstalten		Neue Nationale Front → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz	
Nationalsozialer Verein	425	Neue Rechte in Europa	447
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	427	Nordisch-Religiöse Arbeitsgemeinschaft → Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung	
Nationalsozialistische Frauenschaft . . .	431	Nordische Gesellschaft	449
Nationalsozialistische Gesellschaft für deutsche Kultur → Kampfbund für deutsche Kultur		Nordische Glaubensgemeinschaft → Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung	
Nationalsozialistische Volkswohlfahrt . .	432	Nordischer Ring	451
Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund	434	Nordungen-Junggermanischer Orden → Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung	
Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund	435	Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft → Deutsche For- schungsgemeinschaft im Nationalsozialismus	
Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund → Stahlhelm		Noua Dreapta (Rumänien)	453
Nationalsozialistischer Deutscher Lehrerbund	438	Nouvel Ordre Social → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz	
Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund	440	NPD → Nationaldemokratische Partei Deutschlands	
Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund → Bund National- sozialistischer Deutscher Juristen		NS-Ärztebund → Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund	
Nationalsozialistischer Untergrund → Neonazismus		NS-Dozentenbund → Nationalsozialisti- scher Deutscher Dozentenbund	
Nazboly → Pamjat und Nationalpatrioten		NS-Frauenschaft → Nationalsozialisti- sche Frauenschaft	
Nazional-Patriotitscheski Front Pamjat → Pamjat und Nationalpatrioten		NS-Lehrerbund → Nationalsozialistischer Deutscher Lehrerbund	
		NS-Studentenbund → Nationalsozialisti- scher Deutscher Studentenbund	
		NS-Volkswohlfahrt → Nationalsozialisti- sche Volkswohlfahrt	

NSDAP → Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	
Nyilaskeresztes Párt (Ungarn)	456
Ochsenwagenwache → Ossewabrandwag	
ODIHR → Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	
Österreichisch-Israelitische Union	457
Oesterreichischer Alpenverein → Alpine Vereine	
Österreichischer Reformverein	459
Office for Democratic Institutions and Human Rights → Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	
Opus Dei	460
Orden der Predigerbrüder → Dominikanerorden	
Ordnungspolizei	461
Ordo fratrum praedictorum → Dominikanerorden	
Ordre et Tradition → Fédération Nationaliste Suisse	
Ordre patriotique des Goglus (Kanada)	464
Organisation Consul	465
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	467
Organisation Ukrainischer Nationalisten → Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv	
Organisationen svenske → Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945	
Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv (Ukraine)	468
Országos Antiszemita Párt (Ungarn) . .	472
Orthodoxe Volksbewegung → Laikos Orthodoxos Synargemos	
Ossewabrandwag (Südafrika)	472
OSZE → Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	
Palestine Liberation Organization	473
Pamjat und Nationalpatrioten (Russland)	475
Pan-arische Union	480
Partei der Islamischen Befreiung → Hizb al-Tahrir al-islami	
Partei für Magyarische Gerechtigkeit und Leben → Magyar Igazság és Élet Pártja	
Partei für Ungarisches Recht und Leben → Magyar Igazság és Élet Pártja	
Partei Großrumänien → Partidul România Mare	
Partei National Orientierter Schweizer → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz	
Parti National Social Chrétien → Ordre patriotique des Goglus	
Partido Europeo Nacional Revolucionario → Círculo Español de Amigos de Europa	
Partidul România Mare (Rumänien) . . .	482
Partidul Unității Naționale Române (Rumänien)	484
Paulus-Bund	485
Pauluswerk (Österreich)	487
Pērkonkrusts (Lettland)	488
Pfarrernotbund	490
Pfeilkreuzlerpartei → Nyilaskeresztes Párt	
Pius-Bruderschaft → Priesterbruderschaft Pius X.	
PLO → Palestine Liberation Organization	
Politischer Katholizismus	492
Priesterbruderschaft Pius X.	500
PUNR → Partidul Unității Naționale Române	
Radio Islam (Schweden)	502
Radio Maryja (Polen)	504
Rasse- und Siedlungshauptamt der SS . .	506
Rassemblement antijuif de France	508
Rassenpolitisches Amt der NSDAP . . .	509
Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz	511
Reichsbewegung Deutsche Christen → Deutsche Christen	
Reichsbund für jüdische Siedlung → Reichsbund jüdischer Frontsoldaten	
Reichsbund jüdischer Frontsoldaten . . .	515
Reichsforschungsrat → Deutsche For- schungsgemeinschaft im Nationalsozialismus	

Reichshammerbund	517	Schwedische Liga → Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945	
Reichsjugend → Wiking-Jugend		Schwedische Organisation → Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945	
Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums	520	Schwedischer antisemitischer Bund → Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945	
Reichskulturkammer	522	Schwedischer Nationaler Verbund → Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945	
Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda	525	Schwedischer Nationalsozialistischer Verbund → Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945	
Reichsschulungsamt der NSDAP → Hauptschulungsamt der NSDAP		Schweizer Abwehrkomitees	554
Reichssicherheitshauptamt	528	Schweizer Christenwehr	556
Reichsvereinigung der Juden in Deutschland	530	Schweizer Heimatwehr	557
Reichsvertretung deutscher Juden → Reichsvereinigung der Juden in Deutschland		Schweizerischer Vaterländischer Verband	559
Reichszentrale für jüdische Auswanderung	534	SD → Sicherheitsdienst des Reichsführers SS	
REP → Die Republikaner		Service d'ordre légionnaire → Milice Française	
Die Republikaner	536	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS	561
Res Helvetica → Fédération Nationaliste Suisse		Siebenbürgische Partei → Erdélyi Párt	
REX (Belgien).	538	Silver Shirts (USA)	565
Ring der Norda	539	Sionsschwestern	566
Rodina → Pamjat und Nationalpatrioten		Skaldenorden → Germanenorden	
Rodobrana → Hlinkova garda		Skinheads Sächsische Schweiz → Neo-Nazi Kameradschaften	
RSHA → Reichssicherheitshauptamt		Slowakische rechtsradikale Organisationen seit 1990	569
Russische Nationale Einheit → Pamjat und Nationalpatrioten		Societas Jesu → Jesuitenorden	
Russische Orthodoxe Kirche	541	Sojus Russkogo Naroda (Russland)	571
Russischer Volksbund des Erzengels Michael → Sojus Russkogo Naroda		Soziale Reichspartei	573
Russkoje Nazionalnoje Jedinstwo → Pamjat und Nationalpatrioten		Sozialistische Reichspartei	574
SA → Sturmabteilung der NSDAP		Sportvereine bis 1933	577
Samfundet Manhem → Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945		Squadren → Fasci di combattimento	
Schutzstaffel	546	SS → Schutzstaffel	
Schwarze Hundertschaften → Sojus Russkogo Naroda		SS-Ausbildungslager Trawniki	582
Schwarzhemden → Fasci di combattimento		St. Raphaelsverein	584
Schwarzhunderter → Sojus Russkogo Naroda		Stahlhelm	585
Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945	550	Stormjaers → Ossewabrandwag	
		Sturmabteilung der NSDAP	587
		Sudetendeutsche Heimatfront	591

Sudetendeutsche Partei	Ukrainische Aufstandsarmee
→ Sudetendeutsche Heimatfront	→ Ukraïnska Povstanška Armija
Sudetendeutsches Freikorps	Ukrainische Schutzmannschaften 606
→ Sudetendeutsche Heimatfront	Ukrainischer Hauptausschuss 609
Südafrikanische Christliche Nationalso-	Ukraïnska Povstanška Armija 611
zialistische Bewegung → Greyshirts	Ungarische Garde → Magyar Gárda
Svenska antisemitiska förbundet	Ungarische Nationale Front → Magyar
→ Schwedische antisemitische	Nemzeti Arcvonal
Organisationen bis 1945	Ungarische Partei für Recht und Leben
Svenska antisemitiska föreningen	→ Magyar Igazság és Élet Pártja
→ Schwedische antisemitische	Union des Russischen Volkes → Sojus
Organisationen bis 1945	Russkogo Naroda
Svenska ligan → Schwedische	Union deutsch-österreichischer Juden
antisemitische Organisationen bis	→ Österreichisch-Israelitische Union
1945	Union Française pour la défense de la
Svenska nationalsocialistiska	race → Commissariat Général aux
frihetsförbundet → Schwedische	Questions Juives
antisemitische Organisationen bis	Union générale des Israélites de France . . 615
1945	Union österreichischer Juden
Svenska nationalsocialistiska partiet	→ Österreichisch-Israelitische Union
→ Schwedische antisemitische	Unión Pro-Raza → Comité Pro-Raza
Organisationen bis 1945	Ustaša-Bewegung → Ustaše
Svenskt folkligt nationellt förbund	Ustaše (Kroatien). 617
→ Schwedische antisemitische	Vaterländische Front (Österreich) 618
Organisationen bis 1945	Vaterländische Jugend → Wiking-
Tacuara → Movimiento Nacionalista	Jugend
Tacuara	Vaterländischer Bund jüdischer
Tannenberg-Bund → Ludendorff-	Frontsoldaten → Reichsbund
Bewegung	jüdischer Frontsoldaten
Task Force for International Cooperation	Vatra Românească (Rumänien). 621
on Holocaust Education,	Verband deutsch-arischer Rechtsanwälte
Remembrance and Research. 595	Österreichs 622
Teutonia → German-American Bund	Verband gegen die Überhebung des
Thüringer Deutsche Christen	Judentums. 624
→ Deutsche Christen	Verein Erwachender Ungarn → Ébredő
Thule-Gesellschaft 596	Magyarok Egyesülete
Thule-Seminar. 599	Verein zur Abwehr des Antisemitismus . . 625
Totul pentru țară (Rumänien)	Verein zur Rehabilitierung der wegen
→ Legiunea Arhanghelul Mihail	Bestreitens des Holocaust Verfolgten. . 627
Trawniki → SS-Ausbildungslager	Vereinigung 1937 → Paulus-Bund
Trawniki	Vereinigung christlich-deutscher Ärzte
Treibund für Aufsteigendes Leben. . . . 601	Österreichs 629
Tschornaja sotnja → Sojus Russkogo	Vereinigung Schweizerischer
Naroda	Republikaner. 631
Turn- und Sportvereine im Nationalso-	Viva-Maria-Bewegung 632
zialismus. 602	Vlaams Belang (Belgien) 635
Ülkücü-Bewegung → Graue Wölfe	Vlaams Blok → Vlaams Belang
Ugunskrusts → Pērkonkrusts	Vlaams-Nationaal Verbond → REX

Völkische Bewegung	637	Weltanschauungsgemeinschaft	
Völkische Frauenvereine.	638	Gotterkenntnis Mathilde Ludendorff	
Volkskirchenbewegung Freie Christen		e.V. → Bund für Deutsche	
→ Deutsche Christen		Gotterkenntnis (Ludendorff)	
Volkskonservative Aktion		Weltverband gegen Rassenhass und	
→ Jungdeutscher Orden		Menschennot → Harandbewegung	
Volkssozialistische Bewegung		White Aryan Resistance → White Power	
Deutschlands → Neonazismus		Movement	
Volkssozialistische Partei der Schweiz		White Power Movement (USA)	646
→ Rechtsextreme Organisationen in		Wiking Jugend Schweiz	
der Schweiz		→ Rechtsextreme Organisationen in	
Vrij Historisch Onderzoek (Belgien). . .	641	der Schweiz	
Waadtländer Liga → Ligue vaudoise		Wiking-Jugend	649
Wälsungen-Orden → Germanenorden		Zbor (Serbien).	651
Wandervogel → Deutsche		Zentrum → Politischer Katholizismus	
Jugendbewegung			
Wartburgbund	642		
Wehrsportgruppe Hoffmann		Autorenverzeichnis	653
→ Neonazismus		Register der Personen	659
Welt-Dienst	644	Register der Orte und Regionen	675

Abwehr-Verein → Verein zur Abwehr des Antisemitismus

Abwehrverein (Österreich)

Als Reaktion auf die immer stärker werdende antisemitische Bewegung und Politik in Österreich gründeten Mitglieder des Wiener liberalen Großbürgertums im Frühjahr 1891 den Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Abwehrverein). Die Initiatoren, der Mediziner Hermann Nothnagel, der Schriftsteller Baron Arthur von Suttner, der Industrielle Friedrich Freiherr von Leitenberger und der Schriftsteller Graf Rudolf Hoyos, folgten dem Berliner Vorbild, wo ein Jahr zuvor ein gleichnamiger Verein gegründet worden war. Ziel und Aufgabe des Vereins waren die Bekämpfung des Antisemitismus. Ganz im Sinne der Aufklärung sollten die christlichen Mitbürger zum „selbständigen Denken“ angeregt werden und antisemitisches Gedankengut ablehnen. Dazu wurden Vorträge gehalten, aufklärende Artikel veröffentlicht, Diskussionen geführt, Petitionen erarbeitet und ab 1892 die vereinseigene Zeitung „Freies Blatt“ herausgegeben. Mit dem Blatt richteten sich die Vereinsmitglieder vor allem gegen den Antisemitismus der österreichischen Presse. Finanziert wurde das Organ hauptsächlich durch das persönliche Engagement des Freiherrn Leitenberger. Immer wieder warb der Verein um Abonnenten, eine größere Zustimmung blieb dem Blatt jedoch verwehrt, sodass es 1896 eingestellt wurde. 1900 kündigte der Verein auch sein Vereinslokal, da er die Miete nicht mehr aufbringen konnte und die Versammlungen ohnehin nicht gut besucht waren.

Trotz der Rückschläge versuchte sich der Verein auch in direkter Hilfe für Juden. So besorgte er diskriminierten Juden kostenlos Rechtsschutz oder organisierte Protestversammlungen. Nach den Pogromen in Russland sammelte der Abwehrverein Gelder für die Flüchtlinge. 1906 bemühte er sich erfolglos um eine Revision des Ritualmordprozesses, der 1899 in Böhmen geführt worden war und bei dem der jüdische Landstreicher Leopold Hilsner wegen eines angeblichen Ritualmordes an einer Christin verurteilt worden war.

Das Engagement des Abwehrvereins konnte den weitverbreiteten Antisemitismus in Politik, Presse und Öffentlichkeit nicht eindämmen. Vielmehr wurden seine Mitglieder in der antisemitischen Presse spöttisch als „Judenknechte“ bezeichnet, Antisemiten entfachten immer wieder Hetzkampagnen gegen den Abwehrverein.

Eines der engagiertesten Mitglieder des Vereins war die Schriftstellerin, Begründerin der Österreichischen Friedensgesellschaft und spätere Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner, die Ehefrau des zeitweiligen Präsidenten des Vereins Arthur von Suttner. Unermüdlich warb sie für den Verein, schrieb Broschüren und Romane gegen den Antisemitismus und rief die Juden auf, sich zu wehren. Ihr Einsatz brachte ihr die Beschimpfung „Judenbertha“ ein. Da sich der Verein in erster Linie an das christliche und liberale Bürgertum wandte und Juden von der Mitgliedschaft ausschloss, versagten ihm demnach auch die Wiener Juden ihre Unterstützung. Theodor Herzl übte gar scharfe Kritik an dem Abwehrverein. Er schätzte zwar den Einsatz seiner Mitglieder, „die es nicht nötig haben, sich mit dem ganzen Gewicht ihrer reinen Namen [...] der Judenhetze“ entgegenzustellen, aber er forderte die Juden auf, sich selbst mutig und stolz zu wehren. Der Abwehrverein, so Herzls Auffassung, würde gerade diejenigen Juden, die in ihrem Selbstbewusstsein ihre Rettung suchten, nur demütigen. Die meisten Mitglie-

der des Abwehrvereins zeigten sich gegenüber der zionistischen Bewegung skeptisch, Arthur von Suttner dagegen befürwortete sie.

Der Abwehrverein hatte nie mehr als 5.000 Mitglieder, und bis zum Ersten Weltkrieg verlor er auch diese allmählich. Gegen den Antisemitismus in Österreich konnte er kaum Erfolge verbuchen.

Marija Vulesica

Literatur

Brigitte Hamann, Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus, in: Die Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Stereotypen, hrsg. vom Jüdischen Museum der Stadt Wien, Wien 1995, S. 253–263.

Gerald Lamprecht, „Allein der Antisemitismus ist heute nicht mehr eine bloße Idee...“. Strategien gegen den Antisemitismus in Österreich, in: Einspruch und Abwehr. Die Reaktion des europäischen Judentums auf die Entstehung des Antisemitismus (1879–1914), hrsg. von Ulrich Wyrwa, Frankfurt am Main 2010, S. 153–179.

Acción Revolucionaria Mexicanista → Camisas Doradas

Action Française

Die „Action Française“ wurde als Zeitung 1899 auf dem Höhepunkt der Dreyfus-Affäre von Henri Vaugois und Maurice Pujo gegründet; der Schriftsteller und Journalist Charles Maurras wurde wenig später zum Protagonisten und Hauptinspirator der sich daraus entwickelnden monarchistischen politischen Bewegung, die mit ihren Ideen vier Jahrzehnte lang die französische politische Landschaft prägte.

Der von Anfang an im Vordergrund stehende Antisemitismus, der von Édouard Drumont und dem sozialistischen Antikapitalismus inspiriert war, bildete eine der ideologischen Hauptsäulen der Action Française: Gemeinsam mit anderen Inkarnationen des „Anti-Frankreich“ (Freimaurer, Protestanten und „Metöken“) verkörperten Juden den Ausländer und Kosmopoliten, angeblich bestrebt, Frankreich zu beherrschen oder zu zerstören. In Maurras' Augen hatten sie als „Asiaten“ bereits die ihm so wichtige antike westliche Ordnung durcheinandergebracht. In dem sehr durchstrukturierten Weltbild, das er ausarbeitete und in dem das Wissen über das Judentum dennoch beschränkt blieb, stellte Maurras die Theorie vom „staatlichen Antisemitismus“ (*antisémitisme d'État*) auf, der nach Wiedererrichtung der Monarchie als moderner, vom traditionellen Antijudaismus geprägter Antisemitismus umgesetzt werden sollte. Er bestand in einer statistischen Erfassung der Juden mit dem Ziel der Segregation (denn die assimilierten Juden Frankreichs waren anders als ihre Glaubensgenossen in Osteuropa äußerlich nicht als solche erkennbar), eine Einschränkung des Zugangs zu bestimmten beruflichen Tätigkeiten und der Wiedereinführung ihrer eigenen Nation bzw. „Nationalität“ (Widerrufung der Reformen von 1791), da sie sich Maurras zufolge nicht an das jeweilige Aufenthaltsland binden und darum auch keine Franzosen sein könnten. Der Antisemitismus Maurras', der sich nicht an biologischen Kriterien orientierte, sah weder Konversion, Ausweisung noch Vernichtung der Juden vor.

Der Antisemitismus war für die Action Française ein Ziel, aber auch ein Mittel, um die Bewegung bekannt zu machen und ihr Erfolg zu sichern. Maurras beherrschte die

intellektuelle Szene über sehr heftige – und viel gelesene – Artikel und Leitartikel gegen Gegner, die er selbst proklamiert hat: die Politiker der Dritten Republik, ein in seinen Augen dekadentes Regime, und vor allem die Verantwortungsträger der Linken, darunter besonders Juden. Für Léon Daudet, den einzigen Abgeordneten der Action Française, war Léon Blum kein Franzose (Januar 1923).

Trotz diverser Krisen (darunter die Verurteilung der Bewegung durch den Vatikan 1926) fanden die extremen Ideen der Action Française Verbreitung in der Politik und wurden besonders in konservativen Kreisen salonfähig. Der Antisemitismus mit seiner antibolschewistischen Facette fand sich letztlich auch in den Spalten der angesehenen, dem Außenministerium nahe stehenden Zeitung „Le Temps“ wieder, wie auch in den Reihen der „Académie française“, in die Maurras 1938 gewählt wurde.

Die Liga der Action Française, als offizielle Form der Bewegung seit 1905, wurde gleichzeitig mit den anderen rechtsextremen Ligen nach wiederholten Ausschreitungen aufgelöst (1936). Die Tageszeitung wurde jedoch nicht verboten. Dort fand der Antisemitismus fortan umso stärkeren Ausdruck, so auch anlässlich des Sieges der „Front populaire“: Die Ernennung von Léon Blum zum Ministerpräsidenten 1936 war Maurras zufolge der Sieg des „Anti-Frankreich“, und Maurras rief ab diesem Zeitpunkt nachdrücklich zur – auch physischen – Eliminierung des sozialistischen Politikers auf. Die antijüdische Rhetorik wurde am 6. Juni 1936 erstmals Teil einer Abgeordnetenrede im Parlament, gehalten vom der Action Française nahe stehenden Xavier Vallat, dessen Worte in der gesamten Rechten Beifall ernteten.

Gegen Ende der 1930er Jahre richteten sich die antisemitischen Attacken trotz einiger bezeichnender innerer Widersprüchlichkeiten gegen die jüdischen „Kriegsanstifter“, die beschuldigt wurden, Frankreich im Namen eines höherstehenden und nicht französischen Interesses um jeden Preis in einen Krieg gegen Deutschland ziehen zu wollen, um Rache am Antisemiten Hitler zu nehmen und dabei gleichzeitig in dessen und in Moskaus Hände zu spielen. Daudet zufolge sollte Herschel Grynszpan mit seinem Attentat auf den Diplomaten Ernst vom Rath in Paris ausdrücklich einen Krieg anzetteln; die von ihm verschuldeten Novemberpogrome sollten eine neue jüdische Immigrationswelle nach Frankreich auslösen. Die Devise bei der Action Française lautete demnach: „Kein Krieg für die Juden!“

Für die Action Française gingen sowohl der Krieg selbst wie auch die Niederlage vom Juni 1940 auf jüdischen Einfluss zurück. Die Einrichtung des „État français“ unter der Ägide von Marschall Pétain stellte nichtsdestotrotz die „divine surprise“ dar mit der Möglichkeit, die Ideen, die sie seit vierzig Jahren vertrat, endlich umzusetzen. Der Antisemitismus wurde tatsächlich offiziell Bestandteil französischer Politik, besondere Maßnahmen (die Judenstatute von Oktober 1940 und Juni 1941) schlossen Juden in voller Übereinstimmung bzw. auf der Grundlage der alten Forderungen der Action Française aus dem französischen Leben aus. Und es war Xavier Vallat, der zum ersten Generalkommissar für jüdische Fragen (→ Commissariat général aux Questions juives, die im März 1941 vom Vichy-Regime für jüdische Fragen gegründete zuständige Behörde) bestellt wurde. Die Gerichtsverfahren, die gegen die „Verantwortlichen“ der Niederlage, die republikanischen „Kriegsanstifter“, vor allem jüdische Persönlichkeiten, eingeleitet wurden, waren eine Antwort auf die Forderungen von Maurras (aber sie endeten letztendlich im propagandistischen Fiasko).

Die Entwicklung des Vichy-Regimes und seine stufenweise Unterordnung unter die deutsche Vorherrschaft führten zu einer Schwächung der deutschfeindlichen Action Française. Maurras wurde von den Extremisten der Kollaboration sogar bezichtigt, den Juden in die Hände zu arbeiten. Einige Mitglieder schlossen sich dem Widerstand an. Maurras trat nichtsdestotrotz bis zuletzt, also auch nach 1944–1945, für einen von seinen Ideen inspirierten französischen Staat ein: Seine Verurteilung im Januar 1945 interpretierte er dementsprechend als „Revanche von Dreyfus“. Die Gründung Israels – die Wiederherstellung eines Staates für eine jüdische Nation, die nicht in den anderen Ländern aufgehen konnte – war für Maurras schließlich eine Lösung der jüdischen Frage.

Dominique Trimbur

Literatur

Tal Bruttman, Laurent Joly, *La France antijuive de 1936: l'agression de Léon Blum à la Chambre des députés*, Paris 2006.

Laurent Joly, *Les débuts de l'Action française (1899–1914) ou l'élaboration d'un nationalisme antisémite*, in: *Revue historique* 3 (2006) S. 695–718.

Jean-Marc Joubert, *L'antisémitisme d'État de Charles Maurras*, in: Ilana Y. Zinguer, Sam W. Bloom (Hrsg.), *L'antisémitisme éclairé – Inclusion et exclusion depuis l'Époque des Lumières jusqu'à l'affaire Dreyfus*, Leiden 2003, S. 333–348.

Eugen Weber, *L'Action française*, Paris 1985.

Adelaide Institute (Australien)

Das Adelaide Institute gilt als wichtigste Organisation von Holocaustleugnern in Australien. Es ist national und international mit zahlreichen rechtsextremen, antisemitischen und holocaustleugnenden Vereinigungen und Einzelpersonen vernetzt und befasst sich hauptsächlich mit der Verbreitung von Propaganda über das Internet.

Im Jahr 1994 wurde das Adelaide Institute von dem in der Bundesrepublik geborenen Fredrick Töben, einem promovierten Philosophen und Lehrer, im australischen Adelaide gegründet. Obgleich das Institut Ende der 1990er Jahre über 250 Mitglieder gezählt haben soll, verfügt es nicht über nennenswerte institutionelle Strukturen und Ressourcen. Es ist vielmehr auf Töben ausgerichtet, wird primär mit ihm identifiziert und handelt durch ihn. Seine zentrale Rolle änderte sich auch dann nicht grundlegend, als Töben – der im Juni 2011 seine Ambitionen auf eine Kandidatur für das nationale Parlament erklärte – Mitte 2009 den Direktorenposten an Peter Hartung abgab. Der Organisation ist der Verlag „Peace Books“ angeschlossen, der zahlreiche Bücher Töbens verlegt und vertreibt.

Das Adelaide Institute machte in den 1990er Jahren durch provozierende öffentliche Auftritte, Flugblätter und Videos auf sich aufmerksam, schon früh nutzte es auch das Internet und wurde im Laufe der Jahre vielfach in Gerichtsverfahren verwickelt. Im September 2002 entschied der Federal Court of Australia, dass Töben sämtliche holocaustleugnende Inhalte – die als rassistische Diskriminierung gewertet wurden – von der Internetseite zu löschen habe. Da Töben dem nicht folgte, wurde er 2009 zu einer dreimonatigen Haftstrafe verurteilt. 2011 sieht sich Töben einer Schadensersatzklage aus den zugrunde liegenden Verfahren gegenüber, die zu seiner Bankrotterklärung führen könnte.

Bereits 1999 wurde Töben in der Bundesrepublik Deutschland wegen Volksverhetzung auf der institutseigenen Internetseite vom Landgericht Mannheim zu einer mehrmonatigen Haftstrafe verurteilt. Großes Aufsehen erregte der über die Revision befindende Bundesgerichtshof am 12. Dezember 2000, als er in einem wegweisenden Grundsatzurteil erklärte, dass Äußerungen auf ausländischen Internetseiten – sollten diese in Deutschland zugänglich sein – auch nach deutschem Recht bestraft werden können. Ein neuerliches Verfahren konnte bis 2011 noch nicht abgeschlossen werden, da Töben nicht zur angesetzten Verhandlung erschien und auch eine Auslieferung aus London im Oktober 2008 von den englischen Behörden abgelehnt wurde.

Das Adelaide Institute kooperiert in Australien mit verschiedenen rechtsextremen Organisationen, auch international arbeitet es eng mit anderen Holocaustleugnern und deren Vereinigungen zusammen, etwa dem → Institute for Historical Review in den USA. Töben verfügt über besonders gute Kontakte in den Iran, wo er seit Ende der 1990er Jahre zahlreiche einschlägige Vorträge hielt, im Dezember 2006 nahm er als Repräsentant seines Instituts an der berüchtigten Teheraner Konferenz „Review of the Holocaust – Global Vision“ teil. Auf internationaler Ebene bekannt wurde das Adelaide Institute, als es im August 1998 einen zweitägigen Kongress veranstaltete, auf dem die weltweit erste Holocaustleugner-Riege auftrat bzw. live hinzugeschaltet wurde.

In den letzten Jahren beschränkten sich die Aktivitäten der Organisation zunehmend auf die Verbreitung eines Newsletters und von umfangreichen – teilweise deutschsprachigen – propagandistischen Berichten und Meldungen über die institutseigene Internetseite sowie über Videoplattformen im Internet. Die Inhalte umfassen nicht nur Holocaustleugnung, sondern schließen ebenso Antiisraelismus, mitunter brachiale antisemitische Propaganda (so ist die Rede von der „Judeo-Satanic Holocaust Religion“), Glorifizierung des Nationalsozialismus und Hitlers mit ein. Entsprechend ist auch die verlinkte private Internetseite Töbens gestaltet, analog zum Holocaust werden hier auch die Anschläge vom 11. September 2001, der Klimawandel und HIV/AIDS gelehnet bzw. als Verschwörungen bezeichnet.

Christian Mentel

Literatur

- Danny Ben-Moshe, Holocaust Denial in Australia. ACTA – Analysis of Current Trends in Antisemitism 25, Jerusalem 2005.
- Jeremy Jones, Confronting Reality: Anti-Semitism in Australia Today, in: Jewish Political Studies Review 16 (2004), 3–4, S. 89–103.

Agentur der EU für Grundrechte → European Monitoring Center on Racism and Xenophobia

Ahnenerbe → Lehr- und Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe

Aktionsfront Nationaler Sozialisten → Neonazismus

Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit → Deutsche Arbeitsfront

Al-Ikhwān al-Muslimūn

Die Muslimbruderschaft (al-Ikhwān al-Muslimūn) wurde Ende 1928 in der ägyptischen Stadt Ismailiyya durch den Schullehrer Hasan al-Banna und sechs Arbeiter der Suez Canal Company gegründet. Im Kontext der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre gelang es der Muslimbruderschaft schnell sich zu etablieren. Zunächst beschränkte sie sich auf die religiöse Ausbildung ihrer Mitglieder, politisierte sich dann aber innerhalb kurzer Zeit u.a. durch Aktionen gegen die britische Kolonialherrschaft. Nach einer Versetzung al-Bannas im Jahre 1932 nach Kairo wurde auch der Hauptsitz der Muslimbruderschaft dorthin verlagert. Hier avancierte sie schnell zu einer politischen Massenbewegung, die 1948 über eine halbe Million Mitglieder verfügte. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die Organisation von Beginn an auch im sozialen Sektor tätig war.

Mit der Politisierung veränderten sich auch die Ziele der Muslimbruderschaft. Sie tritt bis heute für die Errichtung eines Kalifats auf Grundlage der Scharia ein. Den Islam definierte al-Banna als „totales“ und „allumfassendes“ System (Nizam Shamil), das auch mit Gewalt durchzusetzen sei. International gewann die Muslimbruderschaft an Einfluss, indem sie an der Kairoer Universität gezielt ausländische Studenten rekrutierte, die bis heute existierende Zweigstellen im Libanon, in Syrien und Jordanien errichteten. Auch die 1986 gegründete → HAMAS ist ein Ableger der Muslimbruderschaft.

Während des Zweiten Weltkrieges sympathisierte die Muslimbruderschaft mit den Achsenmächten und führte Anschläge gegen die Briten durch. In diesem Kontext entstand ihr paramilitärischer Flügel. Schnell richteten sich die Aktionen der Muslimbruderschaft nicht mehr nur gegen die britische Besatzung – die zunehmend als „zionistisch gesteuert“ begriffen wurde –, sondern auch gegen die zionistische Einwanderung nach Palästina und die ägyptischen Juden. Ab Anfang der 1930er Jahre agierte die Muslimbruderschaft offen antisemitisch. 1936 begann sie eine gezielte Kampagne gegen die jüdische Minderheit. Dieser wurde unterstellt, die ägyptische Gesellschaft auszubuten und zu unterwandern. Schon zu diesem Zeitpunkt verwoben sich traditionelle islamische Bestandteile der Judenfeindschaft mit denen des modernen Antisemitismus.

Beispielsweise erschien in ihrer Zeitschrift „al-Nadhir“ [Der Warnende] eine regelmäßige Kolumne mit dem Titel „Die Gefährlichkeit der Juden von Ägypten“, und auf Flugblättern wurde zum Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen. Auf dem im Oktober 1938 stattfindenden „Parlamentarischen Weltkongress für die Verteidigung Palästinas“ verteilten Muslimbrüder arabische Übersetzungen der „Protokolle der Weisen von Zion“ und von „Mein Kampf“, anhand derer die „zionistischen Pläne“ im Mandatsgebiet Palästina enthüllt werden sollten. Im Oktober 1945 hatte sich die antijüdische Stimmung in Ägypten so zugespitzt, dass die Regierung gezwungen war, jüdische Einrichtungen unter Polizeischutz zu stellen. Dennoch konnten die am 2. November 1945 im Kontext einer in Kairo durch die Front Arabischer und Islamischer Vereinigungen – zu der neben der Muslimbruderschaft auch die Gesellschaft Junges Ägypten (→ Misr al-Fatat) gehörte – organisierten Großdemonstration erfolgten Übergriffe und ein Brandanschlag auf die aschkenasische Synagoge im Kairoer Stadtteil Muski nicht verhindert werden. Zentral für die Muslimbruderschaft blieb auch die Bekämpfung der zionistischen Einwanderung nach Palästina, an der sie sich ab 1935 in Allianz mit der

palästinensischen Nationalbewegung unter Muhammad Amin al-Husaini beteiligte. Nach Bekanntgabe des UN-Teilungsplans entsandte die Muslimbruderschaft Freiwilligenverbände nach Palästina, die am 15. Mai 1948 am Angriff gegen den neu gegründeten israelischen Staat teilnahmen.

Nach der ägyptischen Niederlage widmete sich die Muslimbruderschaft wieder stärker dem antikolonialen Kampf gegen Großbritannien und beteiligte sich 1952 am Putsch der sogenannten Freien Offiziere. Das Bündnis zerfiel jedoch rasch, da sich die Putschisten nicht etwa am Islam, sondern am Sozialismus der Sowjetunion orientierten. In den Folgejahren wurden zahlreiche Muslimbrüder inhaftiert, gefoltert und hingerichtet. Für die damit verbundene Radikalisierung der Organisation steht insbesondere der Name Sayyid Qutb. Seine systematische Synthese koranischer Motive der Judenfeindschaft mit den Elementen des modernen Antisemitismus prägen Teile der Muslimbruderschaft inhaltlich bis heute.

Qutbs Hinrichtung im August 1966 führte zu einem Richtungsstreit in der Organisation. Mitte der 1970er Jahre richtete sich die Muslimbruderschaft unter der Führung von Umar at-Tilimsani neu aus. Sie verabschiedete sich zwar offiziell vom bewaffneten Kampf, nicht aber von ihrem Ziel eines islamischen Staates oder ihrem Antisemitismus. Der Verzicht auf Gewalt war eher der Einsicht geschuldet, dass die Kräfteverhältnisse einen politischen Umsturz nicht zuließen. Dieser Richtungswechsel führte zur Abspaltung militanter Splittergruppen.

Stattdessen verfolgte die Muslimbruderschaft nun die Strategie, die Gesellschaft Schritt für Schritt zu verändern. Hierbei hilft ihr bis in die Gegenwart ein immer stärker ausgebautes Netz von Vereinen sowie der Betrieb von Krankenhäusern. Gut finanziert durch Mitgliedsbeiträge sowie Spenden aus Saudi-Arabien und Moscheen, konnte sie das durch den Rückzug des Staates im Sozialbereich entstandene Vakuum füllen. Mit dem Projekt Tamkin [möglich machen] betreibt die Muslimbruderschaft die gezielte Unterwanderung der Berufsverbände und der staatlichen Gewerkschaften. Gleichzeitig nahm sie in Wahlbündnissen immer wieder an den Parlamentswahlen teil und erreichte beispielsweise 2005 ca. 20 Prozent der Sitze im Parlament.

Auch nach der ägyptischen Revolte im Frühjahr 2011 lehnten viele Führungskader der Muslimbruderschaft den Friedensvertrag mit Israel von 1979 ab und griffen im Wahlkampf für die Parlamentswahlen vom 28. November 2011 bis zum 10. Januar 2012 auf antisemitische Argumentationen zurück. Aus diesen Wahlen ging die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbruderschaft mit 45,7 Prozent der Stimmen als klare Siegerin hervor. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist unklar, ob sie mit der salafistischen Partei des Lichts oder mit den liberalen Parteien für die Regierungsbildung koalieren wird. Aufgrund der nach wie vor einflussreichen Stellung des Militärrates erscheint eine direkte Aufkündigung des Camp-David-Abkommens in näherer Zukunft unwahrscheinlich. Zu befürchten steht jedoch eine weitere Islamisierung der ägyptischen Gesellschaft, bei der auch der Antisemitismus der Muslimbruderschaft weiter an Einfluss gewinnen könnte.

Malte Gebert

Literatur

Gudrun Krämer, Hasan al-Banna, Oxford 2010.

Richard P. Mitchell, The Society of the Muslim Brothers, Oxford 1969.

Barry Rubin, *The Muslim Brotherhood. The Organization and Policies of a global Islamist Movement*, New York 2010.

Al-Qaida

Die Ende der 1980er Jahre gegründete sunnitische Al-Qaida [Die Basis], die sich in den 1990er Jahren mit militanten ägyptischen Islamisten zu einem transnationalen terroristischen Netzwerk zusammengeschlossen hat, kombiniert Antizionismus und einen hochgradig aggressiven Antisemitismus. Im Spektrum des Islamismus ist Al-Qaida den jihadistischen Salafisten zuzuordnen. Dieser Begriff steht für die strikte Befürwortung frühislamischer Herrschafts- und Rechtsformen, die ihre Anhänger mittels Terrorismus durchzusetzen suchen. Hierzu gehören die Verketzerung von Demokratie und säkularem Recht sowie die Ablehnung jeglicher nationalstaatlicher Strukturen und deren Ersatz durch ein großislamisches Kalifenreich. Hauptkennzeichen der Ideologie von Al-Qaida ist die Uminterpretation des militanten Jihad zu einer offensiven Kampfform und die Legitimation seiner Anwendung auf den „Nahen Feind“, die als unislamisch gebrandmarkten Regime in den muslimischen Ländern, sowie auf den „Fernen Feind“, zu denen Al-Qaida vor allem die USA, Russland und Israel zählt.

Markantes Beispiel für diese Gewaltagenda ist der von Osama Bin Laden und Aman al-Zawahiri 1998 veröffentlichte Aufruf der „Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“, der die ideologische Grundlage u. a. der Anschläge vom 11. September 2001 bildet. Dieser Aufruf erklärt die Tötung von Amerikanern und Juden zu einer individuellen Pflicht eines jeden Muslims und fordert dazu auf, amerikanische Truppen und ihre Verbündeten mit Anschlägen aus der muslimischen Welt zu verdrängen. Mit Vorwürfen der „Besetzung Jerusalems“ und durch den „Kleinstaat der Juden“ verübte „Morde an Muslimen“ wird zudem zu Angriffen auf Juden weltweit aufgerufen. Wörtlich heißt es in dem als ein religiöses Rechtsgutachten (fatwa) deklarierten Aufruf: „Es ist eine individuelle Glaubenspflicht jedes Muslims, der dies kann und in jedem Land, in dem dies möglich ist, diese Anordnung in die Tat umzusetzen, indem er die Amerikaner und ihre Verbündeten, Zivilisten und Militärs, tötet. Dies gilt, bis die al-Aqsa-Moschee in Jerusalem und die Große Moschee von Mekka aus ihrer Gewalt befreit sind und bis sich alle ihre Armeen aus der islamischen Welt zurückgezogen haben, besiegt und unfähig, irgendeinen Muslim zu bedrohen.“

Parallel zur Aufforderung zur weltweiten Tötung von Juden propagiert Al-Qaida seit 2001 verstärkt auch die Zerschlagung Israels. Dies zeigen die vielfachen Bezugnahmen der transnationalen Jihadisten auf den „Palästina-Konflikt“. Durchgängiges Element des von Al-Qaida-Führern vor allem in Audio-, Video- und Internetbotschaften verbreiteten Antisemitismus ist der Vorwurf eines „jüdisch-christlichen“ bzw. „jüdisch-amerikanischen Kreuzzugs“ gegen die muslimische Welt. Die gegen Israel gerichteten Anschlägsdrohungen begründet Al-Qaida damit, dass der „Militärapparat der Juden und Kreuzritter Jerusalem besetzt“ halte. Ferner wird gefordert, die „Hauptverbrecher USA, Russland und Israel in den Kampf zu zwingen“ und „den Jihad auf den Boden des Feindes zu tragen“.

Diesbezüglich adressiert Al-Qaida auch die beiden regional gewaltausübenden Gruppen → HAMAS und → Hizb Allah, denen sie falsche Ziele sowie eine Monopo-

lisierung des Kampfes gegen Israel vorwirft. Insbesondere die HAMAS wird für die Teilnahme an Wahlen sowie für das Ziel eines palästinensischen Nationalstaats anstelle eines islamischen Großkalifats kritisiert. Al-Qaida warnt die HAMAS ferner vor dem Aufgeben ihrer Gewaltorientierung und fordert die bedingungslose Fortsetzung des militanten Jihad gegen Israel. Dieser sei „der einzige Weg, auf dem wir Palästina zurück-erlangen können“. Um Israel zu zerstören, müsse die HAMAS zudem jihadistische Salafisten im Gaza-Streifen unterstützen und nicht bekämpfen. Der libanesischen Hizb Allah wirft Al-Qaida vor, transnationale Jihadisten an der Bekriegung Israels an dessen Nordgrenze zu hindern.

Auch auf der Handlungsebene ist die Vernichtung Israels für die transnationalen Jihadisten von zentraler Bedeutung. Parallel hierzu sind weltweite Aktivitäten Al-Qaidas und verbündeter Gruppen gegen Juden bzw. Israelis festzustellen. Zu den nach 2001 schwelenden Angriffen auf Juden außerhalb Israels zählen der Anschlag auf ein Hotel sowie der fehlgeschlagene Abschuss eines israelischen Verkehrsflugzeuges in Mombasa 2002, die Anschläge auf verschiedene jüdische Einrichtungen in Casablanca im Mai 2003, die Anschläge auf zwei Synagogen in Istanbul im November 2003 sowie die Anschläge auf dem Sinai 2004. Darüber hinaus hatten Al-Qaida-nahe Attentäter 2002 einen Anschlag auf die Al-Ghriba-Synagoge im tunesischen Djerba verübt. In Deutschland vereitelten die Sicherheitsbehörden im gleichen Jahr Angriffe einer Al-Qaida-nahen Gruppe auf jüdische Einrichtungen in Berlin und Düsseldorf.

Olaf Farschid

Literatur

- Olaf Farschid, Antisemitismus im Islamismus. Ideologische Formen des Judenhasses bei islamistischen Gruppen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 435–485.
- Gilles Kepel, Jean-Pierre Milelli (Hrsg.), Al-Qaida. Texte des Terrors, München 2006.
- Guido Steinberg, Der nahe und der ferne Feind. Die Netzwerke des islamistischen Terrorismus, München 2005.

Algemeiner Yidisher Arbeter Bund in Lite, Poyln und Rusland → Bund

Alldeutscher Ausschuss für die Judenfrage → Alldeutscher Verband

Alldeutscher Verband

Im 1891 gegründeten Alldeutschen Verband sammelten sich vor allem Angehörige der bildungsbürgerlichen, industriellen, konservativen und zum Teil adligen Eliten, die den außen- wie innenpolitischen Paradigmenwechsel der Nachfolger Otto von Bismarcks als Reichskanzler scharf kritisierten. Der Alldeutsche Verband beanspruchte ein umfassendes politisches Mitspracherecht aus seinem Selbstverständnis heraus, als außerparlamentarischer und überparteilicher Nationalverband nicht nur Partikularinteressen, sondern die Belange des ganzen „deutschen Volkes“ zu vertreten.

Der Alldeutsche Verband forderte von der Reichsregierung die Durchsetzung expansionistischer Herrschaftsansprüche, die das Deutsche Reich von einer kontinentalen Großmacht zu einer politischen und kulturellen Weltmacht machen sollten. Zur Stärkung der Position Deutschlands inmitten der imperialen Mächtekonstellation war aus

Sicht der Alldeutschen die Aufrüstung von Heer und Flotte zur Errichtung eines ausgedehnten Kolonialreiches notwendig. Innenpolitisch trat der Verband seit seiner Gründung für eine biologistische Neuordnung des mitteleuropäischen Raumes in separierte und kulturell homogenisierte ethnische Einheiten ein. Der Verband postulierte weitreichende „Germanisierungs“-Ideen, vor allem für den Osten des Deutschen Reiches.

Um die Jahrhundertwende zählte der Alldeutsche Verband etwa 20.000 Mitglieder. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges und am Anfang der Weimarer Republik stieg die Zahl auf knapp 40.000 an, sank aber bis 1933 wieder auf unter 10.000. Die Mitglieder standen politisch hauptsächlich der Nationalliberalen Partei, den konservativen Parteien und nach 1918 der → Deutschnationalen Volkspartei nahe. Führende Alldeutsche saßen in den Leitungsgremien des Deutschen Flottenvereins, des Deutschen Wehrvereins, des → Deutschen Ostmarkenvereins, der Deutschen Kolonialgesellschaft, des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der Deutschen Vaterlandspartei, des → Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes und später auch der Deutschnationalen Volkspartei. Aufgrund dieser Kontakte kam dem Alldeutschen Verband bis weit in das 20. Jahrhundert hinein eine zentrale Rolle im Spektrum der radikalnationalistischen Rechten zu. Dem Verband standen zuerst Karl von der Heydt (1891–1893), danach Ernst Hasse (1893–1908) und Heinrich Claß (1908–1939) vor.

Der Verband gab folgende Publikationen heraus: „Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Verbandes“ (1891–1893), „Alldeutsche Blätter“ (1894–1939), „Flugschriften des Alldeutschen Verbandes“ (1894–1914, 34 Hefte), „Der Kampf um das Deutschtum“ (1897–1911, 16 Hefte) und das „Handbuch des Alldeutschen Verbandes“ ab 1896.

Der Antisemitismus spielte Anfang der 1890er Jahre im Alldeutschen Verband gegenüber dem propagierten Radikalnationalismus nur eine untergeordnete Rolle. Initiativen einzelner Ortsgruppen, der Verband möge eine deutliche Stellungnahme zur „Judenfrage“ veröffentlichen und Juden die Mitgliedschaft verbieten, fanden noch keine Mehrheit. Dem Verband gehörten anfangs auch einige zum Christentum konvertierte Juden wie der freikonservative Politiker Otto Arendt oder der Pathologe Otto Lubarsch an.

Zahlreiche Leitungsmitglieder wie Heinrich Claß, Theodor Reismann-Grone, Ernst Hasse und Alfred Hugenberg waren jedoch vom negativen Einfluss der „jüdischen Rasse“ auf das deutsche Volk überzeugt. Führende Rassenideologen wie der Anthropologe Otto Ammon, der Schriftsteller Theodor Fritsch oder der Gobineau-Übersetzer Ludwig Schemann engagierten sich im Alldeutschen Verband. Deren Vorstellung von „Rasse“ als vorgeblich naturgegebenem Maßstab für alles politische Handeln gewann mit dem zentralen Anliegen, das „deutsche Volk“ durch scheinbar objektive Kriterien wie Sprache, Kultur, Geschichte und Abstammung definitorisch zu erfassen, an Bedeutung. Um die Jahrhundertwende förderte die Verbandsführung gezielt die Verbreitung der rassentheoretischen Werke von Arthur de Gobineau, Paul de Lagarde und Houston Stewart Chamberlain.

Nach der Reichstagswahl im Januar 1912 fanden rassistisch begründete politische Forderungen und antisemitische Schuldzuweisungen zur Behebung der vermeintlichen gesellschaftlichen und politischen Missstände vermehrt Eingang in Vorträge bei lokalen und überregionalen Verbandsveranstaltungen. Claß und Konstantin von Gebattel

(ab 1915 stellvertretender Vorsitzender) forderten ein restriktives Fremdenrecht, das Juden aus der deutschen Gesellschaft ausschließen sollte. Eine öffentliche Stellungnahme des Alldeutschen Verbandes zur „Judenfrage“ lehnten sie aber aus taktischen Gründen nach wie vor ab: Der Verband sollte nicht einseitig als Antisemitenverband wahrgenommen werden.

Die maßgeblich von Claß bereits im August 1914 formulierten alldeutschen Kriegsziele von geopolitischer Expansion und biopolitischer Homogenisierung enthielten auch die bereits vor dem Krieg geäußerten Forderungen nach einem „Grenzschluss gegen jüdische Einwanderung“ im Osten und nach Ausweisung der im Deutschen Reich lebenden Juden in einen zu gründenden jüdischen Staat in Palästina. Doch sämtliche politischen Initiativen scheiterten, die diese Ideen als regierungsoffizielle Kriegsziele zu etablieren versuchten.

Auf die mit zunehmender Kriegsdauer wachsende Kriegsmüdigkeit innerhalb der Bevölkerung und die ausbleibenden militärischen Erfolge reagierte die Verbandsführung mit einer gesteigerten antisemitischen Rhetorik. Dabei griff sie die antisemitischen Vorurteile auf, die seit der „Judenzählung“ von 1916 verstärkt in der deutschen Gesellschaft kursierten. Die militärischen Kämpfe an den Fronten und das innenpolitische Ringen für und wider die Demokratisierung des Deutschen Reiches stellten die Alldeutschen in ihrer Propaganda als zwei Seiten eines Kampfes dar, in dem eine deutsch-national-monarchische Weltanschauung gegen eine jüdisch-international-demokratische Gesinnung stehe.

Die vermehrte antisemitische Agitation der Alldeutschen gegen Ende des Krieges sollte nicht nur die eigene politische Ohnmacht und strukturelle Einflusslosigkeit verschleiern, indem sie dem alldeutschen Wirken mit dem „internationalen Judentum“ einen umso mächtigeren Feind gegenüberstellte. Zugleich fungierte der Antisemitismus vor dem Hintergrund der Auflösungserscheinungen der konstitutionellen Monarchie als weltanschauliches Integrationsmoment sowie populistisches Mobilisierungsmittel: Juden wurden als „Sündenböcke“ präsentiert, auf die der „nur zu berechnete Unwille unseres guten und irregeleiteten Volkes abgelenkt“ werden müsse.

Im Oktober 1918 gründete der Alldeutsche Verband einen sogenannten Judenausschuss, welcher den zahlreichen antisemitischen Wortführern in- und außerhalb des Verbandes die organisatorische Plattform für ein gemeinsames Vorgehen offerierte. Aus dem „Judenausschuss“ ging Anfang 1919 der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund hervor. Dessen zentrales Aufgabenfeld lag in der massenhaften Verbreitung antisemitischer Broschüren, Flugblätter, Klebmarken etc.

Nach dem Zusammenbruch der Monarchie im November 1918 wendete sich der Protest des Alldeutschen Verbandes gegen einzelne Personen und Entscheidungen der Staatsführung in eine fundamentale Opposition gegen die als „undeutsch“ abgelehnte Weimarer Republik. In der „Bamberger Erklärung“ definierte der Verband im Februar 1919 Rassismus und Antisemitismus als seine weltanschaulichen Leitgedanken. Die neue Satzung vom Herbst 1919 erklärte zudem die Schaffung einer rassistisch homogenen „Volksgemeinschaft“ zum politischen Ziel. Es folgten antisemitische Kampagnen des Alldeutschen Verbandes, die die „Judenfrage“ zur alles entscheidenden Frage einer kommenden „deutschen Wiedergeburt“ erhoben. Im Herbst 1924 nahm der Verband

schließlich einen „Arierparagraphen“ in seine Satzung auf. Damit wurde Juden auch de jure die Mitgliedschaft im Verband untersagt.

Angesichts der temporären Festigung der parlamentarischen Demokratie konzentrierten sich die Alldeutschen darauf, die verhasste Republik mittels einer nationalen Diktatur in einen völkischen Staat umzuwandeln. Dabei schlossen sie anfangs auch ein gewaltsames Vorgehen nicht aus. Allerdings war keiner der republikfeindlichen Rechtsverbände bereit, sich dem bedingungslosen Führungsanspruch des Alldeutschen Verbandes und seines Vorsitzenden Claß unterzuordnen. Der politische und strukturelle Einfluss des Verbandes nahm seit Mitte der 1920er Jahre kontinuierlich ab. Im Gegensatz zu anderen Gruppierungen wie der → NSDAP war der Alldeutsche Verband zu keinem Zeitpunkt bereit, in letzter Konsequenz zur Verwirklichung seiner republikfeindlichen Ziele den Boden des Rechtsstaates zu verlassen. Die antirepublikanische und antisemitische Agitation der Alldeutschen diente damit nicht als Vorbereitung, sondern lediglich als Ersatz für entschlossenes Handeln.

Als Teil der nationalen Opposition gehörte der Alldeutsche Verband zu den Initiatoren des 1929 durchgeführten „Volksentscheids gegen den Young-Plan“. Gegenüber der sich dynamisch und entschlossen gebenden NSDAP verlor der im elitären Politikverständnis verhaftet gebliebene Alldeutsche Verband Ende der 1920er Jahre weiter an Bedeutung. Der Versuch, seinen politischen Einfluss durch den Anschluss an die 1931 gebildete, rechtsnationale wie antirepublikanische Harzburger Front zu wahren, scheiterte.

Nach der Machtübernahme der NSDAP im Januar 1933 verlor der Alldeutsche Verband endgültig jede politische Bedeutung. Seinen Anspruch auf Mitsprache bei der staatlichen und gesellschaftlichen Umgestaltung ließ das NS-Regime nicht gelten. Der Alldeutsche Verband wurde zwar anfangs noch nicht verboten, aber zunehmend ins politische Abseits gedrängt. Dennoch unterstellte das NS-Regime dem weiterhin elitär ausgerichteten und stark abgeschotteten Alldeutschen Verband eine oppositionelle Einstellung. Im März 1939 löste die Gestapo den Verband schließlich auf.

Johannes Leicht

Literatur

- Roger Chickering, *We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886–1914*, Boston, London, Sydney 1984.
- Edgar Hartwig, *Alldeutscher Verband (ADV). 1891–1939*, in: *Lexikon zur Parteigeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*, hrsg. von Dieter Fricke u. a., Band I, Leipzig 1983, S. 13–47.
- Rainer Hering, *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890–1939*, Hamburg 2003.
- Alfred Kruck, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939*, Wiesbaden 1954.
- Johannes Leicht, *Heinrich Claß 1868–1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen*, Paderborn 2012.

Alleanza Nazionale → Movimento Sociale Italiano

Alles für das Vaterland → Legiunea Arhanghelul Mihail

Allgemeine Vereinigung zur Bekämpfung des Judenthums

Hervorgegangen ist die Allgemeine Vereinigung zur Bekämpfung des Judenthums aus dem „Ersten Internationalen antijüdischen Congress“, der im September 1882 in Dresden stattfand. Die Vereinigung war nicht, wie der Name vermuten ließe, eine Sammel- oder Bündnisorganisation. Vielmehr war sie ein Instrument der internen Kämpfe der antisemitischen Bewegung in den 1880er Jahren, auch wenn sie nominell zur Publikation und Verbreitung antisemitischer Thesen und Texte gegründet worden war. Hinter der Bezeichnung Allgemeine Vereinigung zur Bekämpfung des Judenthums stand nahezu allein der Chemnitzer Verleger Ernst Schmeitzner, der in ihrem Namen agierte.

Als Herausgeber der Schriften Nietzsches zu gewisser Bekanntheit gekommen, trug Schmeitzner 1880 Wilhelm Marr seine Dienste als Verleger an. Mit diesem gründete er im gleichen Jahr die Zeitschrift „Antisemitische Hefte“, deren Erscheinen jedoch schon im ersten Jahr nach drei Ausgaben mangels Leserschaft eingestellt werden musste. Schmeitzner, der auch die Antisemitenpetition unterzeichnet hatte, zählte zu den Einladenden des ersten internationalen Antisemitenkongresses.

Der erste internationale Antisemitenkongress mit etwa 200 deutschen Teilnehmern und einigen österreichischen, ungarischen und russisch-stämmigen Gästen galt zeitgenössischen Beobachtern und auch Antisemiten wie Adolf Stoecker als Debakel. Dennoch verfolgte Schmeitzner als Bevollmächtigter des vom Kongress eingesetzten „ständigen Comites“ mit Nachdruck die aufgetragenen Aufgaben, Beschlüsse und Thesen des Kongresses zu publizieren, Gelder einzuwerben und einen Folgekongress zu organisieren. Nach eigenen Angaben veröffentlichte und vertrieb er die Thesen des Kongresses als „Manifest“ in einer Auflage von 45.000 Stück. Im Februar 1883 gründete er mit einer ungenannten „Anzahl Herren aus Ungarn, Österreich, Nord- und Süddeutschland“ die Allgemeine Vereinigung (auch Alliance antijuive universelle) als Nachfolgeorganisation des Komitees. Die Vereinigung wurde nach dem Vereinsgesetz für das Königreich Sachsen beim Polizeiamt in Chemnitz angemeldet. Als Ziel des Vereins nannte Schmeitzner neben antisemitischer Pressearbeit, „den hier und da bereits stattgefundenen gewalthätigen Ausbrüchen der Volkswuth gegen das Nationen und Staaten zersetzende wucherische Treiben der Juden dadurch vorzubeugen, dass er eine Regelung der Judenfrage auf gesetzgeberischem Wege anstrebt“ (Schmeitzner's internationale Monatszeitschrift 2, 1883). Praktisch war die Umwandlung des Komitees in die Allgemeine Vereinigung mit dem Herausdrängen konkurrierender antisemitischer Aktivisten und Strömungen, namentlich Adolf Stoeckers und Alexander Pinkerts, verbunden. Als Vereinszeitschrift diente die 1882 noch ohne antisemitische Obsession erschienene „Schmeitzner's internationale Monatszeitschrift“. Diese nannte sich ab 1883 im Untertitel „Zeitschrift für die Allgemeine Vereinigung zur Bekämpfung des Judenthums“.

Die Allgemeine Vereinigung lud zum zweiten Antisemitenkongress am 27. und 28. April nach Chemnitz, zwischen 35 und 40 Anhänger folgten der Einladung. Die Redner kamen aus dem deutschen Kaiserreich und der Habsburgermonarchie. Auch die von Schmeitzner erwähnten russischen, rumänischen und serbischen Gäste konnten nicht die Illusion einer internationalen Koordination der antisemitischen Bewegung aufrecht erhalten oder über die im Zentrum der Veranstaltung stehenden internen Konflikte deutscher Antisemiten hinwegtäuschen. Ohne Vorankündigung stellte die inter-

nationale Monatszeitschrift Ende 1883 ihr Erscheinen ein, zeitgleich löste sich die Allgemeine Vereinigung auf.

Isabel Enzenbach

Literatur

Malcom B. Brown, Friedrich Nietzsche und sein Verleger Ernst Schmeitzner, Frankfurt am Main 1987.

Kurt Wawrzinek, Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927.

Ulrich Wyrwa, Die Internationalen Antijüdischen Kongresse von 1882 und 1883 in Dresden und Chemnitz. Zum Antisemitismus als europäischer Bewegung, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2009 (online).

Allgemeiner Deutscher Verband → Alld deutscher Verband

Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland → Bund

Alliance antiraciste → Ligue Internationale contre l'Antisémitisme

Alliance Israélite Universelle (Frankreich)

Die Alliance Israélite Universelle (AIU) ist ein in Frankreich 1860 als Reaktion auf die Mortara-Affäre gegründeter jüdischer Hilfsverein. Die von ihr vertretenen Ideen waren von der Aufklärung und der französischen Erklärung der Menschenrechte von 1789 inspiriert, wobei eine jüdische Interessenvertretung auf der Basis universaler Werte geschaffen werden sollte. Die Gründerfiguren (Charles Netter, Narcisse Leven, Isidore Cahen, Eugène Manuel, Aristide Astruc, Jules Carvallo, Adolphe Crémieux) waren Intellektuelle verschiedenster Ausrichtung, die sich fern von Orthodoxie und jüdischer Hierarchie den republikanischen Idealen verpflichtet fühlten. Angesichts des vergleichsweise privilegierten Schicksals der Juden in Frankreich stand Solidarität mit den Glaubensgenossen in Mitteleuropa und im Mittelmeerraum im Vordergrund, die meist den jeweiligen politischen Konjunkturen im Zuge der staatlichen Umstrukturierungen und Reformen innerhalb der Großreiche unterworfen waren. Der Leitsatz der Alliance Israélite Universelle – wie auch von anderen zu diesem Zeitpunkt gegründeten Hilfswerken – war die „Erneuerung“ (régénération) durch Bildung: Die westliche Welt hatte demnach die Pflicht, den benachteiligten und unterdrückten Völkern (siehe Damaskus-Affäre 1840) neuen Elan zu geben. Dies erfolgte über den Aufbau eines Netzes von schulischen Einrichtungen in Nordafrika (als erste Schule Tétouan in Marokko, 1862), in Kleinasien und in den europäischen Territorien des Osmanischen Reiches, und zwar mit Unterstützung der französischen Behörden, die hier nach der Errichtung des französischen Kolonialreiches ein neues Instrument zum Ausbau des französischen Einflusses erblickten.

Die Durchdringung dieser Regionen erfolgte nicht ohne Schwierigkeiten angesichts häufiger Widerstände vonseiten der lokalen Behörden und Bevölkerungen, aber auch der jüdischen Gemeinden, deren Verantwortliche mit Misstrauen das Projekt des von der Alliance Israélite Universelle getragenen modernen, laizistischen und französisch

geprägten Judentum verfolgten, trotz der auch in anderen westeuropäischen Staaten zur Spendenbeschaffung eingerichteten Zweigstellen. Durch die Schaffung von Grund- und Berufsschulen (Mikweh Israel in Palästina 1879) bemühte sich die Alliance Israélite Universelle um die Entwicklung der Gemeinden durch die Veränderung ihrer sozio-professionellen Strukturen. Langfristig lag die Durchführung der Aufgabe auch bei den lokalen Eliten: Einheimische wurden in der „École normale israélite orientale“ (ENIO, Paris 1868) zu Lehrern ausgebildet.

Die von der Alliance Israélite Universelle angestrebte Erneuerung sollte den jüdischen Bevölkerungsgruppen ihre Würde zurückgeben und ihnen vor allem ermöglichen, der vorherrschenden Feindseligkeit besser entgegenzutreten zu können. In den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens setzte sich die Alliance besonders für die jüdischen Gemeinden außerhalb Frankreichs ein, damit ihre Minderheitsrechte im Rahmen der neu geschaffenen Staaten geschützt würden. Diese internationale Aktion war nicht immer erfolgreich angesichts weiterhin bestehender prekärer Situationen (Rumänien) oder des Rückgriffs auf Notmaßnahmen (Emigration der Juden aus Russland). Auch galt die Aufmerksamkeit anscheinend nicht Frankreich selbst, wo sich die Situation für Juden deutlich verschlechterte (im Mutterland wie in Algerien). Die Dreyfus-Affäre erschütterte die Alliance Israélite Universelle ernsthaft, so wie später auch das sehr antisemitische Klima der 1930er Jahre. Die Attacken von Antisemiten (Drumont und andere sahen in dem Zusatz „universell“ der AIU die Bestätigung eines internationalen Judenkomplots gegen Frankreich bzw. den Katholizismus) bewegten sie zu Stellungnahmen, um Juden innerhalb Frankreichs in Schutz zu nehmen.

Die Zunahme antisemitischer Strömungen um die Jahrhundertwende führte dennoch zu keiner Neuorientierung innerhalb der Alliance Israélite Universelle: Die Situation der Juden sollte weiterhin in ihren jeweiligen Aufenthaltsländern verbessert werden und nicht über einen jüdischen, auf die Zusammenführung der Juden in Palästina abzielenden Nationalismus. In diesem Sinne blieb das Verhältnis der Alliance zum Zionismus vor allem unter dem Einfluss von Sylvain Lévi dauerhaft von großem Misstrauen geprägt. Die von Herzl begründete zionistische Bewegung, die in ihren Augen den Antisemiten in die Hände spielte, etablierte sich nichtsdestotrotz in der Zwischenkriegszeit als ernstzunehmender Rivale bei den vom Antisemitismus immer stärker betroffenen jüdischen Gemeinden.

Die Alliance Israélite Universelle erfuhr bereits nach 1918 eine erste Schwächung, als sie Schwierigkeiten hatte, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen: Neben der Schließung einer großen Zahl ihrer Einrichtungen entging ihr auch der steigende Zustrom zum Zionismus. Der entscheidende Schlag widerfuhr ihr ab 1940, als deutsche Truppen einen großen Teil Frankreichs besetzten. Als jüdische, den Antisemitismus bekämpfende Organisation, die in den Augen der NS-Besatzer die These von der jüdischen Weltverschwörung bestätigte, wurden ihre Räumlichkeiten und Archive beschlagnahmt (letztere tauchten erst nach dem Zusammenbruch der UdSSR wieder auf) und das Personal wurde versprengt. Die Etablierung ihrer Verantwortlichen in Vichy konnte den Schaden anfangs kurzfristig begrenzen, bis sie auch von dort ausgewiesen wurden. 1942 wurde die Alliance Israélite Universelle zwangsweise der → Union générale des Israélites de France (UGIF) eingegliedert. Die von ihr geführten Schuleinrichtungen, die sich meist in den von den Alliierten kontrollierten Gebieten befanden

und vor Ort mit konkurrierenden Institutionen konfrontiert waren, wurden von ihr abgetrennt (z.B. Palästina, damals britisches Mandat, später Nordafrika, nach der alliierten Landung). Die konkrete, auch finanzielle Unterstützung durch René Cassin, enger Mitarbeiter De Gaulles in London, erwies sich als wesentlich für das Fortbestehen über 1945 hinaus.

Cassin war es auch, der nach dem Krieg und dem Holocaust als Präsident das Schicksal der Alliance Israélite Universelle bestimmte. Das Ausmaß der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs brachte den Verfasser der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte dazu, neue Optionen und Aktivitäten anzuregen. Die Gegnerschaft zum Zionismus hatte keine Berechtigung mehr, denn der Staat Israel erschien als beste Antwort auf den Antisemitismus. Gleichzeitig ging es auch darum, die französische jüdische Gemeinde, welche die Katastrophe überlebt hatte, neu zu beleben: Die Alliance Israélite Universelle widmete dem Schicksal französischer Juden künftig stärkere Aufmerksamkeit und schloss sich dem neu gegründeten → Conseil représentatif des Israélites de France (CRIF) und dessen Kampf gegen den Antisemitismus in Frankreich und anderswo an (Aktion für die sowjetischen Juden). Ihre traditionellen Einrichtungen in Nordafrika wurden von den lokalen und internationalen Ereignissen (Gründung Israels, Entkolonialisierung, israelisch-arabische Kriege) erfasst und leerten sich als Folge des Verschwindens lokaler jüdischer Gemeinden vor ihrer endgültigen Schließung.

Die Alliance Israélite Universelle konzentrierte sich von da an auf das französische Judentum und deren kulturelle Institutionen (Eröffnung von Schulen in Frankreich und Aufklärungsarbeit über das Judentum gegenüber Nichtjuden), deren beachtliche archivalische und bibliothekarische Ressourcen der Forschung über das vergangene und gegenwärtige Judentum zur Verfügung stehen.

Dominique Trimbur

Literatur

André Chouraqui, *L'alliance israélite universelle et la renaissance juive contemporaine (1860–1960): cent ans d'histoire*, Paris 1965.

André Kaspi (Hrsg.), *Histoire de l'Alliance israélite universelle, de 1860 à nos jours*, Paris 2010.

Allrussländischer Dubrowinscher Bund des Russischen Volkes → Sojus Russkogo Naroda

Allslawisches Komitee → Jewrejski Antifaschistski Komitet

Alpenverein Donauland → Alpine Vereine

Alpine Vereine

Nach dem britischen Alpine Club (1857) bildeten sich in ganz Europa alpine Vereine; in Deutschland und Österreich waren dies der Oesterreichische Alpenverein (1862) und der Deutsche Alpenverein (1869), die ab 1874 als Deutscher und Oesterreichischer Alpenverein (DuOeAV) zum weithin mitgliederstärksten alpinen Verein fusionierten. Daneben wurden als größere Vereine in Wien noch der Österreichische Touristenklub (ÖTK, 1869), der Österreichische Alpenklub (ÖAK, 1878) und der Niederösterreichi-

sche, dann Österreichische Gebirgsverein (ÖGV, 1890) gegründet; und schließlich zählt auch der 1895 ins Leben gerufene Touristenverein „Die Naturfreunde“ zu den alpinen Vereinen.

Mit Ausnahme der vorwiegend sozialdemokratischen, teils kommunistischen Naturfreunde sperrten sich alle genannten Vereine im Lauf der Jahre gegen jüdische Mitglieder. Der Österreichische Gebirgsverein warb 1919 damit, schon von Beginn an „auf deutsch-arischer Grundlage“ gestanden zu haben, führte eine entsprechende Satzungsbestimmung aber erst im Juni 1920 ein. Der Österreichische Touristenklub folgte im April 1921 mit einem „Arierparagrafen“ für seine sogenannte Zentrale, der etwa die Hälfte der Mitglieder angehörte, und dehnte ihn 1922 verpflichtend auf alle Sektionen aus. Die Sektion Wienerland des Österreichischen Touristenklubs hatte 1921 noch eine Resolution gegen den „Arierparagrafen“ verabschiedet. Der Österreichische Alpenklub, ein elitärer Klub von Spitzenbergsteigern aus aller Welt, nahm spätestens seit dem Ende des Ersten Weltkriegs keine jüdischen Mitglieder auf, ohne dies je in seinen Satzungen festzulegen oder offen bekanntzugeben.

Im größten alpinen Verein, dem Deutschen und Österreichischen Alpenverein, sorgte die Diskussion um den „Arierparagrafen“ zu einer von 1921 bis 1924 dauernden schweren inneren Krise, die mit dem Ausschluss der in Wien ansässigen „jüdischen“ Sektion Donauland endete. Der Alpenverein hatte keine direkten Mitglieder; die Bestimmungen über die Aufnahme blieben zunächst den Sektionen überlassen. Vor dem Ersten Weltkrieg hatten nur vereinzelte der bis zu 400 Alpenvereinssektionen einen „Arierparagrafen“ in ihren Statuten geführt. Seit einer organisatorischen Stärkung der Vereinsleitung durch den neu geschaffenen Hauptausschuss im Jahr 1910 verwehrte dieser den Sektionen die Aufnahme eines „Arierparagrafen“, ließ ihn aber 1919 auf starken Druck der Sektionen hin zu. Vor allem österreichische Sektionen führten ihn dann in rascher Folge ein.

In der größten Alpenvereinssektion Austria in Wien, die einen hohen Anteil jüdischer Mitglieder hatte, stießen diese Bestrebungen allerdings auf Widerstand. Die antisemitische Minderheit holte sich 1921 zu ihrer Unterstützung den bekannten Bergsteiger Eduard Pichl, einen Freund und Anhänger Georg von Schönerers, als Vorsitzenden-Kandidaten und Walter Riehl, den Vorsitzenden der damals weithin unbekanntenen und bedeutungslosen → Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP), als Hauptredner. Riehl, der im Jahr 1920 die „Zwischenstaatliche Kanzlei“ der nationalsozialistischen Parteien geleitet hatte und gemeinsam mit Adolf Hitler und Julius Streicher aufgetreten war, war auch bei der entscheidenden Hauptversammlung des Österreichischen Touristenklubs Hauptredner gewesen.

In der Sektion Austria wurde nach stürmischen Hauptversammlungen zunächst im Februar 1921 ein völkischer Vorstand mit Pichl an der Spitze gewählt und schließlich im Herbst 1921 der „Arierparagraf“ in die Satzung aufgenommen. Bis dahin hatten zahlreiche, vor allem jüdische Mitglieder die Sektion verlassen. Die Sektion Austria begann sofort nach der Machtübernahme des völkischen Vorstandes mit einer massiven Agitation zur Einführung des „Arierparagrafen“ in anderen Alpenvereinssektionen. Nachdem sich mit der Sektion Donauland schon im Juni 1921 eine neue Alpenvereinssektion in Wien konstituiert hatte, die Juden aufnahm und schließlich zum großen Teil aus Juden bestehen sollte, richtete sich der Kampf der Sektion Austria gegen die Sek-

tion Donauland und gegen den Hauptausschuss, der ihre Gründung zugelassen hatte. Die Sektion Austria zog in diesem von 1921 bis 1924 dauernden Konflikt nicht nur den größten Teil der österreichischen und eine kleine Anzahl von deutschen Sektionen auf ihre Seite, sondern dominierte mit der den Antisemiten eigenen Hartnäckigkeit alle Hauptversammlungen des Alpenvereins dieser Jahre. In zahlreichen Hütten angebrachte Plakate des Inhalts „Juden und Mitglieder des Vereines Donauland sind hier nicht erwünscht“ blieben trotz Verwarnungen durch die Vereinsleitung bis 1924 hängen. Der Konflikt um die Sektion Donauland war auch deshalb von so entscheidender Bedeutung, weil die Antisemiten in der amtierenden Führung des Alpenvereins auf hartnäckigen Widerstand stießen. Insbesondere der Erste und der Zweite Vorsitzende, Reinhold von Sydow und Robert Rehlen, widerstanden drei Jahre lang allen Bestrebungen, die sich gegen die Sektion Donauland richteten. Dann aber gaben sie dem Druck nach und strebten einen Kompromiss an, durch den zwar die Sektion Donauland aus dem Alpenverein ausgeschlossen werden, im Gegenzug aber für einen Zeitraum von mindestens acht Jahren jede weitere antisemitische Agitation im Verein unterbleiben sollte. Der offizielle Beschluss zum Ausschluss der Sektion Donauland aus dem Alpenverein fiel in der ersten außerordentlichen Hauptversammlung am 14. Dezember 1924 in München.

Der Alpenverein hatte sich trotz dieser den Antisemiten abgerungenen Zugeständnisse mit dem Ausschluss der Sektion Donauland als antisemitisch positioniert und wurde öffentlich auch so wahrgenommen. Dies war beispielsweise der Grund für den Wiener Gemeinderat, dem Alpenverein öffentliche Mittel zu verwehren, und für eine Initiative Preußens im Reichstag, dem Alpenverein die Rechtsfähigkeit zu verweigern (1930).

Zahlreiche jüdische Alpenvereinsmitglieder – ihr Anteil kann auf bis zu fünf Prozent geschätzt werden – standen nach dem Ausschluss der Sektion Donauland vor der Gewissensfrage, ob sie weiterhin im Verein bleiben sollten; Alternativen gab es kaum. Die Sektion Donauland wandelte sich zum selbstständigen Alpenverein Donauland (AV Donauland), aus der Sektion Berlin ausgetretene Mitglieder gründeten den Deutschen Alpenverein Berlin (DAV Berlin), der mit Donauland eng verbunden war (gemeinsame Mitgliederzeitschrift); ein Süddeutscher Alpenverein in München hatte nur kurz Bestand. Im Bestreben nach einem Arbeitsgebiet in den Alpen und dem Bau oder Erwerb von Schutzhütten wurden die beiden Vereine von Alpenvereinssektionen stark behindert, konnten aber mehrere Schutzhäuser pachten, kaufen und errichten. Der Deutsche Alpenverein Berlin musste sich 1934 in Verein der Alpenfreunde umbenennen, wurde aber noch im gleichen Jahr von der Gestapo aufgelöst. Sein Friesenbergshaus in den Zillertaler Alpen konnte er vorher noch an den Alpenverein Donauland übertragen. 1938 löste die Gestapo auch diesen auf und übergab dessen Eigentum teils der Wehrmacht, teils dem Alpenverein.

Nach der „Machtergreifung“ der → NSDAP empfahl der Alpenverein zunächst seinen Sektionen in Deutschland, vorerst keine jüdischen Mitglieder aufzunehmen, in der zweiten Jahreshälfte legte er ihnen nahe, einen „Arierparagraphen“ in ihre Satzungen einzuführen. Mit der staatlichen Parallelorganisation des Fachamtes Bergsteigen und dessen Deutschem Bergsteigerverband (die Bezeichnungen wechselten mehrfach) lag die Alpenvereinsführung in ständigem Kompetenzstreit und widersetzte sich der völli-

gen Gleichschaltung und insbesondere der Annahme von Einheitssatzungen des Reichsbundes für Leibesübungen. Vor diesem Hintergrund blieb die konkrete Regelung über den Umgang mit vorhandenen jüdischen Mitgliedern zunächst den Sektionen überlassen.

Die entsprechenden Bestimmungen orientierten sich zunächst an jenen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, während eine 1936 den Sektionen vorgelegte Mustersatzung einen „Arierparagrafen“ enthielt, der sich auf das Reichsbürgerrecht und somit auf die „Nürnberger Gesetze“ bezog. Die analoge Anwendung der Ausnahmeregeln des Berufsbeamtengesetzes hatte den Verbleib älterer jüdischer Mitglieder in den Sektionen ermöglicht; die Version des Jahres 1936 kannte diese Ausnahmen nun nicht mehr, lockerte aber die Bestimmungen für die Aufnahme von „jüdischen Mischlingen“.

1938, nach dem „Anschluss“ Österreichs, wurde der nunmehrige Deutsche Alpenverein zum alleinigen Träger des Bergsteigens in Großdeutschland. Nun mussten alle Sektionen eine neue Einheitssatzung annehmen, die nicht nur das Bekenntnis zum Nationalsozialismus enthielt, sondern auch einen „Arierparagrafen“, der die Aufnahme von Mitgliedern von der Fähigkeit zur Erlangung der Reichsbürgerschaft abhängig machte. Vorstöße des neuen Vereinsführers Arthur Seyß-Inquart, diese Bestimmung zu verschärfen, um die Aufnahme von „jüdischen Mischlingen“ zu verhindern, wurden von Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten unterstützt. Dieser hatte schon seit mehreren Jahren versucht, für den Reichsbund für Leibesübungen strengere Richtlinien durchzusetzen. Letztlich fiel die Entscheidung, dass jene Sportvereine, die vor 1933 (in Deutschland) bzw. vor 1938 (in Österreich) strengere „Arierparagrafen“ besessen hatten, diese behalten dürften. Tschammer und Seyß-Inquart waren über diese Regelung nicht glücklich; die gewünschte strengere Bestimmung traf allerdings auf einen großen Teil der Sektionen, insbesondere auf die meisten österreichischen zu. Während auf dieser Ebene noch über Satzungsbestimmungen diskutiert wurde, begannen bereits die Deportationen der jüdischen Bevölkerung aus dem Deutschen Reich.

Wie in den meisten gesellschaftlichen Bereichen fand auch in den alpinen Vereinen in Deutschland und Österreich nach 1945 eine offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit lange Zeit nicht statt. Beispielsweise erklärte im Jahr 1962 der Oesterreichische Alpenverein auf Anfrage, Antisemitismus in seinen Reihen nicht zu dulden, konnte sich aber nicht zu einer Verurteilung der früheren Haltung des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins durchringen. Erst in den 1980er Jahren begann eine kritische Erinnerungskultur Platz zu greifen, die mit zunehmender historischer Erforschung der Sachverhalte und Zusammenhänge sowie mit öffentlichen Bekenntnissen durch Resolutionen, der Umbenennung von Hütten- und Wege-Bezeichnungen und der Setzung von Gedenkzeichen einherging. Ein gemeinsames Projekt des Deutschen Alpenvereins, des Oesterreichischen Alpenvereins und des Alpenvereins Südtirol zur Erforschung ihrer Geschichte von 1918 bis 1945, das 2011 abgeschlossen wurde, war der bisherige Höhepunkt der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit.

Literatur

- Martin Achraimer, „So, jetzt sind wir ganz unter uns!“ Antisemitismus im Alpenverein, in: Hanno Loewy, Gerhard Milchram (Hrsg.), „Hast du meine Alpen gesehen?“ Eine jüdische Beziehungsgeschichte. Katalog zur Ausstellung des Jüdischen Museums Hohenems und des Jüdischen Museums Wien, Wien, Hohenems 2009, S. 288–317.
- Martin Achraimer, Nicholas Mailänder, Der Verein, in: Deutscher Alpenverein, Oesterreichischer Alpenverein, Alpenverein Südtirol (Hrsg.), „Berg Heil!“ Alpenverein und Bergsteigen 1918–1945, Köln, Weimar, Wien 2011, S. 193–318.
- Rainer Amstädter, Der Alpinismus. Kultur – Organisation – Politik, Wien 1996.
- Anneliese Gidl, Alpenverein. Die Städter entdecken die Alpen, Wien, Köln, Weimar 2007.
- Walter Kissling, „Ob Jude oder Christ, ob Hoch oder Nieder – wir wollen nur nach dem Menschen sehen.“ Bruchstücke für eine Geschichte des Wiener Alpenvereins „Donauland“ 1921–1938 und 1945–1976, in: Heinrich Berger, Melanie Dejnega, Regina Fritz, Alexander Prenninger (Hrsg.), Politische Gewalt und Machtausübung im 20. Jahrhundert. Zeitgeschichte, Zeitgeschehen und Kontroversen. Festschrift für Gerhard Botz, Wien 2011, S. 281–310.
- Nicholas Mailänder, Im Zeichen des Edelweiss. Die Geschichte Münchens als Bergsteigerstadt, Zürich 2006.

Altermedia

Das rechtsextreme Nachrichtenportal Altermedia (World Wide News For People of European Descent), das seit etwa 2002 online ist, präsentiert sich als vermeintlich seriöse Webseite, die den Anschein einer Nachrichtenagentur vermitteln möchte. Für die englischsprachige, internationale Version scheint der US-amerikanische Neonazi David Duke verantwortlich zu sein. Ein YouTube-Video mit Dukes Rede bei der unbedeutenden revisionistischen Danish Society for Free Historical Research, die den Holocaust als Mythos bezeichnet und regelmäßig Holocaustleugner zu Vorträgen einlädt, wurde im Mai 2011 dort bereitgestellt.

Der deutschsprachige Ableger Altermedia Deutschland/Störtebeker-Netz stellt täglich Presseartikel ins Netz, die zum Teil aus seriösen Medien übernommen und entsprechend umformuliert oder kommentiert werden. Mit Beifall bedacht werden Beiträge aus dem NPD-Organ „Deutsche Stimme“ oder der sich katholisch gerierenden rechts-extremen, antisemitischen Plattform „kreuz.net“.

Im August 2009 kommentierte Altermedia die Einsetzung eines unabhängigen Expertengremiums zum Antisemitismus durch den Deutschen Bundestag: „Was man mit Gremien dieser Art jedoch erreichen wird, ist lediglich die Bestätigung dessen, was Antijudaisten schon immer gesagt haben, daß in diesem Staat einzig und allein das Judentum das Kommando hat, vor dessen politischer Hegemonie sich alle etablierten Parteien und Organisationen in vorauseilendem Gehorsam ducken, um ihm jeden Wunsch von den Lippen abzulesen.“ In den Nutzerkommentaren zum Beitrag finden sich zahlreiche eindeutig antisemitische Inhalte.

Mit ca. fünf Millionen Zugriffen jährlich gehört Altermedia wohl zu den populärsten Webseiten der rechtsextremen Szene. Werbebanner verraten die Nähe zum rechtsextremen Spektrum, so wirbt etwa eine online-Plattform mit dem Namen „ansgararyan“, die von der „NordicTex“ in Oberhof betrieben wird, für patriotisches Outfit. Ähnliches fin-

det sich auch über das Angebot des online-Portals „Germaniaversand“, zu dem Altermedia ebenso einen Zugang bietet. Ein weiterer Link führt zur Webseite, die für einen „Trauermarsch“ zum „Gedenken an die Opfer“ in Bad Nenndorf („Das verbotene Dorf“) wirbt, wo sich in den frühen Nachkriegsjahren ein britisches Internierungslager u. a. für ehemalige NSDAP-Funktionäre befand. Polemisiert wird gegen „Medienhetze“ und „Umerziehung“, die zu einem falschen Geschichtsbild geführt hätten. Bereitgestellt werden auch die auf YouTube zugänglichen „Kopp-Nachrichten“ („Nachrichten, die Ihnen die Augen öffnen“) des gleichnamigen Verlages, der u. a. verschwörungstheoretische Bücher verlegt und als neue Nachrichtensprecherin Eva Hermann präsentiert, der 2007 wegen ihrer Äußerungen über die Mutterrolle während des Nationalsozialismus als ARD-Nachrichtensprecherin gekündigt worden war.

Auch der Verfassungsschutzbericht 2010 verweist auf Einträge der Altermedia-Plattform, darunter etwa die Auslassungen des stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Karl Richter gegen eine „Privilegierung bestimmter Opfergruppen“ anlässlich des Gedenktages zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 28. Januar 2010: „Gegen solche Alleinvertretungsansprüche einer bestimmten Opfergruppe, die der bundesdeutschen Normalbevölkerung immer unverfrorener aufs Auge gedrückt werden, gilt es Zeichen zu setzen.“ Am 5. März 2010 erschien auf Altermedia, ganz im Sinne der rechtsextremen Strategien, anstelle „der Juden“ Israel zu diffamieren, der folgende Beitrag: „Israel entwickelt sich seit Jahren vom Holocaust Opfer zum gefährlichen Monster. [...] Antisemitismus wird mit allen Mitteln gefördert, aber nicht nur um den jüdischen Opferstatus im Gespräch zu halten, sondern in erster Linie um den Zusammenhalt der Juden in der Welt zu fördern. Dies macht sie so stark, aber auch überall unbeliebt. Ihre bekannte Arroganz und Überheblichkeit könnte aber bald kräftig bröckeln.“

Drei Klagen aus den Jahren 2008 und 2009 gegen die Betreiber der deutschen Altermedia-Plattform wurden im Oktober 2011 mit mehrjährigen Haftstrafen beschieden. Den Angeklagten wurde u. a. vorgeworfen, „Artikel verbreitet zu haben, in denen der Holocaust verharmlost, gebilligt oder gelegnet“ wurde. Bereits im März 2010 wurde das ehemalige NPD-Mitglied Axel Möller, offensichtlich einer der redaktionell Verantwortlichen für den deutschsprachigen Ableger in Stralsund, von wo aus das Portal betrieben wird, wegen Volksverhetzung verurteilt; seit Mai 2011 ist das Urteil rechtskräftig.

Juliane Wetzel

American Jewish Committee

Das American Jewish Committee (AJC) ist in seinem Selbstverständnis eine führende amerikanisch-jüdische Nicht-Regierungs-Organisation, die ihre Aufgabe darin sieht, sich für eine Welt einzusetzen, in der Würde, Respekt und Achtung das Miteinander der Völker beherrschen. Gegründet wurde sie 1906 unter Beteiligung des Rabbiners Judah Leon Magnes (1877–1948) von einer kleinen Gruppe amerikanischer Juden, die größtenteils deutscher Herkunft waren, aber schon lange in Amerika lebten und dort voll integriert waren. Anlass zur Gründung waren die Pogrome gegen Juden in Russ-

land und die Überlegung, dass der beste Schutz für Menschen jüdischen Glaubens der sei, sich für eine Welt einzusetzen, in der Religion, ethnische oder soziale Herkunft keinen Unterschied machen.

Seine Zentrale hat das American Jewish Committee in New York, außerdem ein politisches Hauptquartier in Washington D.C. sowie 33 lokale Büros in den Vereinigten Staaten, vier internationale Geschäftsstellen in Jerusalem, Genf, Warschau und seit 1998 in Berlin und 14 Repräsentanzen anderer Art in aller Welt. Konferenzen dienen als Forum für Diskussionen verschiedenster Themen mit politischer Ausrichtung – immer mit Blick auf die Bedeutung aus jüdischer Sicht und mit besonderem Augenmerk auf das Nahostgeschehen. Das American Jewish Committee arbeitet in Deutschland mit der Friedrich-Ebert Stiftung und der Konrad-Adenauer Stiftung zusammen, so z. B. bei dem seit 1980 stattfindenden Austauschprogramm zwischen den USA und Deutschland, bei dem aus jedem Land jeweils eine Gruppe das andere Land besucht und die Teilnehmer gemeinsam in Diskussionsrunden Meinungen und Erfahrungen austauschen. Auch mit der Bundesregierung, der OSZE und verschiedenen Forschungs- und Bildungseinrichtungen arbeitet das AJC zusammen.

Das American Jewish Committee bringt eine Vielzahl an Publikationen heraus, darunter Studien, Aufsätze und Broschüren zu aktuellen wie zeitgeschichtlichen Themen und Fragestellungen, sowie über die eigene Arbeit. Das AJC bietet Austauschprogramme und Seminare sowie Bildungsprogramme an. Aktiv unterstützt und initiiert werden auch Projekte wie das gemeinsam mit LISUM (Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg im Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg) ins Leben gerufene „Aktiv gegen Antisemitismus“, bei dem die Zielgruppe – Kinder und Jugendliche, aber auch Lehrer und Eltern – für antisemitische Verhaltensweisen sensibilisiert wird und sie motiviert, gegen solche Handlungsweisen und Vorurteile aktiv zu werden. Das Bildungsprogramm „Taskforce Education“, das sich mit den aktuellen Formen des Antisemitismus und Rassismus auseinandersetzt, über diese aufklärt und praktische Handlungsmöglichkeiten dagegen entwickelt, stellt vor allem auf pädagogischer Ebene Menschen, die im schulischen und außerschulischen Bereich tätig sind, Informationen und Hilfestellungen zur Verfügung.

Angelika Benz

Amici Israel

Die Priestervereinigung Amici Israel wurde am 24. Februar 1926 zur Versöhnung mit den Juden gegründet und durch ein von Papst Pius XI. am 22. März 1928 approbiertes Dekret wieder aufgehoben. Während der Benediktinerabt Benedikt Garador (1859–1936) Präsident und der Kreuzherr Anton von Asselonk (1892–1973) Sekretär der Vereinigung waren, wird die eigentliche Initiative zur Gründung dieser Gruppe der holländischen Konvertitin aus dem Judentum Sophie Franziska van Leer (1892–1953) zugeschrieben. Der Vereinigung, die weltweit 19 Kardinäle, 278 (Erz-)Bischöfe und etwa 3.000 Priester umfasste, gehörten eine Reihe bedeutender Persönlichkeiten an wie der Erzbischof von München und Freising, Michael von Faulhaber. Das Anliegen der

Freunde Israels war entsprechend ihrer Programmschrift „Pax super Israel“ (Rom 1927/28) von Respekt gegenüber der jüdischen Religion und ihren Gläubigen bestimmt, während jede Form von Antisemitismus vermieden werden sollte. Wohlwollendes Verständnis für den jüdischen Glauben in dem Bewusstsein der Liebe Gottes zum Volk Israel einerseits und Unterlassung pejorativer Äußerungen und Verunglimpfungen wie der von „den Juden als Volk der Gottesmörder“ andererseits kennzeichneten die programmatische Entfaltung und sollten den Juden den Übertritt in die katholische Kirche erleichtern, wobei anstelle des anstößigen Begriffs „Konversion“ die Begriffe „Rückkehr“ oder „Übergang vom Reich des Vaters in das Reich des Sohnes“ der Juden Verwendung finden sollten.

In ihrem Bemühen stellten die Amici Israel am 2. Januar 1928 einen Antrag auf Reform der Karfreitagsbitte für die Juden. Die Fürbitte hatte zu diesem Zeitpunkt in der deutschen Übersetzung folgenden Wortlaut: „Lasset uns auch beten für die treulosen Juden, daß Gott, unser Herr, wegnehme den Schleier von ihren Herzen, auf daß auch sie erkennen unsern Herrn Jesus Christus.“ Erläuternd wird hinzugefügt: „Hier unterläßt der Diakon die Aufforderung zur Kniebeugung, um nicht das Andenken an die Schmach zu erneuern, mit der die Juden um diese Stunde den Heiland durch Kniebeugungen verhöhnten.“ In der darauf folgenden Oration heißt es: „Allmächtiger, ewiger Gott, der du sogar die treulosen Juden von deiner Erbarmung nicht ausschließest, erhöere unser Flehen, das wir ob jenes Volkes Verblendung dir darbringen: auf daß es das Licht deiner Wahrheit, welche Christus ist, erkenne und seinen Finsternissen entrissen werde. Durch Christus unsern Herrn. Amen.“ Die von der Priestervereinigung beantragte Reform der Fürbitte zielte zum einen auf die Streichung der anstößigen und stark negativ konnotierten Begriffe „perfidis“ in „pro perfidis Judaeis“ („für die treulosen Juden“) und „perfidiam“ in „judaicam perfidiam“ („jüdische Treulosigkeit“), die der eigentlichen Gebetsintention der Kirche widersprechen würden. Zum anderen sollte entsprechend allen anderen großen Karfreitagsfürbitten die Kniebeuge im Rahmen der Fürbitte für die Juden wieder eingeführt werden mittels der altbekannten Formel „Oremus – Flectamus genua – Levate“ („Lasset uns beten – Beugt die Knie – Erhebet euch“), welche seit dem 16. Jahrhundert aus antisemitischen Gründen weggelassen worden sei. In ihren Ausführungen benannten und monierten die Amici Israel also auch dezidiert die antijüdischen Positionen der eigenen Kirche und hinterfragten somit kirchliche Traditionen und Theologie.

Die von der zuständigen Ritenkongregation mit der Beurteilung dieser Eingabe beauftragte Liturgische Kommission unterstützte das Reformvorhaben und sprach sich am 18. Januar 1928 für eine Änderung der Karfreitagsfürbitte aus. Die Konsultatoren des Heiligen Offiziums wiesen dagegen in aller Deutlichkeit das Reformansinnen zurück, sodass das Heilige Offizium seine für liturgische Reformen notwendige Zustimmung verweigerte. Das zugrundeliegende Konsultatorenvotum wollte weder die Nützlichkeit des Reformvorhabens an sich noch die antisemitische Färbung der Fürbitte für die Juden erkennen. Bezeichnenderweise wurde den Juden vielmehr erneut entsprechend der kirchlichen Tradition unter Verweis auf ihre sogenannte Selbstverfluchung aus dem Matthäusevangelium „Sein Blut komme über uns und unsere Kinder“ (Mt 27,25) die Verantwortung für die Kreuzigung Christi zugeschrieben. Die Ablehnung des Reformvorhabens löste darüber hinaus eine eingehendere Untersuchung der Prie-

stervereinigung und ihrer Schrift „Pax super Israel“ aus, in deren Folge die vermeintlich irrigen Aussagen dieser Schrift konstatiert und die Aufhebung des Vereins gefordert wurden. Das enge Band zwischen Juden und Katholiken, welches die Freunde Israels noch in seiner Bedeutung für den christlichen Glauben hervorgehoben hatten, wurde wie so oft in der Kirchen- und Theologiegeschichte erneut in Abrede gestellt. Das entsprechende Votum des Kardinalstaatssekretärs Merry del Val war dabei nicht nur von einem theologischen Antijudaismus bestimmt, sondern bediente sich ebenfalls antisemitischer Klischees wie der „Vereinigung mit der Freimaurerei“, der „Wucherei [...] gegen die Christen“ sowie der Verschwörung der Juden, die in die moderne Gesellschaft eindringen und die Gutgläubigkeit der Christen ausnützen würden wie im vorliegenden Fall der Amici Israel, denen sie eine Falle gestellt hätten. Indem der Kardinalstaatssekretär die Priestervereinigung zudem des „Interkonfessionalismus“ und des „religiösen Indifferentismus“ bezichtigte, zeigte er sich erneut als Antimodernist.

Das am 25. März 1928 veröffentlichte Aufhebungsdekret benennt vor dem Hintergrund einer allgemein gehaltenen Kritik jedoch nicht den eigentlichen Anlass der Untersuchung, die angestrebte Reform der Karfreitagsbitte für die Juden. Stattdessen wird der Vereinigung vorgehalten, in ihrer Denk- und Handlungsweise im Gegensatz zum „sensus Ecclesiae“ zu stehen. Indem das Dekret zunächst den modernen Antisemitismus verwirft, sucht es dem Verdacht vorzubeugen, die Aufhebung der Amici Israel aus antisemitischen Motiven betreiben zu wollen. Diese Aussage, dass der Heilige Stuhl „den Haß gegen das von Gott einst auserwählte Volk, jenen Haß nämlich, den man heute mit dem Namen ‚Antisemitismus‘ zu bezeichnen pflegt, [verdammte]“, spiegelt erstmalig die Verwerfung des modernen Antisemitismus durch das Lehramt wider.

In einer quasi offiziellen kirchenamtlichen Kommentierung des Aufhebungsdekrets aus dem gleichen Jahr in der Zeitschrift „Civiltà Cattolica“ durch ihren Herausgeber, den Jesuiten Enrico Rosa, der damit beauftragt wurde, nachdem in der Zeitschrift „Jewish World“ vom 16. April 1928 eine Kritik des Aufhebungsdekrets erschienen war, findet sich dann jedoch die Unterscheidung in einen verdammenswerten unchristlichen, rassistischen Antisemitismus und der notwendigen „gesunde[n] Einschätzung der von den Juden ausgehenden Gefahr“, die keineswegs zu unterschätzen sei. Dass diese mitunter auch in der Forschung angeführte Unterscheidung zwischen einem lehramtlich untersagten rassistischen Antisemitismus und einem von kirchlicher Seite scheinbar als notwendig erachteten christlichen Antijudaismus in der vorliegenden Sache aber nicht trägt, zeigen die Ausführungen des Kardinalstaatssekretärs Merry del Val und des Herausgebers der Zeitschrift „Civiltà Cattolica“, Enrico Rosa, die jeweils verschwörungstheoretisch argumentieren und auf diese Weise ebenfalls am modernen Antisemitismus partizipierten. Damit wird offensichtlich, dass die Verurteilung des Antisemitismus im Dekret zur Aufhebung der Amici Israel nur vordergründiger Art ist, da es zunächst lediglich darum ging, die katholische Kirche nicht dem Antisemitismusverdacht auszusetzen. In den Kommentierungen wurden dann ohne Weiteres Aussagen des modernen Antisemitismus übernommen, zumal der Kardinalstaatssekretär vor dem Hintergrund seiner antimodernistischen Einstellung bereit war, die offenkundigen Parallelen in den Argumentationen zwischen Antisemiten und Antimodernisten aufzugreifen und zur Begründung seiner ablehnenden Position anzuführen. Die Ablehnung der durch die Amici Israel angestrebten Liturgiereform sowie die angeordnete Aufhebung

dieser Priestervereinigung sind damit auch Ausdruck der kirchlichen Judenfeindschaft unter dem Pontifikat Pius' XI. (1922–1939).

Die Auseinandersetzungen um die Intention der Karfreitagsbitte für die Juden reichen bis in das 21. Jahrhundert. Während mit den Modifizierungen der Karfreitagsfürbitte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die judenfeindlichen Züge vor dem Hintergrund der Hochschätzung Israels in der ordentlichen Form der katholischen Liturgie entfernt wurden und darin das Reformvorhaben der *Amici Israel* doch noch umgesetzt wurde, wirft die von Papst Benedikt XVI. am 5. Februar 2008 veröffentlichte Fassung der Karfreitagsfürbitte für die außerordentliche Form des römischen Ritus die Frage nach der Bedeutung der Fürbitte für die Juden erneut auf. Denn diese Neuformulierung der Karfreitagsfürbitte für die tridentinische Messe legt nahe, dass auch die Juden nur durch Jesus Christus zum Heil gelangen können. Eine solche Intention der Fürbitte ist jedoch mehr als problematisch, weil sowohl ein gegenwärtiges als auch ein eschatologisches Verständnis der Bitte ein Defizit des jüdischen Glaubens implizieren und darin die Errungenschaften des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965), wie sie in der ausdrücklichen Wertschätzung Israels zum Ausdruck kommen, konterkariert werden. Dass Papst Benedikt XVI. für den außerordentlichen Ritus nicht die reformierte und im ordentlichen Ritus übliche Karfreitagsfürbitte übernommen hat, zeugt insbesondere vor dem Hintergrund des gescheiterten Reformvorhabens der *Amici Israel* und ihrer verfügten Auflösung unter dem Pontifikat Pius' XI. von mangelnder Empathie nicht nur gegenüber den „bevorzugten älteren Brüdern“ (Johannes Paul II. 1988), sondern auch hinsichtlich der eigenen judenfeindlichen Geschichte der Kirche.

Matthias Blum

Literatur

- Thomas Brechenmacher, *Der Vatikan und die Juden. Geschichte einer unheiligen Beziehung vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2005, S. 154–163.
- Laurence Deffayet, *Amici Israel: les raisons d'un échec. Des éléments nouveaux apportés par l'ouverture des archives du Saint-Office*, in: *Mélanges de l'École Française de Rome* 117 (2005), S. 831–852 [S. 850–851: Annexe Rapport du Cardinal Secrétaire du Saint-Office, Mgr Merry del Val].
- Theo Salemink, *Katholische Identität und das Bild der jüdischen ‚Anderen‘. Die Bewegung Amici Israel und ihre Aufhebung durch das Heilige Offizium im Jahre 1928*, in: „*theologie.geschichte*“. *Zeitschrift für Theologie und Kulturgeschichte* 1 (2006), S. 91–105.
- Hubert Wolf, „*Pro perfidis Judaeis*“. Die „*Amici Israel*“ und ihr Antrag auf eine Reform der Karfreitagsfürbitte für die Juden (1928). Oder: Bemerkungen zum Thema katholische Kirche und Antisemitismus, in: *Historische Zeitschrift* 279 (2004), S. 611–658.

Anti-Defamation League (USA)

Die Anti-Defamation League (ADL/Antidiffamierungsliga) wurde 1913 in Chicago als Reaktion auf den Lynchmord der Ku-Klux-Klan-Gruppe *Knights of Mary Phagan* an Leo Frank, dem Präsidenten der Loge → *B'nai B'rith* in Atlanta als Tochterorganisation dieser internationalen jüdischen Vereinigung gegründet, um gegen anti-jüdische Diffamierungen aktiv zu werden, aber auch um Gerechtigkeit und Fairness allen Menschen gegenüber nachhaltig zu unterstützen. Heute gehört die ADL zu den wichtigsten

Organisationen in den USA, die nicht nur den Antisemitismus bekämpft, sondern sich ebenso für Menschenrechte und gegen jeglichen religiösen Fanatismus weltweit einsetzt. Der Leitspruch der ADL lautet gemäß ihrer Charta aus dem Jahr 1913: „Oberstes Ziel der Liga ist es durch Appelle an die Vernunft und das Gewissen, und falls erforderlich auch durch die Berufung auf Gesetze, die Diffamierung des jüdischen Volkes zu stoppen. Ihr wichtigstes Ziel ist es, Gerechtigkeit und faire Behandlung aller Bürger gleichermaßen zu sichern und für immer ungerechten und unfairen Diskriminierungen ebenso wie jeglichem Spott gegenüber religiösen Gruppen oder Bürgerorganisationen ein Ende zu setzen.“

Die ADL unterhält 30 Büros in den USA und drei weitere in Israel, Russland und Italien sowie eine Europavertretung in Wien, entwickelt Materialien und Programme zur Bekämpfung des Antisemitismus und gegen Diskriminierungen von Minderheiten, ruft zu Aktionen auf, bezieht in politischen Debatten in den USA, aber auch darüber hinaus Stellung, macht auf Defizite im Bildungsbereich, in der Gesetzgebung und in der Politik aufmerksam, setzt sich für Gleichbehandlung am Arbeitsplatz ein und spricht sich öffentlich gegen Restriktionen bei Einwanderungsgesetzen aus. Ein Aspekt der Arbeit der ADL ist die Bekämpfung von Hassdelikten, wobei sie sich auch gegen die Zunahme des antimuslimischen Fanatismus in den USA engagiert.

Seit 2002 führt die ADL regelmäßig in verschiedenen europäischen Ländern Umfragen zum aktuellen Stand des Antisemitismus durch und stellt die Ergebnisse auf ihrer Webseite bereit. Ebenso beobachtet die Liga den Antisemitismus in den USA und erhebt auch dort Daten, zuletzt veröffentlichte sie entsprechende Ergebnisse im November 2011, die einen leichten Anstieg antisemitischer Haltungen gegenüber 2009 dokumentieren. Außerdem führt die ADL seit 2002 eine Chronik antisemitischer Vorfälle weltweit. In Bezug auf den Antisemitismus in der arabischen Welt beobachtet die Liga insbesondere die Medien und die Verbreitung antisemitischer Stereotype durch Karikaturen in der Printpresse der gesamten Region und macht auf ihrer Webseite Beispiele aus verschiedenen Ländern zugänglich.

Seit vielen Jahren bietet die ADL auch Trainingsprogramme im Bildungsbereich an und setzt hier vor allem auf Anti-Bias und Diversity-Ansätze. Zu diesem Zweck wurde bereits 1985 das „A WORLD OF DIFFERENCE“-Institut gegründet, dessen Personal eine Vielzahl von Programmen für Schulklassen, Universitäten, Kommunen und Firmen in den USA, aber auch in Europa anbietet. In Deutschland ist die ADL mit solchen Angeboten seit 1996 aktiv, in Österreich werden mit dem Programm vor allem Polizisten zu Menschenrechtsfragen geschult. Basierend auf den Methoden und praktischen Erfahrungen des A WORLD OF DIFFERENCE-Instituts bietet der Verein „Eine Welt der Vielfalt e.V.“ Bildungs- und Beratungsangebote in verschiedenen Städten in Deutschland an.

Kritische Stimmen werfen der ADL immer wieder vor, israelkritische Äußerungen zu schnell mit dem Antisemitismus-Vorwurf zu belegen. Widerspruch von zahlreichen liberalen Juden, darunter Rabbiner, ertete die ADL auch, als sie sich im Juli 2010 gegen den Bau eines islamischen Zentrums in New York in der Nähe von Ground Zero aussprach: Eine solche Haltung entspräche nicht dem Geist der ADL, die sich von einer Organisation zur Bekämpfung des Antisemitismus zu einer Institution entwickelt

habe, die sich jeglicher Art von ethnischer, religiöser und rassistischer Diskriminierung widersetze.

Juliane Wetzel

Antijüdische Aktion → Institut zum Studium der Judenfrage

Antijüdische Vereinigung Frankreichs → Rassemblement antijuif de France

Antijüdische Weltliga

Die Antijüdische Weltliga arbeitete als Ableger des „Stürmer“ unter Leitung von dessen Mitarbeiter Paul Wurm. Wurm hatte sich, angeregt durch Theodor Fritschs „Handbuch der Judenfrage“, seit 1922 mit dem Judentum im antisemitischen Sinne beschäftigt und war nach einem mehrjährigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten 1933 nach Deutschland zurückgekehrt. Hier leitete er zunächst den Versand von antijüdischen Zeitungen und sonstigen judenfeindlichen Schriften in alle Welt. Später kam er als Hauptschriftleiter in die Auslandsabteilung des „Stürmer“, wo er teils unter dessen Mantel, teils unter dem der Antijüdischen Weltliga, internationale Kontakte von Antisemiten vornehmlich in Nürnberg organisierte.

Die Antijüdische Weltliga hatte das Ziel, die Wirkung des „Stürmer“ in Deutschland durch Auswertung weltweiter Informationen über die Juden und internationale antisemitische Kontakte und Aktionen nach außen zu verlängern. Theodor Dannecker berichtete 1939 von etwa 25 Übersetzern, die „die gesamte Weltpresse (insbesondere jüdische Presse) auswerten“. Im Gegensatz zum → Welt-Dienst, dessen Absichten ähnlich waren, der sich aber in erster Linie als „Aufklärungs“- und Propagandapublikation verstand, baute die Antijüdische Weltliga vor allem auf persönliche Kontakte und den Aufbau eines Netzes von Mittelsmännern. So wurden etwa ausländische Gesinnungsgenossen wie der prominente französische Antisemit Jean Boissel zu Vorträgen eingeladen. Zugleich versuchte Wurm über auswärtige Informanten im Sinne eines Nachrichtendienstes für das Auswärtige Amt zu wirken. Die Elaborate der Wurmschen Tätigkeit fanden dort durchaus Beachtung, beispielsweise vom lange Zeit einflussreichen Unterstaatssekretär Martin Luther.

Auch die mit Judenangelegenheiten befasste Abteilung des SD wurde auf Wurm aufmerksam. Über das Gestapa bestanden Kontakte, durch die der → SD im August 1937 das „Stürmer“-Archiv, „ohne Wissen von Gauleiter Streicher“, wie es ausdrücklich hieß, auszuwerten gedachte. Adolf Eichmann reiste nach Absprache mit Wurm im September 1937 nach Nürnberg, um diese Kontakte auszubauen. Wurm sollte Eichmann außerdem mit weiteren Antisemiten, beispielsweise den Vertretern des „deutsch-amerikanischen Volksbundes“ bekannt machen. Eichmanns Eindrücke waren jedoch ernüchternd. Der SD schätzte die Arbeiten der Antijüdischen Weltliga fortan als vernachlässigbar für die eigene Tätigkeit ein, sodass intensivere Kontakte unterblieben.

Im Sommer 1940 erreichte Wurm engere Beziehungen zum Auswärtigen Amt, insbesondere zum „Judenreferenten“ Franz Rademacher. Sie trafen sich zur Diskussion der aktuellen Judenpolitik, namentlich des Madagaskarplans. Rademacher ließ sich von Wurm ein (nicht überliefertes) Manuskript, vermutlich zur Judenfrage, anfertigen.

Wurm war einer von wenigen aus der älteren Generation von Antisemiten, der auch noch während des Krieges ein gewisses, wenn auch marginales Wirkungsfeld behielt. Er versuchte mit mäßigem Erfolg, die Vorstellungen von Julius Streicher und Ulrich Fleischhauer über den „internationalen Antisemitismus“ weiter zu verbreiten. Er beklagte gegenüber dem Auswärtigen Amt, dass die jahrelange „Aufbauarbeit“ durch antisemitische Initiativen wie den Welt-Dienst, antijüdische Kongresse und die von Nürnberg gepflegten Kontakte zu ausländischen Judengegnern verloren gehe. Wurm zielte deshalb darauf, die Antijüdische Weltliga als Tarnorganisation und Handlanger-Institution des Auswärtigen Amtes langfristig zu etablieren. Im Oktober 1941 erörterte er mit Rademacher, dass bei der „Regelung der Judenfrage“ im Osten, wie er von einem damit beschäftigten Parteigenossen erfahren hatte, „in nächster Zeit [...] von dem jüdischen Ungeziefer durch besondere Massnahmen manches vernichtet“ werde. Im Januar 1943 noch plante Wurm die Gründung einer „Organisation zur Bekämpfung des Weltjudentums“, mit der er die Antijüdische Weltliga zu ergänzen gedachte und erklärte Rademacher, dass die Judenfrage nun weltweit aufgerollt werden müsse. Wurm zeigte sich über die laufenden Aktionen in den Vernichtungslagern voll informiert, und schrieb, dass sich „nun die Ausrottung des Judentums in Europa schrittweise vollzieht und nur wenige Judengruppen auf dem europäischen Festland das Ende des Krieges überleben dürften“. Seine projektierte Organisation sollte zum zukünftigen „Kampf gegen das Weltjudentum“, namentlich den „Kampf gegen USA und England“, dienen. Wurms Initiativen blieben angesichts abweichender Erfordernisse des Krieges erfolglos. 1944 bestand die Antijüdische Weltliga nur noch aus Wurm selbst und verlor vollends an Beachtung.

Magnus Brechtken

Literatur

Magnus Brechtken, „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1998².

Antikomintern

Die nationalsozialistische Propaganda-Organisation Antikomintern wurde im Herbst 1933 gegründet und suggerierte durch ihre Bezeichnung bewusst einen Gegensatz zur Kommunistischen Internationale. Ihre Propaganda versuchte insbesondere unter Rückgriff auf antisemitische Stereotype, den Kommunismus als Unideologie zu entlarven. Maßgeblich geprägt wurde sie durch Eberhard Taubert (1907–1976). Während des Kalten Krieges der 1950er und 1960er Jahre setzte der promovierte Jurist seine antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik Deutschland im Volksbund für Frieden und Freiheit im bewährten Stil fort, wenn auch unter Verzicht auf die vormals zentralen antisemitischen Elemente.

Der Ursprung der Antikomintern reichte auf die frühen 1930er Jahre zurück. Taubert gehörte damals als Antibolschewismus-Referent der Berliner Gauleitung der → NSDAP an und war ein enger Mitarbeiter Joseph Goebbels. Aus dieser Zeit stammten erste Pläne, eine Gegnerorganisation zur Kommunistischen Internationale zu gründen. Zu verwirklichen beabsichtigte Taubert dies mit dem 1932 geschaffenen Gesamt-

verband deutscher antikommunistischer Vereinigungen. Nach der „Machtergreifung“ baute er – nunmehr als Referent im Propagandaministerium, wo er mit „Gegnerbekämpfung“ betraut war – die Vereinigung zu einer als Verein getarnten Dienststelle des Ministeriums unter dem Namen „Antikomintern“ aus. Als Geschäftsführer fungierte zunächst der katholisch-völkische Publizist Adolf Ehrh, der allerdings Ende 1936 wieder aus seinem Amt entfernt wurde. Maßgeblich bestimmt wurde die Arbeit durch Taubert.

Die Antikomintern veröffentlichte eine große Zahl an Büchern und Flugschriften, teilweise in Auflagen von mehreren Hunderttausend Exemplaren. Die Propagandawerke, deren Autoren vielfach sozialistische und kommunistische Renegaten oder russische Emigranten waren, zielten außenpolitisch darauf ab, die Sowjetunion und den Bolschewismus als „Weltgefahr schlechthin“ zu charakterisieren und Sympathien für das Dritte Reich zu gewinnen. Unter Ehrh waren damit zudem christlich-karitative Appelle verknüpft, die auf die Hungersnöte in der Sowjetunion als Folge der Kollektivierung in der Landwirtschaft reagierten. Diese Propaganda stand in einem gewissen Gegensatz zu offiziellen Verlautbarungen der Reichsregierung, die sich bis 1935 aus diplomatischen Erwägungen einer aggressiven antisowjetischen Linie enthielt. Instrumentalisiert wurde die Propaganda allerdings auch für innenpolitische Zwecke, indem sie einerseits Repressionen gegen politische Gegner mit dem Hinweis auf kommunistische Umsturzaktivitäten rechtfertigte, andererseits aber auch Vertreter der akademischen Ostforschung, die sich in der Weimarer Republik entwickelt hatte, als „Kryptokommunisten“ und „Kulturbolschewisten“ denunzierte. Daneben organisierte die Antikomintern Ausstellungen und führte Anfang November 1936 in Feldafing bei München eine internationale Konferenz durch. Von April 1936 bis August 1939 gab sie monatlich die Zeitschrift „Contra-Komintern“ heraus, die sich auch auf die Mitarbeit zahlreicher Autoren aus dem Ausland stützen konnte. Der Versuch, eine weltweit agierende Organisation zu schaffen, scheiterte allerdings. Darüber täuschte auch der Untertitel der Zeitschrift „Contra-Komintern“, die sich als „Kampforgan der Antibolschewistischen Weltbewegung“ verstand, nicht hinweg.

Zentralen Stellenwert in der Propaganda der Antikomintern nahm der Antisemitismus ein. Zu den gängigen Stereotypen zählte dabei, Juden hätten den Marxismus und Kommunismus erfunden, den sie aufgrund ihres „Machthungers“ als Instrument in ihrem Streben nach Weltherrschaft nutzten. Ein Element der Propaganda war von Anfang an auch die Tendenz, Kommunisten als Schädlinge, Insekten oder Bazillen zu „entmenschlichen“ (Mathias Friedel). Zum Ausdruck kam dies in Veröffentlichungen. Zu nennen ist beispielsweise das Buch „Sowjetforschung“ von Hermann Greife aus dem Jahre 1936, das im 1934 eigens für die Antikomintern gegründeten „Nibelungen-Verlag“ erschien. Der Autor attackierte darin die bisherige Russlandforschung und unternahm den, wie der Untertitel vorgab, Versuch einer „nationalsozialistischen Grundlegung der Erforschung des Marxismus und der Sowjetunion“. Als Herausgeber wurde ein „Institut zur wissenschaftlichen Erforschung der Sowjetunion“ genannt, das seit 1923 bestand und in der Antikomintern aufgegangen war. Die Nähe zu dem Propagandaverein kam auch durch dessen Geschäftsführer zum Ausdruck, der das Geleitwort verfasste. In eine ähnliche Richtung zielte die Schrift „Bolschewismus und Judentum“ von Herman Fehst aus dem Jahr 1934. Veröffentlicht wurde sie von dem erwähnten

Vorläufer der Antikomintern, dem Gesamtverband deutscher antikommunistischer Vereinigungen, und dem Institut zur Erforschung der Judenfrage. Diese Einrichtung, nicht zu verwechseln mit dem 1941 eröffneten Institut gleichen Namens unter der Kontrolle Rosenbergs, geht zurück auf eine Initiative des Propagandaministeriums und steht in engem Zusammenhang mit dem dann 1934 gegründeten → Institut zum Studium der Judenfrage, das ebenfalls im Umfeld des Propagandaministeriums agierte. Der Autor, ein diplomierter Ingenieur, unterstellte darin einen genetischen Macht- und Besitztrieb des Judentums. Dieser bewirke, dass Juden als treibende Kräfte hinter Liberalismus, Freimaurerei und Kommunismus stünden und alles Erdenkliche unternähmen in ihrem unstillbaren Verlangen nach „Weltherrschaft“. In dem Buch „Jude und Arbeiter. Ein Abschnitt aus der Tragödie des Volkes“ von Fritz Schulz aus dem Jahre 1934 ist dagegen das Bild des „Ewigen Juden“ deutlich vorgezeichnet, der bazillenartig von Machtdurst getrieben werde und seit Urzeiten ruhelos durch die Welt irre. Als Autor versuchte sich auch der Pressereferent der Antikomintern, Rudolf Kommiss, der 1938 das Buch „Juden hinter Stalin“ veröffentlichte.

Die publizistischen Aktivitäten der Antikomintern wurden unmittelbar nach dem Abkommen zwischen Hitler und Stalin im August 1939 eingestellt, die Zeitschrift „Contra-Komintern“ in „Die Aktion“ umbenannt und die Organisation selbst im September 1939 aufgelöst. Erst nach dem Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 konnten Taubert und sein Arbeitsstab, den Goebbels mittlerweile im „Generalreferat Ost“ in seinem Ministerium zusammengefasst hatte, ihre Propaganda fortsetzen und der „Nibelungen-Verlag“ seine Produktion wieder aufnehmen. Für Soldaten der Wehrmacht und der Roten Armee stellten sie Flugblätter her. Unter dem Titel „Warum Krieg mit Stalin?“ erschien zudem ein „Rotbuch“ in einer Auflage von mehr als 500.000 Exemplaren. Trotz ihrer umfassenden Buchproduktion vermochte die Antikomintern mit ihrer antisowjetischen Propaganda allerdings nicht an ihre Bedeutung in den dreißiger Jahren anzuknüpfen.

Martin Finkenberger

Literatur

Mathias Friedel, Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus, St. Augustin 2001.

Klaus Körner, Eberhard Taubert und der Nibelungen-Verlag, in: Berliner Monatsschrift 12 (1997), S. 44–52.

Klaus Körner, Von der antibolschewistischen zur antisowjetischen Propaganda: Dr. Eberhard Taubert, in: Arnold Sywottek (Hrsg.), Der Kalte Krieg – Vorspiel zum Frieden?, Münster 1994, S. 54–68.

Antisemiten-Liga

Mit dem Aufruf zur Gründung der Antisemiten-Liga im September 1879 in Berlin war der Begriff Antisemitismus erstmals in der öffentlichen Sprache aufgetaucht.

Nachdem die Bankenkrise von 1873 in Teilen des bürgerlichen Mittelstandes eine starke Verunsicherung auslöste und die Besorgnisse sowohl von der konservativen „Neuen Preußischen Zeitung“ (Kreuzzeitung) als auch von der katholischen Tageszei-

tung „Germania“ in eine judenfeindliche Richtung gelenkt worden waren, zugleich in dem illustrierten Familienblatt „Gartenlaube“ die Juden für die Bankenkrise verantwortlich gemacht wurden, verbreiteten sich in Teilen der öffentlichen Meinung immer stärker judenfeindliche Einstellungen. Im Kontext dieses kulturellen Klimawandels hatte der politische Autor Wilhelm Marr seine Schrift „Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum“ (1879) vorgelegt, in der er die neue Judenfeindschaft dezidiert von einem „nicht confessionellen Standpunkt“ aus betrachtete. Noch aber fehlte das diese neue Haltung auf den Begriff bringende politische Schlagwort. Dieses war im September 1879 mit der Gründung der Antisemiten-Liga gefunden.

Wilhelm Marr wurde vom Schriftsteller Hector de Groussilliers zu einem Verein eingeladen, der zunächst noch Lessing-Verein hieß, am 26. September aber zur Bildung einer neuen Organisation zusammenkam, die den Namen „Antisemiten-Liga“ tragen sollte. Zu dessen Gründung hatte ein Inserat in der „Vossischen Zeitung“ aufgerufen, am folgenden Tag druckte die katholische „Germania“ den Aufruf nebst einem Kommentar ab, in dem von der „Antisemitischen Liga“ gesprochen wurde. Erschienen waren 70 Personen, den Vorsitz hatte der pensionierte Apotheker Kluge. Nur 32 der Anwesenden hatten sich als Mitglieder der Antisemiten-Liga eingetragen. Wegen der geringen Teilnahme, so der Vorsitzende, könnten die Statuten des Vereins nicht diskutiert und beschlossen werden, die Versammlung sei geschlossen und die Mitglieder würden zu einer weiteren Versammlung eingeladen. Die Mitteilung löste heftigen Unwillen unter den Besuchern aus. Diese wollten zumindest über den Zweck des Vereins informiert werden. Kluge bemerkte lapidar, dass dieser „in dem Ausdrucke Antisemitische Liga bestimmt sei“. Zu einem weiteren Eklat kam es, als ein anwesender Jude gegen die Gründung des Vereins protestierte. Für den 4. Oktober lud Kluge daher zu einer weiteren Versammlung ein, zum Vorsitzenden wurde der Kaufmann Hermann Polenz gewählt. Der Verein würde „den in den Broschüren Marrs, des bekennenden Judenhasers, ausgesprochenen Tendenzen“ huldigen. In den folgenden Tagen gab Polenz der Polizeibehörde die Konstituierung des Vereins Antisemiten-Liga bekannt und überreichte eine Liste mit den Namen der 34 Mitglieder, überwiegend Kaufleute, Unternehmer und Handwerker, sowie drei Schriftsteller, darunter Wilhelm Marr und Hector de Groussilliers. Mitte Oktober ist das Statut der Antisemiten-Liga in Berlin erschienen. „Der unter dem Namen der ‚Antisemiten-Liga‘ gegründete Verein von nichtjüdischen Männern“, so heißt es darin, „hat den Zweck, die nichtjüdischen Deutschen aller Konfessionen, aller Parteien, aller Lebensstellungen“ zu vereinen, um das „Vaterland vor der vollständigen Verjudung zu retten“. Dem zweiten Paragraphen zufolge sollte „das Ziel auf streng gesetzlichem Wege“ erstrebt werden. Im dritten Paragraphen wurde die Bekämpfung der sogenannten jüdischen Presse als Anliegen des Vereins genannt und zur Gründung nichtjüdischer Zeitungen aufgerufen. Wie schließlich der fünfte Paragraph – in dem die Mitglieder in „Berufene“ und „Auserwählte“ unterschieden wurden – zeigt, vertrat die Antisemiten-Liga in ihrem Kampf die Frühform eines Führerkultes.

Auch wenn das Statut von der areligiösen Sprache Marrs geprägt war, knüpfte Groussilliers in seiner Agitation an religiöse Aspekte an, sodass die Propaganda des Vereins auch christliche Züge trug. So war der Polizeibericht über die Gründungsversammlung mit der Überschrift „Antisemiten Liga christlicher Verein gegen das Judenthum“ versehen, ebenso nahm das Symbol der Liga religiöse Zeichen auf: ein Eichenblatt mit ei-

nem Kreuz. Zwar diskutierte der Verein noch Mitte Dezember Marrs Schrift über den „Sieg des Judenthums“, dennoch ging sein Einfluss immer mehr zurück.

Der Verein verbreitete Flugblätter mit Aufrufen zur „Errettung unseres deutschen Vaterlandes von der vollständigen Verjudung!“ oder mit antisemitischen Gedichten. Mitte Oktober ließ Marr in der „Germania“ mitteilen, dass die Liga bereits 6.000 Mitglieder habe. Der Vorsitzende Polenz aber reichte der Polizeibehörde neue Mitgliederlisten ein, denen zufolge die Antisemiten-Liga Ende des Jahres 1879 lediglich 100 Mitglieder hatte.

Mitte Dezember 1879 lud der Verein zu einem öffentlichen Vortrag von Hector de Grousilliers zum Thema „Nathan der Weise und die Antisemiten-Liga“ ein, den 500 Personen besuchten. Im Gegensatz zu Marrs nichtreligiösem Verständnis des Begriffs Antisemitismus betonte Grousilliers in seinem auch als Broschüre gedruckten Vortrag, dass bewusst das Wort Antisemiten-Liga und nicht antijüdische Liga gewählt worden sei, um die jüdischen Deutschen von den Mitgliedern der jüdischen Gemeinden zu unterscheiden. Mitte Februar 1880 sprach Grousilliers noch einmal auf einer öffentlichen Versammlung des Vereins. Der Titel seines gedruckt verbreiteten Vortrages lautete „Gegen Virchow und Genossen oder Offenbarung und Wissen“. Wilhelm Marr hingegen trat in der Antisemiten-Liga nicht mehr in Erscheinung. Er konzentrierte sich auf die Redaktion der von ihm herausgegebenen „Monatsschrift für nationale Interessen“, die paradoxerweise noch den Untertitel „Organ der antijüdischen Vereinigung“ trug, organisatorisch aber mit der Antisemiten-Liga nicht in Verbindung stand und ebenso wenig das Organ eines anderen Vereins war. Grousilliers zog sich gleichfalls nach und nach aus der aktiven Vereinsarbeit zurück und kümmerte sich mehr um seine Zeitschrift „Die Wahrheit. Humoristisch-satirisches Wochenblatt“ als um die Antisemiten-Liga.

In der Antisemiten-Liga legte Hermann Polenz im November 1880 den Vorsitz nieder und übergab ihn dem Ingenieur Richard Müller. Der Mitgliederstand war inzwischen auf 24 Personen zurückgegangen. In der ersten, 1880 erschienenen Nummer seiner „Antisemitischen Hefte“ kritisierte Marr, es habe sich „Humbug und Schwindel“ in die Antisemiten-Liga eingeschlichen, sie sei „mehr ein Name als eine Kraft“. Im selben Jahr legte ein anonymes Autor unter dem Titel „Der Anti-Verjüdelungsverein. Sein Entstehen, Wirken und klägliches Ende“ ein Spottgedicht über den Verein vor.

Nachdem im Januar 1881 ein neues Statut beschlossen worden war, wurde die aktualisierte Mitgliederliste erstellt, nach der neue Mitglieder der Liga beigetreten seien, darunter die bekennenden Antisemiten Bernhard Förster, Ernst Henrici und Max Liebermann von Sonnenberg. Am Vereinsleben aber nahmen sie keinen Anteil. Wenig später verließ Richard Müller den Verein, dessen Vorsitz Rudolf Bitterlich, Inhaber eines „Ateliers für Goldstickereien und Kirchenornamentik“, übernahm.

Im Januar 1882 war der Kaufmann Wilhelm Pickenbach der Antisemiten-Liga beigetreten, der im August 1882 an dem internationalen Antisemitenkongress in Dresden teilnahm und dort in das Organisationskomitee berufen wurde. In der Folge versorgte dieser Kongressausschuss die Antisemiten-Liga mit Propagandamaterial, verlangte dafür aber von ihr Agitationsgelder. Im Oktober 1882 hatte Pickenbach den Vorsitz der Antisemiten-Liga übernommen und erklärt, „dass die Agitation der Liga demnächst mit größerer Energie gehandhabt werden solle“. Die Mitgliederzahl betrug indes ledig-

lich 40, die Vereinskongresse wurden immer weniger besucht, und öffentliche Veranstaltungen mussten wegen zu geringer Beteiligung abgesagt werden. Der Niedergang des Vereinslebens setzte sich fort, bis auf der Mitgliederversammlung Anfang Februar 1883 nur mehr vier, Ende des Monats lediglich zwei Mitglieder erschienen waren. In einem Polizeibericht hieß es, dass „unter Führung Pickenbachs die Vereinigung als eine ‚todte‘ bezeichnet werden“ müsse: „Es geschieht in ihr absolut nichts.“

Ulrich Wyrwa

Literatur

Thomas Nipperdey, Reinhard Rürup, Antisemitismus, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache*, Band 1, Stuttgart 1972, S. 129–153.

Kurt Wawrzinek, *Entstehung der deutschen Antisemitenparteien, 1873–1890*, Berlin 1927.

Moshe Zimmermann, Wilhelm Marr. *The Patriarch of Antisemitism*, New York, Oxford 1986.

Moshe Zimmermann, *Deutsch-jüdische Vergangenheit: Der Judenhaß als Herausforderung*, Paderborn u.a. 2005.

Antisemitenbund (Österreich)

Der vom christlichsozialen Politiker Anton Jerzabek (1867–1939) gegründete Antisemitenbund war ein Sammelbecken für Antisemiten verschiedenster politischer Richtungen, der in ganz Österreich Ortsgruppen hatte. Jerzabek selbst war für die Christlichsoziale Partei Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung (1918–1919) und Abgeordneter zum Nationalrat (1920–1930). Neben dem Wiener Arzt Jerzabek war auch der Großdeutsche Robert Körber maßgeblich an der Führung des Antisemitenbundes beteiligt. Körber wurde später Mitglied der → NSDAP. Auch der spätere Bundeskanzler im austrofaschistischen Ständestaat Engelbert Dollfuß hielt als katholischer Studentenführer regelmäßig Reden vor dem Antisemitenbund, zudem gab es auch Verbindungen zur Heimwehr. Aber auch der Landbund, die Frontkämpfervereinigung und die Nationalsozialistische Partei Österreichs stellten Mitglieder.

Organ des Antisemitenbundes war das Blatt „Der eiserne Besen“, das bis 1922 in Wien und dann bis 1932 in Salzburg erschien. In Diktion und Ausdrucksweise war die zeitweise wöchentlich erscheinende Gazette ein Vorläufer des Hetzblattes „Der Stürmer“.

1919 legitimierte das einflussreiche christlichsoziale Blatt „Reichspost“ die Gründung des Antisemitenbundes als „bescheidene Anfänge eines Christenemanzipationsversuches“.

Bereits am 5. Oktober 1919 organisierte der Antisemitenbund eine Kundgebung, die unter der Parole „Hinaus!“ vor dem Wiener Rathaus stattfand. Zwei Jahre später, im März 1921, organisierte der von Jerzabek und Körber geführte Bund einen Antisemitenkongress in Wien. Daran nahmen Vertreter von 62 österreichischen Verbänden und Klubs teil. In einer Rede sah Jerzabek im „jüdischen Gift“ die Schuld am Sieg der Entente und griff damit die Dolchstoßlegende auf, die von Antisemiten mit dem „internationalen Judentum“ verknüpft wurde. Auch nahm der Antisemitenbund nationalsozialistische Positionen vorweg, indem er zum Boykott jüdischer Geschäfte aufrief. Erstes

Ziel des Bundes war eine gesetzliche Trennung in Juden und Nichtjuden in der Erziehung, der Gerichtsbarkeit und der Wohlfahrt. Zudem wurde eine Ausweisung aller nach 1914 eingewanderter Juden gefordert. Der Antisemitenbund vertrat primär einen rassischen Antisemitismus, so wurde als Jude definiert, wer einen jüdischen Urgroßvater oder eine jüdische Urgroßmutter hatte. Der „rassischen“ Ausrichtung des Antisemitismus folgte auch Robert Körber, der das „arische Blutsdeutschtum“ dem „syrisch-semitisch-negroiden Bekenntnisdeutschtum“ gegenüberstellte.

Die Mitglieder des Antisemitenbundes wurden zudem aufgefordert, die Namen aller ihnen bekannten Juden zu nennen, um damit ein Register zu erstellen. Unterstützt wurde dieses Vorhaben von der „Reichspost“.

1923 beteiligte sich der Antisemitenbund an einer antisemitischen Versammlung beim Wiener Rathaus, die vom Völkisch-antisemitischen Kampfausschuß organisiert wurde.

Mitte der 1920er Jahre verlor der Antisemitenbund an Bedeutung, nicht zuletzt da die Nationalsozialisten den Bund 1924 verließen. Er erlebte jedoch mit der Wirtschaftskrise eine machtvolle Wiederauferstehung. Bereits 1930 sah der Antisemitenbund in Adolf Hitler den einzigen Politiker, „der es wagte, dem Judentum offen und rücksichtslos entgegenzutreten“. Mit Beginn des austrofaschistischen Ständestaates wurde der Antisemitenbund, der mittlerweile als Tarnorganisation für Nationalsozialisten galt, 1933 offiziell verboten, nahm aber mit Regierungserlaubnis seine Tätigkeiten wieder auf und wurde 1938 endgültig aufgelöst.

Der Antisemitenbund übernahm am Anfang der Ersten Republik die Funktion eines Sammelbeckens für antisemitische Anschauungen jeglicher politischer Richtung und fungierte maßgeblich als Klammer zwischen christlichsozialem und deutschnationalem Antisemitismus. Er war der Versuch einer Institutionalisierung des Antisemitismus in Form einer überparteilichen Dachorganisation.

Christian Pape

Literatur

Murray G. Hall, „Hinaus mit den Juden!“ Von Graffiti und der Zeitung bis zur Leinwand, in: Frank Stern, Barbara Eichinger (Hrsg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation–Antisemitismus–Zionismus, Wien, Köln, Weimar 2009, S. 59–70.

Albert Lichtblau, Antisemitismus 1900–1938. Phasen, Wahrnehmungen und Akkulturations-effekte, in: Frank Stern, Barbara Eichinger (Hrsg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation–Antisemitismus–Zionismus, Wien, Köln, Weimar 2009, S. 39–58.

Bruce Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993.

Antisemitische Aktion → Institut zum Studium der Judenfrage

Antisemitische Bewegung

1879 wurde der Begriff des Antisemitismus geprägt und zugleich gewann die Judenfeindschaft eine politische Organisationsform, die von Gegnern wie von Akteuren selbst als „Bewegung“ bezeichnet wurde. Bewegungen, die im Unterschied zu Parteien eine allgemeinere und unbestimmtere, kaum oder gar nicht organisierte Form politi-

scher Wissensbildung darstellen und genauer als eine Verknüpfung bestehender sozialer Netzwerke zu neuen größeren Netzwerken definiert werden können, zielen angesichts einer empfundenen Krise auf soziale oder politische Veränderungen, indem sie Teile der Bevölkerung zu mobilisieren suchen. Wie Erich Lehnhardt bereits 1884 in der ersten historischen Selbstdarstellung „Die Antisemitische Bewegung in Deutschland, besonders in Berlin, nach Voraussetzungen, Wesen, Berechtigung und Folgen“ dargelegt hat, gab es in der deutschen Gesellschaft spätestens seit dem Gründerkrach und der beginnenden Abkehr vom Liberalismus eine radikale Abneigung gegen die Juden, insbesondere in den von der Modernisierungskrise geschädigten Klassen, dem Mittelstand, den Handwerkern, Bauern und kleinen Beamten. Diese Stimmung, die sich seit 1875 in einer ganzen Reihe von jüdenfeindlichen Publikationen manifestiert hatte, nahm der christlichsoziale Hofprediger Adolf Stoecker, der sich rückblickend als Begründer der antisemitischen Bewegung verstand, in seinen „Judenreden“ auf, die eine Flut anti- und projüdischer Stellungnahmen im Gefolge hatten, darunter die einflussreiche Schrift „Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum“ von Wilhelm Marr und Heinrich von Treitschkes Artikel „Unsere Aussichten“. Stoecker löste damit im Herbst 1879 eine politische Bewegung aus, die ihr Zentrum in der Reichshauptstadt hatte und deshalb → Berliner Bewegung genannt wurde, aber bald auf das gesamte Reichsgebiet und in andere europäische Länder ausstrahlte.

Die antisemitische Bewegung des Kaiserreichs hatte Auswirkungen sowohl auf die Ebene individuellen Denkens und Handelns wie auch auf Prozesse der Gesamtgesellschaft, indem sie die traditionell noch weitverbreiteten antijüdischen Einstellungen in der Bevölkerung, die aber eher affektiv und latent waren, durch ihre politische Artikulation zu einer manifesteren Weltanschauung formte und die „Judenfrage“ auf die öffentliche politische Tagesordnung setzte. In einer Situation wie der unverstandenen Modernisierungskrise machte die antisemitische Bewegung ein überzeugendes Deutungsangebot, das die komplexe soziale und politische Realität ordnete und zugleich auch Lösungsvorschläge präsentierte. Ungelöste politische, soziale Probleme und die damit verbundene tief empfundene „Kulturkrise“ wurden auf ein „Grundproblem“ zurückgeführt, nämlich auf „die Judenfrage“, die allerdings innerhalb der Bewegung ganz verschieden definiert wurde: als soziale Frage, als sozial-ethische Frage, als Rassenfrage oder aber als „Weltfrage“ überhaupt. Nach Stefan Breuer schien es für die antisemitische Publizistik keine Frage zu geben, die „sich bei näherer Prüfung nicht als Ausdruck der Judenfrage entpuppte“. Entsprechend besaß die antisemitische Bewegung weder einheitliche Zweck- und Zielsetzungen oder Handlungsprogramme noch wies sie in der Frage der personellen Zugehörigkeit klare Grenzen auf, sodass man ihre Anhängerschaft nur schwer quantifizieren kann. Andererseits war es gerade ihre lose Struktur, die es der Bewegung erlaubte, vielfältige innere Strömungen zeitweise zu integrieren.

Schon die Berliner Bewegung besaß von Anfang an diese für soziale Bewegungen typische ideologische und personelle Heterogenität, da an ihr politisch sehr unterschiedlich orientierte Antisemiten beteiligt waren. Es kam zwischen 1878 und 1881 zu ersten Partei- und Vereinsgründungen. Stoeckers eher christlich-konservativ-sozialreformerisch ausgerichtete christlich-soziale Partei konkurrierte sowohl mit rassistisch-konservativen Antisemiten wie Max Liebermann von Sonnenberg (1848–1911) sowie

den Brüdern Bernhard (1843–1889) und Paul Förster (1844–1925), die sich im → Deutschen Volksverein zusammengeschlossen hatten, als auch mit der → Sozialen Reichspartei Ernst Henricis (1854–1915), die antireligiös, antikonservativ und rassistisch ausgerichtet war. Zur Berliner Bewegung zählten neben den dominierenden antisemitischen zunächst auch reaktionär-konservative und sozialreformerische Strömungen.

Die erste gemeinsame Protestaktivität und damit das Initiationserlebnis der Berliner Bewegung war die gemeinsam organisierte Antisemitenpetition, in der die Regierung aufgefordert wurde, die in der Verfassung des Deutschen Reiches festgelegte Gleichstellung der Juden partiell wieder einzuschränken. Alle Antisemitenparteien und Vereine sahen sich als soziale Interessenvertreter und waren sich in ihren gesetzlichen Reformforderungen im Wesentlichen einig: Man wollte eine Börsen- und Kapitalrentensteuer zur Eindämmung des Börsen- und Aktionswesens, Einschränkungen im Hausierhandel, den Schutz des Handwerks durch obligatorische Handwerkerinnungen mit gewerberechtlichen Kontrollbefugnissen, die Entfernung jüdischer Lehrer aus den Volksschulen, die Einschränkung der Zulassung von Juden zum Richteramt und Wiedereinführung der konfessionellen Statistik. Weitergehende Forderungen des rassistischen Flügels, die Juden unter Fremdenrecht zu stellen, lehnten die Christlichsozialen hingegen ab. Die öffentlichen Aktivitäten der antisemitischen Bewegung bestanden primär im Abhalten öffentlicher Versammlungen, in denen ein zumeist auswärtiger Agitator auftrat, in Petitionen und in einer Flut von Zeitungsartikeln, Broschüren und Büchern. Diese Aktivitäten führten in verschiedenen Regionen und Städten Deutschlands zur Gründung antisemitischer Vereine, oft mit neutralen Namen wie Deutscher Bürgerverein, Patriotischer Verein, Deutscher Reformverein (ab 1881 → Deutsche Reformpartei), Nationaler Reformverein, Deutscher Volksverein oder Deutschsozialer Verein, die zum Teil reformerisch und nicht radikal orientiert waren und sich mit Forderungen nach Beschränkung des „jüdischen Elements“ in der Wirtschaft an die Mittelschichten wandten. Die erstrebte Aktionsgemeinschaft aller „Gesinnungsgenossen“ konnte weder auf der nationalen noch auf der europäischen Ebene auch auf den drei internationalen Antisemiten-Kongressen 1882, 1883 und 1886 nicht hergestellt werden, da diese Kongresse aufgrund der schroffen inneren Gegensätze („Häuptlingsstreit“) ergebnislos verliefen bzw. nur zu kurzlebigen Zusammenschlüssen führten, so etwa zur 1883 gegründeten → Allgemeinen Vereinigung zur Bekämpfung des Judenthums, die nur auf dem Papier bestand. Zudem flaute ab 1884 der Antisemitismus als politische Bewegung für einige Zeit ab, da er sich als unfähig zu konstruktiver Politik erwiesen hatte.

Der Niedergang der antisemitischen Bewegung verlangte nach einer Neuorientierung, bei der dem „Bewegungsunternehmer“ Theodor Fritsch eine zentrale Rolle zukam. Er hatte die Vorteile einer sozialen und politischen Bewegung zur ideologischen Durchdringung der Gesellschaft erkannt und entsprechend eine andere Strategie als die Gründung einer antisemitischen „Ein-Punkt-Partei“ verfolgt. Er war sich der Bedeutung von Organisationen für die soziale Bewegung im Klaren und hatte Mitte 1884 den Leipziger Reformverein mit begründet, doch wollte er ihn weniger als politische Partei, sondern vielmehr als organisatorischen Mittelpunkt zur gesellschaftlich-politischen Mobilisierung verstehen. Er verknüpfte dabei zwei Strategien: einmal die Durch-

dringung der Öffentlichkeit mit antisemitischen Vorstellungen mittels einer planmäßigen Publikationstätigkeit, zum anderen den Aufbau von Netzwerken und die Aktivierung von Sympathisanten. Zum Zwecke der Agitation wie der Netzwerkbildung gründete er Verlage und Zeitschriften, die er als spezifische Bewegungsorganisationen zu effizienten Foren der Propagierung judenfeindlicher Ideen und zur Koordinierung der antisemitischen Vereine, Parteien und Aktivisten sowie zur Verbindung mit gleichgerichteten zeitgenössischen Bewegungen machte, insbesondere zur entstehenden völkischen Bewegung. Auf diese Weise entstand eine mehr oder weniger stark vernetzte Infrastruktur, die unabdingbare Voraussetzung für kollektive soziale Mobilisierungsaktionen war. Ab 1885 veröffentlichte Fritsch die „Antisemitische Correspondenz“, die im Untertitel ihrer Funktion als „Centralorgan der Deutschen Antisemiten“ Ausdruck verlieh. Fritsch war maßgeblich daran beteiligt, die zunächst auf Berlin beschränkte Bewegung überregional zu etablieren, vor allem in Sachsen, Hessen, Baden und Hamburg, und zugleich die gesamte Gesellschaft „mit dem antisemitischen Gedanken zu durchsetzen“. Außerdem schuf er mit dem „Antisemiten-Katechismus“, später in „Handbuch der Judenfrage“ umbenannt, ein leicht zu fassendes Kompendium, das eine sehr weite Verbreitung erreichte.

Die zweite Phase der antisemitischen Bewegung, die von Mitte der 1880er Jahre bis 1894 reichte, war in Deutschland einerseits von der Ausbreitung der von Dresden ausgehenden Verbreitung antisemitischer Deutscher Reformvereine in Sachsen, Hessen und Westfalen gekennzeichnet, sodass sich der Schwerpunkt von Berlin weg verlagerte, andererseits war sie von den vergeblichen Versuchen geprägt, die organisatorische Vielfalt und die politischen Richtungskämpfe zu überwinden und eine gemeinsame Organisation oder Partei zu bilden. So wie die Versuche einer europaweiten Vernetzung der sich auch in anderen Ländern konstituierenden antisemitischen Bewegungen auf den drei internationalen antisemitischen Kongressen von 1882, 1883 und 1886 kläglich geendet hatten, so scheiterten auch auf den drei deutschen Antisemitentagen von 1886, 1889 und 1894 die Einigungsbestrebungen bzw. konnten die Differenzen mit der 1886 gegründeten → Deutschen Antisemitischen Vereinigung nur notdürftig und kurzfristig überdecken. Einmal erreichte Einigungen hatten jeweils nur kurz Bestand, sodass dem neuen gemeinsamen Aufbruch mit verstärkter antisemitischer Agitation tiefe innere Konflikte und schließlich der erneute Zerfall folgten. Dennoch sollte die antisemitische Bewegung durch das 1887 von Otto Böckel errungene Reichstagsmandat einen Aufschwung erleben, zumal sich am Ende dieser Phase weitere politische Erfolge der deutschen Antisemitenparteien einstellten, die bei den Reichstagswahlen von 1893 sechzehn Sitze im Reichstag gewinnen konnten. Auf dem dritten Antisemitentag am 30. September 1894 in Berlin gelang die Fusion der Deutsch-sozialen Partei und der Deutschen Reformpartei zur → Deutschsozialen Reformpartei unter der gemeinsamen Leitung der beiden Parteiführer Oswald Zimmermann und Max Liebermann von Sonnenberg. Otto Böckel verließ wegen seiner antikonservativen Haltung die neu gegründete Partei jedoch bereits im Frühjahr 1895 wieder.

Von 1894 bis 1914 setzte in Deutschland parallel zur Beruhigung des politischen Klimas der Niedergang des politisch organisierten Antisemitismus ein, auch wenn Antisemiten weiterhin im deutschen Reichstag vertreten waren. Der Erfolg politischer oder sozialer Bewegungen bemisst sich aber nicht allein an dem der spezifischen Be-

wegungsorganisationen wie den antisemitischen Parteien und Vereinen, da sie nicht „die“ Bewegung als Ganzes repräsentierten. Über die bewegungstypischen Mehrfachmitgliedschaften und Mitgliederfluktuation existierten vielmehr Verbindungen zu anderen Strömungen, in denen das Anliegen der Bewegung übernommen und weiterverfolgt wurde. So gab es parallel zum organisatorischen Niedergang der antisemitischen Bewegung eine Phase der Infiltration und des Einsickerns in andere Organisationen, etwa in die großen nationalen Verbände, wie den → Alldeutschen Verband, in berufsständische Organisationen oder Interessenvertretungen (→ Bund der Landwirte, → Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Verein Deutscher Studenten) mit zum Teil sehr hohen Mitgliederzahlen und ins Offizierskorps. Antisemitismus wurde Bestandteil der Weltanschauung des radikalnationalen, völkischen, klerikalen Lagers. Hinzu kam die Aktivität einer großen Zahl von kleineren Bündeln (→ Deutschbund, Hammerbund) und unpolitischen Vereinigungen wie etwa der Wandervogelbewegung (→ Deutsche Jugendbewegung). Insofern war die antisemitische Bewegung durchaus erfolgreich, auch wenn erst mit der → NSDAP eine Bewegungspartei neuen Typs auch machtpolitisch erfolgreich war.

Für das Deutsche Reich – dies gilt aber auch für andere Länder – lässt sich ab den 1880er Jahren neben der antisemitischen Bewegung das Aufkommen einer Vielzahl von teils emanzipatorisch-egalitären (Frauenbewegung, Schulreform, Lebensreform, Vegetarismus, Gartenstadt-Bewegung, Tierschutz), teils reaktionär-modernen Bewegungen, zu denen die stark aufgefächerte → völkische Bewegung, spiritistische und okkulte Bewegungen, deutsch-christliche Strömungen, die Jugendbewegung usw. zu zählen sind, konstatieren. Die antisemitische Bewegung gehört als „postemanzipatorische Bewegung“ (Reinhard Rürup) zur kultur- und zivilisationskritischen Bewegungsfamilie und stellt hier sogar eine Art Vorläufer dar, lag doch die Hochphase solcher Bewegungen am Ende des Jahrhunderts. Die antisemitische Bewegung darf jedoch nicht einseitig als reaktionär, irrational und kulturpessimistisch betrachtet werden, da man in ihr durchaus auch freisinnige Technik-, Wissenschafts- und Fortschrittsgläubigkeit findet. In Frankreich und Deutschland besaß die antisemitische Weltanschauung ihre Wurzeln im Frühsozialismus bzw. bei den Junghegelianern und war nach Auffassung von Robert S. Wistrich „durchaus nicht reaktionär, antimodern, ultra-nationalistisch und kulturell konservativ“, sondern muss im Gegenteil gesehen werden als „ein revolutionärer Ausläufer der radikal-demokratischen Tradition, der mit deren antiklerikaler, antikapitalistischer Orientierung und deren säkularem Humanismus übereinstimmte“. Dafür spricht, dass mit Richard Wagner, Otto Glagau, Wilhelm Marr, Eugen Dühring u. a. ehemalige Liberale und Sozialisten zu den frühen und radikalsten antisemitischen Protagonisten wurden, darunter scharfe Kritiker von Kirche und Konservativismus wie Ernst Henrici. Die antisemitische Bewegung setzte an realen gesellschaftlichen Missständen wie der „sozialen Frage“ und gesellschaftlichen Veränderungen an, etwa der Urbanisierung, der Entkirchlichung, der Frauenemanzipation, der Entwicklung einer Geldökonomie und Konsumgesellschaft, der Entwicklung von Massenmedien und Massenpolitik, die sich als Folgen der kapitalistisch-industriellen Modernisierung der europäischen Gesellschaften einstellten und die von vielen als Bedrohung empfunden wurden.

Literatur

- Stefan Breuer, Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt 2008.
- Massimo Ferrari Zumbini, Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus von der Bismarckzeit zu Hitler, Frankfurt am Main 2003.
- Dieter Hein, Partei und Bewegung. Zwei Typen moderner politischer Willensbildung, in: Historische Zeitschrift 263 (1997), S. 69–97.
- Emil Lehmann, Ueber die jüdenfeindliche Bewegung in Deutschland, in: Emil Lehmann, Gesammelte Schriften, Berlin 1899, S. 215–224.
- Friedhelm Neidhardt, Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen, in: Stefan Hradil (Hrsg.), Sozialstruktur im Umbruch. Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag, Opladen 1985, S. 193–204.
- Reinhard Rürup, Emanzipationsgeschichte und Antisemitismusforschung, in: Rainer Erb, Michael Schmidt (Hrsg.), Antisemitismus und jüdische Geschichte. Studien zu Ehren von Herbert A. Strauss, Berlin 1987, S. 467–478.
- Kurt Wawrzinek, Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927.
- Robert S. Wistrich, Radical Antisemitism in France and Germany (1840–1880), in: Modern Judaism 15 (1995), S. 109–135.

Antisemitische Liga (Schweden) → Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945

Antisemitische Volkspartei → Deutsche Reformpartei

Antisemitiska förbundet → Schwedische antisemitische Organisationen bis 1945

Arabische Liga

Die Arabische Liga wurde am 22. März 1945 als Dachorganisation arabischer Staaten in Kairo gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählen die damals – zumindest formal – souveränen Staaten Ägypten, Irak, Transjordanien, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien und Jemen (ab 5. Mai 1945). Mit der Erlangung ihrer Unabhängigkeit stießen bis 1993 weitere arabische Staaten hinzu, sodass der Arabischen Liga gegenwärtig 22 Mitglieder angehören. Zu ihren wichtigsten Zielen erklärte sie die Unterstützung des arabischen Unabhängigkeitskampfes, die Förderung der arabischen Sicherheit, die Verfolgung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser, die Koordinierung der Außenpolitik ihrer Mitglieder, die Suche nach friedlichen Lösungen inner-arabischer Konflikte und die Entwicklungsförderung in den Mitgliedsländern.

Im Gründungsdokument wurde Kairo zum Sitz der Arabischen Liga erklärt. Das spiegelt nicht zuletzt die relative Stärke Ägyptens innerhalb der noch sehr instabilen arabischen Staatenwelt wider. Folglich wurde mit Azzam Pascha auch ein Ägypter erster Generalsekretär der Arabischen Liga. Hinsichtlich der Palästinafrage sprach er sich gegen den UNO-Teilungsplan von 1947 aus und favorisierte stattdessen eine „arabische“ Staatsbürgerschaft sowohl für die arabischen als auch die jüdischen Einwohner Palästinas. Im Zusammenhang mit dem Überfall der fünf Liga-Mitglieder Ägypten,

Irak, Libanon, Transjordanien und Syrien am 15. Mai 1948 auf den am Vortag gegründeten Staat Israel, wird Azzam Pascha mit der – allerdings nie belegten – Aussage zitiert, dass „dies ein Krieg der Vernichtung und ein gewaltiges Massaker (wird), von dem man einmal in derselben Weise wie von den Massakern der Mongolen und den Kreuzzügen sprechen wird“. Ausgesprochen oder nicht, das Pathos erwies sich als hohl. Die arabischen Angreifer gingen als Verlierer aus dem 1. Nahostkrieg von 1948 hervor.

Nach der Machtübernahme der „Freien Offiziere“ 1952 in Ägypten wurde die Arabische Liga immer deutlicher ein außenpolitisches Machtinstrument des neuen Präsidenten Gamal Abdel Nasser. Dessen Landsmann Abdel Khaliq Hassuna übernahm das Amt des Generalsekretärs und stellte die Arabische Liga in den Dienst der panarabischen Vision Nassers. Die klare Fokussierung ließ kaum Abweichungen von der „Generallinie“ zu, verhalf der Liga aber in der Amtszeit Hassunas bis 1972 zu merklichem Gewicht in der internationalen Politik. Das zeigte sich in der Suezkrise 1956 (2. Nahostkrieg) genauso wie beim erfolgreichen Eingreifen zur Bewahrung der kuwaitischen Unabhängigkeit 1961 und der Beilegung zahlreicher kleinerer innerarabischer Konflikte. Seit 1964 richtet die Arabische Liga regelmäßig Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter aus. Das erste Gipfeltreffen in Kairo stand dabei im Zeichen der Anerkennung der → PLO als „einzig legitimer Interessenvertreterin der Palästinenser“. 1976 wurde die PLO Vollmitglied der Arabischen Liga.

Die verheerende arabische Niederlage im Sechstagekrieg von 1967 (3. Nahostkrieg) beantwortete die Arabische Liga auf ihrem vierten Gipfeltreffen in Khartum im August 1967 mit den „drei Nein“: nein zum Frieden, nein zur Anerkennung und nein zu Verhandlungen von bzw. mit Israel. Die Niederlage von 1967 und der Tod Nassers 1970 minderten die Attraktivität des panarabischen Projekts und schwächten die Arabische Liga. Mit Mahmud Riad besetzte ab 1972 zwar wieder ein Ägypter die Position des Generalsekretärs, aber der Einfluss Kairos auf den Kurs der Liga ging sukzessive zurück und erlosch nach dem Friedensschluss zwischen Ägypten und Israel 1979 gänzlich. Im Gegenteil, die Arabische Liga setzte die Mitgliedschaft Ägyptens aus und verlegte ihren Sitz nach Tunis. Folgerichtig übernahm mit Chadli Klibi auch ein Tunesier das Amt des Generalsekretärs.

Erst durch ihr Fehlen wurde nun die Bedeutung der Kohäsionskraft Ägyptens offensichtlich. Die Arabische Liga mutierte in der Folgezeit zu einem Spielball der heftigen Kämpfe innerhalb der arabischen Welt um Vorherrschaft und Meinungshoheit. Auch die Wiederaufnahme Ägyptens 1989 und die Rückverlegung des Sitzes nach Kairo 1990 konnte nicht verhindern, dass die Arabische Liga in der Kuwaitkrise 1990/91 (2. Golfkrieg) in mehrere Lager zerfiel und faktisch paralysiert war.

Obwohl mit Esmat Abdel Meguid (1991–2001), Amr Musa (2001–2011) und Nabil al-Arabi (seit 2011) erneut Ägypter das Amt des Generalsekretärs übernahmen, konnte sich die Arabische Liga von diesem Tiefpunkt bis in die Gegenwart nicht vollständig erholen. Sie fand weder eine überzeugende Position in der sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts rapide verändernden Weltordnung noch eine Antwort auf die Bedrohung durch den islamistischen Terror.

2002 vermochte Abdullah, der damalige Regent und heutige König von Saudi-Arabien, dem 24. Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Beirut einen besonderen Stempel

aufzudrücken, indem er seinen Friedensplan für den Nahen Osten zu einem offiziellen Beschluss der Liga machte. Im Kern bot dieser Plan die Anerkennung Israels für den Rückzug aus allen besetzten Gebieten (Land-für-Frieden) an. Damit war die Abkehr von den Khartum-Beschlüssen offensichtlich, aber die Verfolgung des Ansatzes hätte größerer Bereitschaft vonseiten Israels und größeren Nachdrucks seitens Abdullahs bedurft. Es zeigte sich, dass Saudi-Arabien nicht über den seinerzeitigen Einfluss Ägyptens verfügte, eine Initiative auch gegen interne Widerstände durchzusetzen.

Neben Saudi-Arabien vermochte aber auch kein anderes arabisches Land die vakant gewordene Führungsrolle in der Region zu übernehmen. Der regionale Machtzuwachs nichtarabischer Staaten wie Irans, Israels und der Türkei korrespondierte mit dem Niedergang der durch fortdauernde autokratische Machtverhältnisse stagnierenden arabischen Staaten. Der Zustand der Arabischen Liga illustrierte diese Entwicklung lediglich. Die Wiedererlangung ihrer Gestaltungskraft wird folglich entscheidend davon abhängen, ob sich die Kräfte des „Arabischen Frühlings“ in der arabischen Welt und damit auch in der sie repräsentierenden Organisation durchsetzen werden.

Henner Fürtig

Literatur

Muhammad Khalil, *The Arab States and the Arab League*, Beirut 1962.

Joshua Teitelbaum, *The Arab Peace Initiative: A Primer and Future Prospects*, Jerusalem 2009.

Cris Toffolo, *Global Organizations: The Arab League*, New York 2008.

Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Jugend → Jungdeutschland-Bund

Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung

Die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung, die sich im Juli 1933 konstituierte und aus der im Mai 1934 die Deutsche Glaubensbewegung hervorgegangen ist, war eine Sammlungsbewegung überwiegend völkisch-religiöser und paganer Bünde und Organisationen. Die Wortführer dieses heterogenen Spektrums einte die Überzeugung, dass dem politischen Umbruch 1933 ein völkischer Aufbruch folgen müsse. Sie selbst sahen sich dabei als Träger einer dem deutschen Volk arteigenen Religion und Glaubenswelt. Die rassischen und antisemitischen Wurzeln dieser Vorstellungen waren dabei nicht zu übersehen, sie spiegelten sich auch in formalen Aspekten. Die Statuten der Deutschen Glaubensbewegung etwa verlangten ihren Mitgliedern eine eidesstattliche Versicherung ab, „frei von jüdischem und farbigem Bluteinschlag“ zu sein.

Aufstieg und Niedergang der Organisation, die den Status einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft anstrebte, sind eng mit dem Namen Jakob Wilhelm Hauer (1881–1962) verbunden. Der Religionswissenschaftler und Indologe entstammte dem schwäbischen Pietismus und lehrte seit 1927 in Tübingen. In den 1920er Jahren hatte er sich als geistiger Führer des Bundes der Kögenger profiliert, dessen Mitglieder nach religiöser und nationaler Erneuerung suchten. Dem Nationalsozialismus stand Hauer zunächst ablehnend gegenüber. Das hinderte ihn allerdings nicht, in Hitlers „Sendung“ und seiner „deutschen Revolution“ eine Perspektive für die angestrebte geistig-reli-

göse Erneuerung Deutschlands zu sehen und der → SS beizutreten. 1934 veröffentlichte Hauer seine „Deutsche Gottschau“, die „Rasse“ und „Religion“ in ein Verhältnis zueinander setzte und einen Gegensatz zwischen „vorderasiatisch-semitischer“ und „indogermanischer“ Glaubenswelt postulierte, aus dem er einen Dualismus von „Ariern“ und „Semiten“ ableitete.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung formierte sich am 29./30. Juli 1933 symbolträchtig am Fuß der Wartburg in Eisenach. Unter den rund 200 Teilnehmern befanden sich Vertreter aller wichtigen völkisch-religiösen und paganen Gruppen. Dazu gehörten u. a. die Germanische Glaubensgemeinschaft (Ludwig Fahrenkrog), die Deutschgläubige Gemeinschaft (Otto Siegfried Reuter), die Nordische Glaubensgemeinschaft (Friedbert Schultze), die Nordisch-Religiöse Arbeitsgemeinschaft (Norbert Seibertz) und die Nordungen – Junggermanischer Orden (Arthur Lahn). Anfangs wirkten auch der Bund der Freireligiösen Gemeinden Deutschlands mit, in dem sich Mitglieder der früheren Freidenkerverbände zusammengeschlossen hatten. Die Anhänger Erich Ludendorffs (1865–1937) dagegen blieben von der Versammlung ausgeschlossen. Am Ende der Tagung bildete sich ein Führerrat, dem neben Hauer und Vertretern der Bünde und Organisationen auch prominente Einzelpersonlichkeiten angehörten. Zu nennen sind etwa Ernst Graf von Reventlow (1869–1943), Mitglied der → NSDAP seit 1927 und einflussreicher Herausgeber der Wochenzeitung „Der Reichswart“, sowie der Rassenforscher Hans F.K. Günther (1891–1968). Zeitweise gehörte auch Werner Best (1903–1989) dem Führerrat an. Die Gründung der Deutschen Glaubensbewegung erfolgte dann auf einer Tagung in Scharzfeld vom 18. bis 21. Mai 1934. Nachdem der Führerrat dort aufgelöst worden war, stand die Deutsche Glaubensbewegung unter der alleinigen Führung Hauers. Zu seinem Stellvertreter wurde Reventlow bestimmt.

Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung und Deutsche Glaubensbewegung entwickelten zwischen 1934 und 1936 umfangreiche publizistische Aktivitäten und führten eine Vielzahl von Veranstaltungen durch. Die Zahl der Mitglieder dürfte in dieser Zeit bei etwa 30.000 gelegen haben, die sich in rund 200 Ortsgruppen organisierten. Größere Aufmerksamkeit erregte eine Kundgebung im Berliner Sportpalast am 26. April 1935, auf der Hauer und Reventlow zu mehreren Tausend Gläubigen sprachen. Inwiefern die Deutsche Glaubensbewegung in ihrer kurzlebigen Geschichte „der religiöse Arm der SS“ gewesen ist, der viele ihrer Funktionäre angehörten, bleibt allerdings umstritten.

Als zentrales Organ diente der Deutschen Glaubensbewegung Hauers Monatszeitschrift „Deutscher Glaube“. Von November 1934 bis 1938 erschien zudem der „Durchbruch“, dessen Kennzeichen ein polemischer Antiklerikalismus war. Die Schriftleitung der Zeitschrift „Deutscher Glaube“ lag bis Mitte 1936 in den Händen von Herbert Grabert (1901–1978), der ebenfalls aus dem Bund der Kögenger kam, sich nach seinem Bruch mit Hauer in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre allerdings dem Lager um Alfred Rosenberg näherte. Grabert, der sich bis 1945 erfolglos um eine Hochschulprofessur bemühte, betätigte sich nach dem Krieg als Lobbyist „amtsverdränger“ Hochschullehrer. In den 1960er und 1970er Jahren etablierte er sich als Verleger geschichtsrevisionistischer und holocaustleugnender Literatur.

Das Verhältnis von Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung und Deutsche Glaubensbewegung zur nationalsozialistischen Staatsführung blieb nicht frei von Spannungen. Darin liegen auch die Ursachen ihres Scheiterns begründet. Der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung und der Deutschen Glaubensbewegung ging es darum, den Status einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft und damit einer „Dritten Konfession“ zu erlangen. Umso mehr irritierten Hauer und seine Anhänger das Konkordat der Staatsführung mit der katholischen Kirche und die Förderung der → Deutschen Christen im Kirchenkampf seit 1933/34. Der Deutschen Glaubensbewegung dagegen blieb die staatliche Anerkennung versagt. Innerhalb der Deutschen Glaubensbewegung kam es zudem bald zu Spannungen. Urheber waren die meist jüngeren Mitglieder, die der NSDAP und der SS angehörten und eine schärfere Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche forderten. Hauer und Reventlow traten daraufhin im März 1936 von ihren Ämtern zurück. Diese Entwicklung wie auch eine Reihe von Abspaltungen hatten zur Folge, dass die Deutsche Glaubensbewegung bald in die Bedeutungslosigkeit versank. Im Oktober 1936 wurde der frühere Reichstagsabgeordnete der NSDAP Walter von Lingelsheim (1901–1962) Führer der Deutschen Glaubensbewegung. Bereits im Februar 1937 folgte ihm der Rechtsanwalt Bernhard Wiedenhöft. Im Mai 1938 erfolgte die Umbenennung in Kampfring Deutscher Glaube, der allerdings keine größere Bedeutung erlangte. Nach 1945 gehörten frühere Funktionäre der Deutschen Glaubensbewegung zu den Mitbegründern der Religionsgemeinschaft der Unitarier. Hauer selbst sammelte seine Anhänger seit Ende der 1940er Jahr in einer Arbeitsgemeinschaft für freie Religionsforschung und Philosophie.

Martin Finkenberger

Literatur

- Schau Baumann, Die Deutsche Glaubensbewegung und ihr Gründer Jakob Wilhelm Hauer (1821–1962), Marburg 2005.
- Hans Buchheim, Glaubenskrise im Dritten Reich. Drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik, Stuttgart 1953.
- Horst Junginger, Von der philologischen zur völkischen Religionswissenschaft. Das Fach Religionswissenschaft an der Universität Tübingen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Dritten Reiches, Stuttgart 1999.
- Ulrich Nanko, Die Deutsche Glaubensbewegung, Marburg 1993.
- Clemens Vollnhals, Deutscher Glaube. Eine Zeitschrift für den gebildeten NS-Glaubenskrieger, in: Das evangelische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871–1963), hrsg. von Michel Grunewald und Uwe Puschner in Zusammenarbeit mit Hans-Manfred Bock, Bern 2008, S. 483–502.

Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung (Enttabuisierung) der Zeitgeschichte → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz

Arbeitskreis für Lebenskunde → Bund für Deutsche Gotterkenntnis (Ludendorff)

Artamanen

Die Artamanen waren eine völkisch-antisemitische Siedlungsbewegung in der Weimarer Republik. Mit der Ausbildung vorwiegend städtischer junger Männer und Frauen für eine landwirtschaftliche Tätigkeit im Rahmen eines freiwilligen Arbeitsdienstes und der Ansiedlung von Landwirten in Ostdeutschland verbanden die Artamanen drei zentrale Ziele des völkischen Flügels der radikalnationalistischen Rechten: Die agrarromantisch begründete „Rückkehr zur Scholle“ sollte der kulturellen und rassischen „Entartung“ in der Großstadt entgegenwirken und den völkischen Gedanken im ländlichen Raum verankern; rassenbewusste Gattenwahl und Sippengründung diente der Höherzüchtung des deutschen Volkes und Gesundung des deutschen Volkskörpers; freiwilliger Landdienst sollte die polnischen Saisonarbeiter verdrängen, die Kolonisation der ostelbischen agrarischen Gebiete das deutsche Volkstum in diesen Regionen stärken. Die ideologische Motivation der Artamanen war mithin antisemitisch, antislawisch und rassenhygienisch bestimmt. Diese Ziele verbanden sich mit ökonomischen und militärischen Interessen. So erblickten einige Großagrarier und landwirtschaftliche Interessenverbände vorwiegend der Zuckerrüben- und Kartoffelwirtschaft in den Arbeitsdienstleistenden ein Reservoir billiger und williger Arbeitskräfte. Gleichzeitig griff die Reichswehrführung, die militärischen Auflagen des Versailler Vertrags unterlaufend, zur „Wehrrüchtigung“ und zum Aufbau von Grenzschutzverbänden auch auf die Artamanen zurück.

1923 erschien in der Zeitschrift „Deutsche Bauern-Hochschule“ der Aufsatz „Was soll aus uns werden?“ des völkischen Schriftstellers Willibald Hentschel, ergänzt um einen Aufruf zur Gründung von „Artamanschaften“. An den Personen, die verantwortlich zeichneten, wird deutlich, welche Impulse der völkischen Bewegung in die Artamanen einfließen: Der von Hentschel bereits vor 1914 verfolgte Gedanke der Rassenzüchtung in eigenständigen Siedlungsprojekten; die von Bruno Tanzmann, dem Begründer der „Bauernhochschulen“, forcierte Verankerung der völkischen Ideologie im ländlichen Raum; sowie die Entdeckung der Jugendbewegung als Rekrutierungsreservoir für die völkische Bewegung, wie sie in dem von Wilhelm Kotzde-Kottenrodt begründeten Bund „Adler und Falken“ betrieben wurde. Alle diese Ansätze sollten sozioökonomischen und kulturellen Tendenzen der Moderne entgegenwirken, für die von der völkischen Bewegung explizit Juden verantwortlich gemacht wurden. Diese Gedanken verschmolzen in der agrarromantischen Mystifikation von „Blut und Boden“, die Tanzmanns Bauerntumsideologie prägte. Das Phantasiewort „Artam“ wurde von Hentschel geprägt.

Anfängliche Rekrutierungsschwierigkeiten wurden durch Anzeigen in Zeitschriften der Jugendbewegung, der Wehrverbände sowie der → NSDAP überwunden. Leisteten zunächst nur wenige Hundert Mann „Artamdienst“, so waren es 1929 über 2.000. Nach der Gründung des Bundes Artam 1926 wurde die Ausbildungs-, Arbeitsdienst- und Siedlungstätigkeit trotz knapper finanzieller Mittel und anderer Probleme vorangetrieben. Bei Halle/Saale, dem Bundessitz, wurde das Umschulungsheim „Frei-Adel“ eingerichtet. Artamanen kamen auf Gütern und Höfen in Ost- und Ost-Mitteldeutschland zum Einsatz, so insbesondere in Ostpreußen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg. 1931 wurde das Gut Koritten (Brandenburg) zum Schulungsgut ausgebaut; eigene Siedlungsprojekte entstanden.

Die Gesellschaft der Freunde der Artamanenbewegung (1926–1932) erfasste Förderer, insbesondere aus der Agrarwirtschaft. Der Bundschuh (später: Freundeskreis der Artamanen) organisierte Unterstützer, die selbst keinen Artamdienst leisten konnten oder wollten – darunter völkische Ideologen und nationalsozialistische Aktivisten wie Hans Grimm, Hans F. K. Günther, Richard Walther Darré und Heinrich Himmler – und diente als „ideologische Kaderzelle“ (Kater). Ein Amt für Rassenkunde förderte die rassenideologisch-antisemitische Ausrichtung. Die Artamanen erwarteten eine „arische Blutzugehörigkeit in der 3ten Generation“ (Kater).

Die Artamanen betrachteten sich als Teil der Jugendbewegung und rekrutierten sich zu einem bedeutenden Teil aus deren Kreisen. Die „Adler und Falken“ unterhielten ein eigenes Artamanenamt. Über den völkischen Flügel der Jugendbewegung (Zeitschrift „Die Kommenden“) in die radikale Rechte eingebunden, geriet die Bewegung zunehmend unter nationalsozialistischen Einfluss. Nach Verhandlungen der Bundesführung mit der NSDAP, die eine Eingliederung befürchten ließen, spaltete sich eine Minderheit als „Die Artamanen – Bündische Gemeinden für Landarbeit und Siedlung“ ab. Als der Bund Artam 1931 in Konkurs ging, traten die meisten Gauen den Bündischen Gemeinden bei, der Bund Artam wurde wiederbelebt. Der Gau Mecklenburg, der besonders eng mit der NS-Bewegung verbunden war, bewahrte als „Bund der Artamanen – nationalsozialistischer freiwilliger Arbeitsdienst auf dem Lande“ seine Selbstständigkeit. Seine ca. 500 Mitglieder wurden 1934, etwa zeitgleich mit der Eingliederung des Bundes Artam in den Reichsnährstand, als Landdienst in die Hitlerjugend übernommen.

Ob Himmlers Zugehörigkeit zu den Artamanen nur von untergeordneter Bedeutung war, wie nach 1945 behauptet, bleibt umstritten, feststeht aber, dass Ideologie und Praxis der → SS Parallelen zu den Artamanen aufweisen und dass der spätere Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, als Artamanenführer in Kontakt mit Himmler kam und von ihm für den aktiven SS-Dienst geworben wurde.

Mitte der 1960er Jahre fanden sich frühere Aktivisten im Freundeskreis der Artamanen zusammen, gaben den Rundbrief „Artam – Briefe eines Freundeskreises“ heraus und blieben über den „Überbündischen Kreis“ ins radikalnationalistische Milieu eingebunden. Der Freundeskreis baute ein umfassendes Archiv auf und versuchte, die historische Deutung der Artamanen zu kontrollieren. In den 1980er Jahren setzte eine positive Rezeption der Artamanen innerhalb des nationaloppositionellen Milieus der Bundesrepublik ein. Jüngere Angehörige aus dem Freibund Heimattreuer Jugend, den → Fahrenden Gesellen und befreundeten Gruppen, die teilweise zeitgleich auch an Ansiedlungsprojekten für Russlanddeutsche im Kaliningrader Oblast (Ostpreußen) beteiligt waren, nahmen Anfang der 1990er Jahre Kontakt zum „Freundeskreis“ auf. Mit ideeller Förderung der „Altsassen“ begannen einige Familien aus diesem Kreis, sich in Mecklenburg – dort u. a. in der historischen Artamanensiedlung Gut Koppelow und ihrem räumlichen Umfeld – niederzulassen (Neo-Artamanen). Der altersbedingt schrumpfende „Freundeskreis“ wurde 2001 aufgelöst und in den „Überbündischen Kreis“ überführt.

Literatur

- Maik Baumgärtner, Jesko Wrede, „Wer trägt die schwarze Fahne dort ...“ Völkische und neurechte Gruppen im Fahrwasser der Bündischen Jugend heute, Braunschweig 2009.
- Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970.
- Stefan Brauckmann, Die Artamanen als völkisch-nationalistische Gruppierung innerhalb der deutschen Jugendbewegung 1924–1935, in: Historische Jugendforschung. Jahrbuch des Archivs der Jugendbewegung, Neue Folge 2 (2005), S. 176–196.
- Michael H. Kater, Die Artamanen – völkische Jugend in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 213 (1971), S. 577–637.
- Wolfgang Schlicker, Die Artamanenbewegung – eine Frühform des Arbeitsdienstes und Kaderzelle des Faschismus auf dem Lande, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 17 (1970), S. 66–75.

Association des Amis de Robert Brasillach → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz

Associazione Nazionalista Italiana

Die im Kontext des Kulturpessimismus und der politischen Krise am Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Ideen eines integralen Nationalismus sind in Italien im Umfeld intellektueller Debatten im Florenz der 1890er Jahre aufgegriffen worden. Als Experimentierfeld diente zunächst die literarische Zeitschrift „Il Marzocco“, die von jüdischen Schriftstellern redigiert und herausgegeben wurde. Dieser folgten weitere Zeitschriftenprojekte wie „Leonardo“ oder „Il Regno“, die sich die neue Sprache des Nationalismus zu eigen machten. Antisemitische Einstellungen fanden in ihnen im Unterschied zu den nationalistischen Medien in anderen europäischen Ländern keinen Zuspriech. Gleichwohl gehörte mit Carlo Placci ein Schriftsteller zu diesem Kreis, der aufgrund seiner Sympathie für die französische Rechte deren Antisemitismus verteidigt und sich dabei der Sprache des Rassenantisemitismus bedient hat. Mit seinem offenen antisemitischen Bekenntnis stieß Placci jedoch in der sich herausbildenden nationalistischen Bewegung von Florenz auf scharfe Kritik.

Die Zeitschrift „Il Regno“ mit ihrem Schriftleiter Enrico Corradini hatte bereits begonnen, ihre Leserschaft durch die Gründung von Lesezirkeln stärker an sich zu binden und sie politisch zu organisieren, 1906 aber musste das Blatt sein Erscheinen einstellen, sodass es vorübergehend still um den italienischen Nationalismus wurde. Nach der Annexion Bosniens durch die Habsburgermonarchie entstand eine neue nationalistische Bewegung, und im Frühjahr 1910 rief Corradini zu einem nationalen Kongress auf. Im Dezember kamen im Palazzo Vecchio von Florenz dreihundert Männer zusammen, die den unterschiedlichsten Strömungen des nationalistischen Lagers in Italien angehörten und die Associazione Nazionalista Italiana gründeten. Die Vorträge und Reden des Kongresses zeichneten sich durch hohes nationales Pathos aus, das sich in der Zeitschrift „Il Regno“ herausgebildet hatte, antisemitische Äußerungen indes waren nicht zu vernehmen. Im Gegenteil nahmen jüdische Nationalisten an dem Kongress regen Anteil, und der aus Venedig stammende jüdische Schriftsteller Alberto Musatti, der eines der Grundsatzreferate hielt, wurde in den Vorstand des Verbandes gewählt. Vorsitzender wurde der Sozialwissenschaftler und Kriminologe Scipio Sighele, der sich

in der Zeit der Dreyfus-Affäre prononciert auf die Seite der Dreyfussards gestellt und den französischen Nationalismus wegen der antisemitischen Haltung scharf kritisiert hatte.

Im Anschluss an den Kongress gab eine Gruppe von Journalisten aus dem Verband als Organ der Associazione Nazionalista Italiana das politische Wochenblatt „L’Idea nazionale“ heraus. Im Juli 1911 war darin noch eher beiläufig vom „jüdisch-freimaure-rischen Geschäftsparlamentarismus“ die Rede, im November 1911 aber veröffentlichte das Redaktionsmitglied Francesco Coppola einen „Offenen Brief“ an Charles Maurras, in dem er dessen antisemitische Position offen unterstützte. Coppola, Mitglied des Vorstandes der Associazione Nazionalista Italiana, empörte sich vor allem über eine von ihm ausgemachte antiitalienische Kampagne der europäischen Öffentlichkeit, hinter der er eine kosmopolitische, jüdische Finanzaristokratie ausmachte. Eines der Ziele dieser, wie Coppola sich ausdrückt, „jüdischen Verschwörung“ sei es, den nationalen Geist und nationalen Aufbruch in Italien zu schwächen.

Die jüdischen Mitglieder Associazione Nazionalista Italiana kritisierten diesen Ausbruch von Antisemitismus in ihrer Organisation heftig. Die daraufhin von Coppola ganz in der Sprache des Antisemitismus formulierte Antwort verschärfte den Streit noch einmal, sodass Coppola gezwungen war, im Januar 1912 aus dem Vorstand des Verbandes auszutreten. Seine Mitarbeit in der Redaktion der „L’Idea nazionale“ aber behielt er bei. Der Konflikt war damit nicht beigelegt, denn nun griff auch der Vorsitzende des Verbandes, Scipio Sighele, in die Debatte ein und kritisierte Coppola, mit seinem Brief an Maurras für einen xenophobischen und antisemitischen Nationalismus eingetreten zu sein. Nachdem Sighele im April 1912 aus Protest gegen dessen politische Entwicklung seinen Austritt aus der Associazione Nazionalista Italiana erklärt hatte, bekräftigte der im folgenden Monat in Bologna stattfindende zweite Kongress noch einmal, dass die Organisation der italienischen Nationalisten nicht antisemitisch sei.

Coppola hielt sich zunächst mit weiteren antisemitischen Kommentaren oder Stellungnahmen zurück. In den folgenden Nummern der Zeitschrift „L’Idea nazionale“ finden sich lediglich beiläufig und verstreut einige antisemitische Wendungen. Nach dem Beginn des Krieges im Juli 1914 propagierte Coppola den Eintritt Italiens, und in einem seiner kriegsverherrlichenden Aufrufe waren erneut antisemitische Untertöne vernehmbar. Im November 1916 beschuldigte Coppola dann in der Zeitschrift der Associazione Nazionalista Italiana die jüdische Bevölkerung eines antinationalen Geistes, warf ihr vor, plutokratische Werte zu vertreten und beschuldigte sie der Verherrlichung des Goldes. Darüber hinaus attackierte er die „internationale jüdische Bankherrschaft“.

Auch wenn mit diesen Äußerungen Coppolas das nationalistische Lager Italiens keineswegs zu einer antisemitischen Kraft geworden ist, war damit der in Italien zuvor nahezu ausschließlich von der katholischen Kirche propagierte Antisemitismus in der politischen Kultur Italiens angekommen.

Ulrich Wyrwa

Literatur

Wilhelm Alff, Die Associazione Nazionalista Italiana von 1910, in: Wilhelm Alff, Der Begriff Faschismus und andere Aufsätze zur Zeitgeschichte, Frankfurt am Main 1971, S. 51–95.

Alexander De Grand, *The Italian Nationalist Association and the Rise of Fascism in Italy*, Lincoln, London 1978.

Franco Gaeta, *Il nazionalismo italiano*, Napoli 1965.

Francesco Perfetti, *Il movimento nazionalista in Italia (1903–1914)*, Roma 1984.

Ulrich Wyrwa, *Der Antisemitismus und die Gesellschaft des Liberalen Italien 1861–1915*, in: Gudrun Jäger, Liana Novelli-Glaab (Hrsg.), „... denn in Italien haben sich die Dinge anders abgespielt“. Judentum und Antisemitismus im modernen Italien, Berlin 2007, S. 87–106.

Assumptionisten → Augustinische Orden

Aufbruch-Kreis → Sudetendeutsche Heimatfront

Augustiner-Barfüßer → Augustinische Orden

Augustiner-Chorherren → Augustinische Orden

Augustinische Orden

Unter Augustinischen Orden sind Ordensgemeinschaften zu verstehen, die durch die Augustinischen Regeln bestimmt sind. Näherhin handelt es sich hierbei um die Augustiner-Chorherren und die Augustiner, vormals Augustiner-Eremiten. Letzterer Orden geht auf den organisatorischen Zusammenschluss verschiedener eremitischer und asketischer Gruppen im 13. Jahrhundert zurück, der im Mittelalter eine Blüte erlebte, jedoch durch die Reformation – Martin Luther war Mitglied des Ordens – in eine schwere Krise geriet.

Die Augustiner-Chorherren gehen auf eine Reformbewegung innerhalb des Klerus im 11. Jahrhundert zurück. Es handelt sich hierbei um Priester, die nach der Regel des Augustinus ein gemeinsames Leben führten, wozu auch die persönliche Armut gehörte, was sie innerhalb des Klerus unabhängiger machte. Diese Gruppen bildeten die Keimzelle des sich im Mittelalter entwickelnden Ordens.

Da die Augustinischen Orden europaweit verbreitet waren, waren Mitglieder der Orden auch in regional, situativ und theologisch unterschiedlichen Aktionen gegen Juden tätig, wobei es festzuhalten gilt, dass die Augustinischen Orden bis auf wenige individuelle Ausnahmen weder an der Inquisition noch der Judenmission im besonderen Maße beteiligt waren. Theologisch partizipierten sie an dem omnipräsenten Antijudaismus. Hier ist etwa der Augustiner-Eremit Bernhard Oliver (gest. 1348 in Tortosa) zu nennen, der die Schrift „*Contra caecitatem Iudaeorum*“ verfasste. Es handelt sich um eine Sammlung von Schrift- und Vernunftbeweisen für die Superiorität des Christentums. Einen eigenen dokumentarischen Wert hat die ansonsten recht konventionelle Schrift, die weitgehend ohne Verbalpolemik auskommt, dadurch, dass sich in ihr Positionen finden, die auf tatsächliche Argumente von Juden gegen das Selbstverständnis des Christentums zurückgehen dürften. Für die Tradierung der Ritualmordlegende von Trient 1475 ist der Augustiner Jacopo Filippo Foresti, lat. Iacobus Philippus Bergomensis (1434–1520), von Einfluss, der in seinem viel gelesenen Geschichtswerk davon ohne kritische Distanz und Rückfrage erzählt. Von vehementer antijüdischer Polemik durchzogen ist das Werk von Abraham a Sancta Clara (1644–1709), der 1662 in den Orden der Augustiner-Barfüßer eintrat. Er transferiert Stereotypen des theologi-

schen Antijudaismus in eine Gesellschaftspolemik und stigmatisiert Juden sowohl theologisch wie auch sozial.

Eine besondere Rolle im Antisemitismus Frankreichs des 19. Jahrhunderts spielen die Assumptionisten (Augustiniani ab Assumptione). Der Orden wurde 1850 von Emmanuel d'Alzon (1810–1880) gegründet und schuf 1880 mit der Zeitung „La Croix“ ein eigenes Organ, das in kürzester Zeit überaus erfolgreich wurde. Die Assumptionisten entwickelten sich zu einem Medium des klerikalen Antisemitismus, der traditionelle Elemente der religiösen Polemik (etwa Gottesmord, Talmud, Feindschaft gegen Christen bis zum Ritualmord) mit den Topoi des Antisemitismus (Weltverschwörung, fehlender Patriotismus, kapitalistische Ausbeutung etc.) verband. Das rassistische Element, freilich auch das häretische, findet sich unverhohlen da, wo die Wirksamkeit der Taufe bestritten wird. Fundamental für diese Erscheinungsform des Antisemitismus ist die Vorstellung von Juden (und Freimaurern) als Feinden der Kirche, woraus in nationalistischer Verschränkung folgt, dass sie auch Feinde Frankreichs seien. Obwohl die Assumptionisten den französischen säkularen Staat ablehnten, verlangten sie von ihm Maßnahmen gegen die Juden und deren behaupteten Einfluss. Die antijüdischen Gesetze des zaristischen Russlands wurden als vorbildlich dargestellt. Die volle Wucht der antisemitischen Hetze entfachte „La Croix“ während der Dreyfus-Affäre. Allerdings führte das auch mittelbar zum Niedergang des politischen und kirchlichen Einflusses der Assumptionisten, da der Vatikan um das kirchliche Ansehen besorgt war und einen Ausgleich mit dem französischen Staat suchte.

Gregory Baum, einem 1923 in Berlin geborenen Augustiner kanadischer Nationalität, kommt für das Verhältnis der katholischen Kirche zum Judentum besondere Bedeutung zu. Bereits vor dem Konzil hatte er eine theologische Neubestimmung vorgelegt, um dann maßgeblich an den Konzilsberatungen beteiligt zu sein.

Rainer Kampling

Literatur

- Ruth Harris, The Assumptionists and the Dreyfus affair, in: Past & Present 194 (2007), 1, S. 175–211.
- Michael Schmid, Augustiner-Chorherren, in: Theologische Realenzyklopädie 4 (1979), S. 723–728.
- Harold Wells, A listening theologian: Ecumenical and Jewish-Christian dialogue in the early theology of Gregory Baum, in: Studies in Religion/Sciences Religieuses 32 (2003), S. 449–460.
- Adolar Zumkeller, Augustiner-Eremiten, in: Theologische Realenzyklopädie 4 (1979), S. 728–739.

Auswärtiges Amt – Judenreferat

Am 20. März 1933 richtete das Auswärtige Amt das Referat „Deutschland“ ein, zu dessen zentralen Zuständigkeiten die Judenpolitik gehörte. Das Auswärtige Amt war mithin von Anfang an in die nationalsozialistische Judenpolitik involviert. Durch seine propagandistischen, diplomatischen, konzeptionellen und administrativen Aktivitäten wurde es zu einem zunehmend wichtigen Akteur der Vertreibungs- und Vernichtungspolitik. Vertrat es zunächst die jüdenfeindlichen Maßnahmen des Regimes nach außen,

beteiligte sich das Auswärtige Amt spätestens seit 1940 aktiv und initiativ an der „Lösung der Judenfrage“.

Das Referat „Deutschland“ wurde auf Initiative von Staatssekretär Bernhard von Bülow eingerichtet und unterstand Vicco von Bülow-Schwante; Fachmann für die „Judenfrage“ wurde Emil Schumburg. Nach Konsultationen mit dem Propagandaministerium erarbeitete von Bülow-Schwante im April 1933 ein antisemitisches Memorandum, das den diplomatischen Vertretungen als „Interpretationshilfe“ in der Judenpolitik übermittelt wurde, weitere Ausarbeitungen folgten. Das Auswärtige Amt machte die deutsche Judenpolitik „zunehmend zur Prestigefrage“ und „Kraftprobe, bei der Deutschland keine Schwäche zeigen dürfe“ (Browning). Ausländische Kritik an dieser „inneren Angelegenheit“ sollte nicht geduldet, Kompromisse sollten nicht eingegangen, Zwangsmaßnahmen nicht zurückgenommen werden, und Verhandlungen mit ausländischen jüdischen Institutionen wurden untersagt. Obgleich das Auswärtige Amt nicht zu den bestimmenden Instanzen der Judenpolitik gehörte, entwickelte es eigene Standpunkte. Die Auswanderung der Juden sollte durch Entzug der wirtschaftlichen Existenzgrundlagen und bürgerlichen Rechte in Deutschland beschleunigt werden, die forcierte Vertreibungspolitik durfte indes nicht dazu führen, dass Juden die Mitnahme von Kapital bzw. Devisen gestattet wurde. Diese Haltung begründete auch den deutschen Boykott der internationalen Flüchtlingskonferenz von Evian 1938. Die Emigration nach Palästina wurde nur anfänglich geduldet, seit 1937 aber abgelehnt. Ab 1939 gehörte ein Vertreter des Auswärtigen Amtes der von Reinhard Heydrich und Adolf Eichmann geleiteten Reichszentrale für jüdische Auswanderung an.

Nachdem 1938 Konstantin von Neurath als Außenminister durch Joachim von Ribbentrop abgelöst und Ernst von Weizsäcker Staatssekretär wurde, änderten sich auch die Zuständigkeiten in der Judenpolitik. Die Referatsleitung übernahm zunächst Walter Hinrichs, dann 1939 Schumburg selbst. Als schließlich der Ribbentrop-Vertraute Martin Luther zum Unterstaatssekretär ernannt und mit der Leitung der neu geschaffenen Abteilung „Deutschland“ betraut wurde, übernahm das ebenfalls neu geschaffene Referat D III unter Franz Rademacher die „Judenfrage“.

Zwar wurde das Auswärtige Amt auch in der Folgezeit nicht zu einem bestimmten Akteur der Judenpolitik, doch entwickelten Rademacher und seine Mitarbeiter Herbert Müller, Karl Klingenuß und Fritz Gebhardt von Hahn eigene Initiativen. 1940 wurde auf Vorschlag Rademachers in enger Zusammenarbeit mit Eichmann die Möglichkeit geprüft, die europäischen Juden nach Madagaskar zu deportieren. Dieser „Madagaskar-Plan“ scheiterte allerdings. Im besetzten Jugoslawien drängten im Herbst 1941 die Vertreter des Auswärtigen Amtes auf Deportation der serbischen Juden; Eichmann regte gegenüber Rademacher deren Erschießung an. Im Oktober reiste Rademacher gemeinsam mit einem Mitarbeiter Eichmanns, Friedrich Suhr, nach Serbien. Hier erfuhr er von der Ermordung der serbischen Juden und von der beim → RSHA geplanten „Endlösung“. In Vorbereitung auf Luthers Teilnahme an der Wannsee-Konferenz erarbeitete D III eine Aufstellung über „Wünsche und Ideen [...] zu der vorgesehenen Gesamtlösung der Judenfrage in Europa“.

Die Zusammenarbeit zwischen → Gestapo und Auswärtigem Amt galt als vertrauensvoll. Koordiniert durch das Judenreferat, drängten die deutschen diplomatischen Vertretungen in den verbündeten Ländern Europas und den Vasallenstaaten jeweils dar-

auf, die dortigen Juden in die Vernichtungspolitik einzubeziehen, und unterstützten aktiv die Deportationen. Staatssekretär von Weizsäcker war im Bilde und widersetzte sich dieser Politik nicht.

Nachdem Unterstaatssekretär Luther aufgrund einer Intrige gegen seinen Minister 1943 in KZ-Haft kam und Rademacher aus dem Auswärtigen Dienst ausschied, griff Ribbentrop persönlich in die „Judenpolitik“ ein. Nach der Auflösung der Abteilung „Deutschland“ ging das Judenreferat auf die Abteilung „Inland II“ unter Horst Wagner über, wo es unter der Bezeichnung „Inland II A“ von dessen Stellvertreter Eberhard von Thadden geleitet wurde und die Politik von Luther und Rademacher fortführte. Zunehmend bemühte sich das Auswärtige Amt jetzt um eine propagandistische Bearbeitung des Themas. Bei Inland II wurde, unter Beteiligung des Amtes Rosenberg und des RSHA, eine Propagandazentrale eingerichtet („Antijüdische Auslandsaktion“). In diesem Zusammenhang steht auch die Tagung der Judenreferenten des Auswärtigen Amtes in Krummhübel am 3./4. April 1944, auf der Einzelheiten der Vernichtungspolitik diskutiert wurden und der Leiter der Kulturpolitischen Abteilung, Franz Alfred Six, die physische Beseitigung der Ostjuden forderte.

Über das Judenreferat hinaus waren auch andere Referate und Diplomaten des Auswärtigen Amtes in die antijüdischen Maßnahmen, die Deportationen und Vernichtungspolitik involviert.

Gideon Botsch

Literatur

- Christopher R. Browning, Referat Deutschland, Jewish Policy and the German Foreign Office (1933–1940), in: Yad Vashem Studies 12 (1970), S. 37–73.
- Christopher R. Browning, Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940–1943, Darmstadt 2010.
- Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.
- Hans-Jürgen Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der Endlösung, Berlin 1987.
- Sebastian Weitkamp, Braune Diplomaten. Horst Wagner und Eberhard von Thadden als Funktionäre der „Endlösung“, Bonn 2008.

Autonome Nationalisten → Neo-Nazi Kameradschaften

Avalon Gemeinschaft → Rechtsextreme Organisationen in der Schweiz

Azione Giovani (Italien)

Die Azione Giovani (AG) war die Jugendorganisation der Alleanza Nazionale (AN). Nachdem 1995 die rechtsextreme Partei → Movimento Sociale Italiano in die rechtskonservative Partei Alleanza Nazionale umstrukturiert worden war, folgte die Azione Giovani im Januar 1996 in der mittelitalienischen Kleinstadt Rieti mit einem ähnlichen Schritt. Die Jugendorganisationen der Movimento Sociale Italiano (Fronte della Gioventù, Fare Fronte und Fronte Universitario d’Azione Nazionale) schlossen sich zur Azione Giovani zusammen. Die Azione Giovani existierte bis 2009. Nach der Parteiauflösung der Alleanza Nazionale fusionierte die Azione Giovani mit Giovane Italia,

der Jugendorganisation der Partei Silvio Berlusconi Il Popolo della Libertà. Die Azione Giovani war sowohl national als auch regional organisiert und besaß eine Studentenorganisation. Als Mitglied durfte man sich im Alter zwischen 14 und 30 Jahren einschreiben, eine Ausnahme bildete der Präsident, der bis zu 35 Jahre alt sein durfte.

Wie bei der Trägerorganisation Alleanza Nazionale kam es bei der Azione Giovani zu einem äußerlichen Entradikalisierungsprozess. Nach der Neuformierung der Jugendorganisation lehnte die Azione Giovani formal jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ab und engagierte sich für Themen traditionell liberaler Politik, wie der Integration von Ausländern und der Stärkung von Frauenrechten. Jedoch deutete die nach außen hin demonstrativ zur Schau gestellte Ablehnung des Antisemitismus innerhalb der Azione Giovani darauf hin, dass es sich um ein doppeizüngiges Spiel handelte, denn die Fronte della Gioventù unterhielt bis zu ihrer Umstrukturierung in die Azione Giovani Kontakte zur italienischen Skinheadszene. Ebenso publizierte die Azione Giovani im Internet sowohl Literaturlisten von NS-Autoren, Holocaustleugnern und faschistischen Kultbüchern als auch Links zu den Internetseiten von Holocaustleugnern.

Kilian Bartikowski

Literatur

- Juliane Wetzel, Antisemitismus in Italien und Europa in der Gegenwart, in: Gudrun Jäger, Liliana Novelli-Glaab (Hrsg.), „... denn in Italien haben sich die Dinge anders abgespielt“. Judentum und Antisemitismus im modernen Italien, Berlin 2007, S. 257–276.
- Juliane Wetzel, Country Report Italy, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe, Gütersloh 2009, S. 327–373.
- Juliane Wetzel, Rechtsextremismus in Italien zwischen außerparlamentarischer Opposition und politischem Establishment, in: Joachim Born, Marion Steinbach (Hrsg.), Geistige Brandstifter und Kollaborateure. Schriftkultur und Faschismus in der Romania, Dresden 1998, S. 285–301.

Baath-Partei

Die Baath-Partei [Partei der (arabischen) Wiedergeburt] ging 1943 in Damaskus aus Diskussionszirkeln hervor, die sich um den Christen Michel Aflaq, den Sunniten Salah ad-Din Bitar und den Aleviten Zaki al-Arzuzi gebildet hatten. Gemeinsames Ziel war die „Befreiung der (gesamten) arabischen Nation“ von jeder Form von Fremdherrschaft, d. h. nicht nur im Rahmen vorgefundener und zumeist fremdbestimmter Grenzen einzelner Staaten. Die Wiedervereinigung der Araber in einem Staat wäre dann die Stunde ihrer „Wiedergeburt“. Der dem Projekt zugrundeliegende Nationsbegriff lehnte sich stark an das deutsche Modell einer sprachlich-kulturellen Gemeinschaft (Fichte) an. In dieser Vorstellung besaß das so definierte „Nationale“ immer Vorrang vor dem „Religiösen“; der Islam wurde somit lediglich als Teil des kulturellen Erbes wahrgenommen. Das erklärt die prominente Position von Christen wie Aflaq und Alawiten wie Arzuzi in der Baath-Partei. Der erste Kongress der Baath-Partei fand erst im April 1947 in Damaskus statt und endete mit der Verabschiedung der Parteistatuten.

Die zahlenmäßig zunächst nur einige Dutzend Mitglieder umfassende Partei erfuhr 1953 durch die Vereinigung mit der Arabisch-Sozialistischen Partei des syrischen